

Leseprobe

Richard J. Evans

Das europäische Jahrhundert

Ein Kontinent im Umbruch -
1815-1914

»Eine beeindruckende Leistung.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Bestellen Sie mit einem Klick für 22,00 €



Seiten: 1024

Erscheinungstermin: 31. August 2020

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Das große Panorama des 19. Jahrhunderts

Der europäische Kontinent durchlief zwischen 1815 und 1914 eine drastische Transformation mit grundlegenden Veränderungen in Kultur, Politik und Technik. Großstädte schossen innerhalb einer Generation aus dem Boden, und neue europäische Länder gründeten sich. Zwischen der Schlacht von Waterloo und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs beherrschte Europa den Rest der Welt wie niemals zuvor oder je wieder danach. Der renommierte Historiker Richard J. Evans taucht tief ein in die Revolutionen und Kriege jener Zeit, befasst sich mit Gesellschaft, Religion und Philosophie und entwirft ein außergewöhnlich facettenreiches, überraschendes und unterhaltsames Panorama des 19. Jahrhunderts in Europa.

Mit zahlreichen Abbildungen.



Autor

Richard J. Evans

Richard J. Evans, geboren 1947, war von 1998 bis 2017 Professor für Neuere Geschichte an der Cambridge University. Seine Publikationen zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und zum Nationalsozialismus waren bahnbrechend. Zu seinen Auszeichnungen zählen der Wolfson Literary Award for History und die Medaille für Kunst und Wissenschaft der Hansestadt Hamburg. 2012

Richard J. Evans

Das europäische Jahrhundert

Ein Kontinent im Umbruch
1815–1914

Aus dem Englischen
von Richard Barth

Pantheon

Die englische Originalausgabe erschien 2016 unter dem
Titel *The Pursuit of Power. Europe 1815–1914* bei Allen Lane,
Penguin Random House UK, London.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns
diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand
zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Verlagsgruppe Random House FSC® Noo1967

1. Auflage 2020

Copyright © 2016 by Richard J. Evans

Copyright © 2018 der deutschsprachigen Ausgabe by

Deutsche Verlags-Anstalt, München

Copyright © dieser Ausgabe 2020 by Pantheon Verlag

in der Verlagsgruppe Random House GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Umschlagmotiv: akg-images

Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-570-55424-1

www.pantheon-verlag.de

In memoriam
Eric Hobsbawm
(1917–2012)

Inhalt

| | |
|--|------|
| Vorwort | 9 |
| 1 Das Erbe der Revolution | 25 |
| 2 Die Widersprüche der Freiheit | 135 |
| 3 Der europäische Frühling | 245 |
| 4 Die soziale Revolution | 383 |
| 5 Die Eroberung der Natur | 489 |
| 6 Das Zeitalter des Gefühls | 605 |
| 7 Der Aufstieg der Demokratie | 727 |
| 8 Die Auswirkungen des Imperialismus | 845 |
| Weiterführende Literatur | 965 |
| Orts- und Sachregister | 973 |
| Personenregister | 1004 |
| Bildnachweis | 1021 |
| Liste der Karten | 1023 |

Vorwort

Dieses Buch ist eine Geschichte Europas von 1815 bis 1914 und schließt in der Reihe »Penguin History of Europe« an den Band *The Pursuit of Glory* (»Das Streben nach Ruhm«) an, der die Zeit zwischen 1648 und 1815 behandelt. Wie der Autor dieses Buches, mein Kollege hier in Cambridge Tim Blanning, richtig anmerkt, setzt jede Darstellung eines Abschnitts der europäischen Geschichte zwangsläufig mit einem willkürlich gewählten Zeitpunkt ein, aber manche sind willkürlicher als andere. Wir sprechen gewohnheitsmäßig vom »19. Jahrhundert« oder vom »20. Jahrhundert«, doch jedem Historiker ist klar, dass der Zeitabschnitt von 1801 bis 1900 oder von 1901 bis 2000 jenseits der rein chronologischen keine historische Bedeutung hat. Die Geschichte ist voller unabgeschlossener Entwicklungen, und selbst bei Ausbruch oder am Ende großer Kriege, die so häufig als Endpunkt geschichtlicher Werke über einen bestimmten Abschnitt der europäischen Vergangenheit herangezogen werden (so auch hier), bleiben viele Fragen offen. Die verschiedenen Aspekte der Geschichte folgen ihrer je eigenen Chronologie, so dass eine Jahreszahl, die in der Politik-, Militär- oder Diplomatiegeschichte bedeutsam ist, in der Sozial-, Wirtschafts- oder Kulturgeschichte möglicherweise kaum eine Rolle spielt. Französische Historiker der Annales-Schule haben sich angewöhnt, von einer »unbeweglichen Geschichte« (*histoire immobile*) zu sprechen, die in vielen Teilen Europas bis weit in die Neuzeit hinein fortgedauert hat: Obwohl das *Ancien Régime* politisch betrachtet Ende des 18. Jahrhunderts am Ende war, hatte das wirtschaftliche und gesellschaftliche *Ancien Régime* bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein Bestand. Bis dahin dauerte es beispielsweise, ehe die Leibeigenschaft fast überall in Europa von der Bildfläche verschwunden war. Und das demographische Muster von hohen Geburtenraten und Sterbeziffern begann, sich (abgesehen von Frankreich) erst während des

sogenannten »demographischen Übergangs« der Jahrzehnte nach 1850 zu wandeln. Umgekehrt blieb die Industrialisierung bis in jene Zeit hinein ein auf kleine Bereiche der europäischen Wirtschaft beschränktes Randphänomen. Ja, einige Historiker – insbesondere Arno Mayer in seinem Buch *Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft, 1848–1914* (1981) – haben argumentiert, die traditionelle Adelselite habe ihre vorherrschende Stellung bis hin zum Ersten Weltkrieg verteidigt, so dass sich trotz aller oberflächlichen Turbulenzen auch auf politischer Ebene wenig geändert habe. Doch Mayers Sichtweise hat sich unter Historikern nicht durchgesetzt: Im Europa des 19. Jahrhunderts gab es sehr wohl Wandel, nicht nur politisch, sondern auch in anderen Lebensbereichen.

Mancher kam sogar zum Schluss, der ergiebigste Betrachtungszeitraum sei das »Zeitalter der Revolutionen«, wie Eric Hobsbawm den ersten Band seiner Geschichte der Jahre 1789 bis 1914 betitelte (*The Age of Revolution*, 1962). Übernommen wurde die Periodisierung Hobsbawms von Jonathan Sperber, der in seinem Buch *Revolutionary Europe* (2000) dieselbe Zeitspanne wählte wie Hobsbawm für seinen ersten Band: 1789 bis 1848. Doch die Entscheidung für diesen Zeitabschnitt hat ihren Preis, denn was folgte, war ein ganz anderes Europa, das sich sehr viel schwieriger mit einem einzigen Interpretationsrahmen fassen lässt. Es ist kein Zufall, dass Sperbers Folgeband *Europe 1850–1914* (2008) einen langen Untertitel hat, der (zweifellos unbewusst) von den Schwierigkeiten des Autors zeugt, ein verbindendes Thema zu finden: *Progress, Participation and Apprehension* (»Fortschritt, Partizipation und dunkle Vorahnungen«). Hobsbawm schrieb zwei weitere Bände, *The Age of Capital* (1975; dt. *Die Blütezeit des Kapitals*), der die Jahre 1848 bis 1875 abdeckt, sowie *The Age of Empire* (1987; dt. *Das imperiale Zeitalter*), der die Geschichte bis zum Ersten Weltkrieg nachzeichnet. Wer sich vornimmt, eine Geschichte Europas im 19. Jahrhundert zu verfassen, kommt an diesen drei bahnbrechenden Büchern, die alles andere überragen, was über diese Epoche geschrieben worden ist, nicht vorbei. Und mit seiner verblüffenden Gabe, innovative Begriffe zu prägen, bezeichnete Hobsbawm die gesamte Epoche, die seine Trilogie behandelt, als das »lange 19. Jahrhundert« – ein Vorbild, dem viele Lehrbücher und Einführungen gefolgt sind, etwa William Simpson und Martin Jones in *Europe 1783–1914* (2000). Allerdings

ist das lange 19. Jahrhundert eine janusköpfige Epoche, wird sie doch von den Revolutionen von 1848 in zwei sehr ungleiche Hälften geteilt. Da nimmt es nicht wunder, dass viele Historiker, die über die Zeitspanne von der Französischen Revolution oder dem Sturz Napoleons bis zum Ersten Weltkrieg geschrieben haben, gar nicht erst den Versuch machten, ein übergreifendes Thema zu finden, und sich stattdessen, um das Beispiel von R. S. Alexanders politischer Geschichte zu nehmen, für nichtsagende Titel wie *Europe's Uncertain Path* (2012) entschieden.

Über weite Strecken des 20. Jahrhunderts erachteten Historiker den Aufstieg der Nationalstaaten und die Konflikte zwischen ihnen als die zentralen Merkmale der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts. Der Triumph des Nationalismus ließ neue politische und kulturelle Gebilde entstehen und entfachte Revolten gegen große, als unzeitgemäß erscheinende Vielvölkerreiche, Aufstände gegen die Unterdrückung durch andere Nationen oder den Ehrgeiz, andere Nationen zu beherrschen. Dieses Modell des Nationalstaats wurde im 20. Jahrhundert in die ganze Welt exportiert, was seine Entstehung im Europa des 19. Jahrhunderts um so wichtiger erscheinen ließ. Einst sahen Historiker diesen Prozess in einem positiven Licht und feierten in ihren Darstellungen die Einigung Italiens und Deutschlands, die Entstehung eines tschechischen und polnischen Nationalgefühls und andere Ergebnisse, die das Zeitalter des Nationalismus zeitigte. Als sich nationale und ethnische Rivalitäten allerdings im gigantischen Flächenbrand des Zweiten Weltkriegs entluden, erschien der Aufstieg des Nationalismus in einem weit düsteren Licht – eine Sichtweise, die von den Balkankriegen der 1990er Jahre verfestigt wurde. Seither jedoch leben wir in einem Zeitalter der fortschreitenden Globalisierung: Seit die Barrieren aus der Zeit des Kalten Kriegs gefallen sind, haben internationale Institutionen, weltumspannende Kommunikationsnetze, multinationale Firmen und viele weitere Einflüsse dafür gesorgt, dass nationale Grenzen zusehends durchlässig geworden und wir alle zu einer Weltgemeinschaft vereint worden sind. Seit der Jahrhundertwende hat das auch unseren Blick auf die Vergangenheit verändert, unter Historikern setzt sich zunehmend eine globale Perspektive durch. Der Ruf nach einer Weltgeschichtsschreibung an sich ist nichts Neues: Er wurde bereits in den 1970er Jahren laut, namentlich seitens des französischen Historikers Marc Ferro, und war schon in

der Idee einer »Universalgeschichte« inbegriffen, wie sie im 19. Jahrhundert Leopold von Ranke und im 20. Jahrhundert Arnold Toynbee und William H. McNeill betrieben. Eine Globalgeschichte jedoch, die die verschiedenen Teile der Welt zueinander in Beziehung setzt, anstatt nur ihre je eigene Geschichte zu erzählen, ist erst in jüngerer Zeit entstanden, als Historiker sich Fragestellungen wie den Auswirkungen des Imperialismus auf die Volkswirtschaften, Gesellschaften, Kulturen und politischen Systeme Europas (vor allem, aber nicht nur, auf Großbritannien) zugewandt haben, dem interaktiven Geflecht globaler Wirtschaftsbeziehungen, das Europa mit anderen Erdteilen verband, sowie der Entstehung von Weltreichen als europaweitem Prozess, und nicht als spezifischem Phänomen in einzelnen europäischen Ländern. Zugleich haben Historiker eifrig die Geschichte einzelner Nationen im globalen Kontext neu geschrieben und dabei die Auswirkungen der europäischen Diaspora – der Millionen Europäer, die auf andere Kontinente emigriert sind – auf das »Mutterland« ebenso herausgearbeitet wie die Anreicherung des europäischen Nationalismus mit Elementen der Rassentheorie, die mit der Erfahrung der Kolonisation Afrikas oder Asiens einherging, und die Entwicklung einer globalen Geopolitik zu einem Schlüsselfaktor in den Beziehungen europäischer Staaten untereinander.

In besonderem Maße beeinflusst ist mein Ansatz in diesem Buch von dem deutschen Historiker Jürgen Osterhammel, der in seinem Werk *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts* (2009) im Gegensatz zum Eurozentrismus von Hobsbawms Trilogie einen wahrhaft weltgeschichtlichen Ansatz verfolgt. Die einzelnen Kapitel befassen sich mit einer erstaunlichen Vielfalt von Themen wie »Gedächtnis und Selbstbeobachtung«, Zeit, Raum, Mobilität, Lebensstandards, Städte, »Frontiers«, Macht, Revolutionen, Staat, Energie, Arbeit, »Netze«, Hierarchien, Wissen, »Zivilisierung«, Religion und vielem mehr. Osterhammel befasst sich gezielt mit übergreifenden Themen, Verbindungen zwischen unterschiedlichen Erdteilen, parallelen Entwicklungen und globalen Prozessen. Allerdings geht die argumentative, reflektierende Präsenz des Autors über den Horizont der Menschen, über die er schreibt, in der Regel deutlich hinaus. Auch verbringen historische Überblicksdarstellungen häufig zu viel Zeit damit, die allgemeinen Interpretationslinien darzulegen, anstatt zu versuchen, sie aus dem Leben und den Erfahrungen von Zeitgenossen

herauszupräparieren. In einem knappen Lehrbuch, dessen Hauptzweck darin besteht, Studenten auf Prüfungen vorzubereiten, mag das nachvollziehbar sein. Doch in einem umfassenderen Werk wie dem vorliegenden, das sich in erster Linie an eine breite Leserschaft richtet, ist glücklicherweise Platz, um auf Details einzugehen, die einen Eindruck von der Atmosphäre jener Zeit in ihrer Fremdheit und gleichzeitigen Vertrautheit vermitteln, und wann immer möglich die Zeitgenossen selbst zu Wort kommen zu lassen.

Andere, nicht weniger ambitionierte globalhistorische Werke, die etwa zur selben Zeit entstanden sind wie das von Osterhammel, haben sich dem 19. Jahrhundert mit einem anderen Ansatz genähert, der auf der Erkenntnis beruhte, dass es sich hier um eine Epoche handelt, in der Europa eine globale Führungsrolle übernahm und andere Teile der Welt beherrschte wie in keiner anderen. Historiker wie der jüngst verstorbene Chris Bayly in seinem beeindruckenden Buch *The Birth of the Modern World* (2004; dt. *Die Geburt der modernen Welt*) und John Darwin in seiner meisterhaften Untersuchung weltumspannender Reiche, *After Tamerlane* (2007; dt. *Der imperiale Traum*) haben mit einer Fülle vergleichender Analysen aufgezeigt, dass Anfang des 18. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Kulturen überall auf dem Globus in nahezu jeder Hinsicht, vom Lebensstandard bis hin zu kulturellen Errungenschaften, gleichauf waren. Das Mogulreich in Indien, das Qing-Imperium in China, die großen vorkolonialen Reiche wie das Königreich Dahomey und seine Nachbarn in Afrika, das Osmanische Reich und andere Staaten waren Europa um 1700 im Wesentlichen ebenbürtig.

1815 war das nicht mehr der Fall. Europa hatte sich vom Rest der Welt abgesetzt – nicht wie manche Historiker, insbesondere Niall Ferguson in seinem weit ausholenden Buch *Civilization* (2011; dt. *Der Westen und der Rest der Welt*), behauptet haben, wegen seiner intrinsischen Überlegenheit, sondern wegen ganz konkreter historischer Umstände. Europa konnte seinen Vorsprung bis in die Anfangsjahre des 20. Jahrhunderts hinein aufrechterhalten und ausbauen, doch dann holten die Verfolger zusehends auf. Im Ersten Weltkrieg geriet die Vormachtstellung Europas ins Wanken; nach dem Zweiten Weltkrieg war sie endgültig dahin und mit ihr die weltumspannenden europäischen Kolonialreiche. Diese Phase der globalen Hegemonie ist die entscheidende Rechtfertigung dafür, die

Jahre von 1815 bis 1914 als eigenständigen, bedeutsamen Abschnitt der europäischen Geschichte anzusehen. Im Lauf des Buches werden immer wieder der globale Kontext betont und Ereignisse und Prozesse auf anderen Kontinenten in die Darstellung eingeflochten, um besser erklären zu können, was sich in Europa in jenen Jahrzehnten ereignete.

Globale Geschichte heißt zugleich *transnationale* Geschichte. Viele Geschichten Europas bestehen aus im Wesentlichen unverbundenen Darstellungen der einzelnen Nationalgeschichten. In diese Kategorie fällt *Europe in the Nineteenth Century* (1927) von Arthur Grant und Harold Temperley, wie auch William Simpson und Martin Jones' *Europe 1783–1914* (2000), das getrennte Kapitel über Frankreich, Deutschland, Italien, Russland und das Habsburgerreich enthält. Die *Geschichte Europas* (2000) des deutschen Historikers Michael Salewski trägt den Untertitel *Staaten und Nationen von der Antike bis zur Gegenwart* und ist eine Abfolge von Geschichten einzelner Länder und ihrer Beziehungen zueinander. Dadurch verliert der Leser weitgehend aus den Augen, was (und ob überhaupt etwas) Europa als Ganzes verband, was die verschiedenen Länder gemeinsam hatten oder welche länderübergreifenden Prozesse sie prägten. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die alteingeführte und noch immer unvollständige *Oxford History of Modern Europe*, in der (mit Ausnahme der vier Bände, die für bestimmte Epochen die zwischenstaatlichen Beziehungen beschreiben) jeder Band einem einzelnen Land gewidmet ist. Und doch war Europa, wie ich in diesem Buch aufzuzeigen hoffe, nicht nur eine Ansammlung von sich weiterentwickelnden Einzelstaaten, es hatte auch als Ganzes ein unverkennbares Gesicht. Und zwar nicht als geographische Einheit; zumal die Ostgrenzen Europas unklar und schwer zu definieren waren und die gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen im Zuge der Massenauswanderung in andere Erdteile mehr und mehr verwischt wurden. Dies vorausgeschickt lässt sich Europa am besten als eine Region beschreiben, die gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch und kulturell zahlreiche gemeinsame Merkmale aufweist und sich von Großbritannien und Irland im Westen bis nach Russland und zum Balkan im Osten erstreckt.

Indem ich einen möglichst transnationalen Ansatz wähle, trete ich ganz bewusst in die Fußstapfen von Lord Acton, der Ende des 19. Jahrhunderts die *Cambridge Modern History* begründete. In der Planungsphase

dieses ehrgeizigen Unterfangens schrieb Acton an die mitwirkenden Autoren:

Universalgeschichte ist etwas anderes als die Summe der Einzelgeschichten, und sie sollte zuallererst, in ihrer unverwechselbaren Essenz, als Zeitalter der Renaissance, der Reformation, der Religionskriege, des Absolutismus, der Revolutionen etc. betrachtet werden. Die einzelnen Länder mögen zur allgemeinen Entwicklung beitragen oder nicht [...] aber man sollte die Aufmerksamkeit nicht zu breit streuen, indem man Frankreich und Deutschland Portugal, Siebenbürgen und Island gegenüberstellt [...]. Mein Plan besteht darin, die bloße Aneinanderreihung von Nationalgeschichten zu durchbrechen und so weit als möglich alles Länderübergreifende und Universelle einzubeziehen.

Leider starb Acton, bevor er dieses ambitionierte Projekt in die Tat umsetzen konnte, und als die *Cambridge Modern History* schließlich veröffentlicht wurde, herausgegeben vom effizienteren, aber konventioneller denkenden Sir Adolphus Ward, verfolgte sie im Wesentlichen doch einen Land-für-Land-Ansatz und spiegelte damit die national geprägte Perspektive der jüngeren Generation von Historikern wider, die in einem Europa lebten, dessen politische und kulturelle Atmosphäre sich gewandelt hatte. Erst mit dem Fall des Kommunismus, der Erweiterung der Europäischen Union um weite Teile Osteuropas und dem neuerlichen Fortschreiten der Globalisierung wurde es wieder möglich, wahrhaft europäische Geschichte zu schreiben. Allerdings ist es heute nicht mehr denkbar, diese wie Grant, Temperley und ihre Kollegen andernorts mit der Geschichte der nationalen Politik und der internationalen Beziehungen gleichzusetzen. Spätestens seit den 1970er Jahren hat die historische Forschung ihr Gesichtsfeld nach und nach erweitert, so dass es nun nahezu jeden Aspekt menschlicher Aktivität in der Vergangenheit einschließt. Schon Hobsbawms *Age of Revolution* aus den frühen 1960ern enthielt Kapitel über Religion, Weltanschauungen, Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und vieles mehr. Wie man an der Liste der Themen Osterhammels ablesen kann, hat die Geschichtswissenschaft ihren Horizont seither noch weiter ausgedehnt, zuletzt auf die Landschafts- und Umweltgeschichte. Hobsbawm konnte seine Themen mit Hilfe einer überwölbenden Meta-Erzählung

verbinden, in deren Fokus die Entwicklung und der prägende Einfluss des Kapitalismus stand. Im frühen 21. Jahrhundert, einer Zeit, in der große Erzählungen in Verruf geraten sind, genießen Historiker dieses Privileg nicht mehr: Das Maximum, was wir tun könnten, so drückt es Tim Blanning aus, sei das Nachzeichnen von »Entwicklungslinien«.

Zwei der wichtigsten Entwicklungslinien, die Blanning für die Jahre 1648 bis 1815 herausarbeitet – »die unaufhaltsam fortschreitende Eroberung der Hegemonie durch den Staat« und »die Entstehung einer neuen Form von kulturellem Raum: der öffentlichen Sphäre« –, zogen sich auch durch das 19. Jahrhundert. Sie entwickelten eine Wirkmächtigkeit und Dominanz, wie sie im 18. Jahrhundert nahezu unvorstellbar waren. Die staatlichen Strukturen, die nach 1815 in der Zeit der Restauration entstanden, wären Europäern, die dreißig Jahre zuvor gelebt haben, in mancherlei Hinsicht noch ziemlich vertraut vorgekommen, auch wenn der Schein vielfach trog. Noch waren die Macht des Staates und seine Einmischung in das Leben der Menschen vergleichsweise begrenzt. Trotz des plastischen Vorbilds der Französischen Revolution beschränkte sich die politische Partizipation des Volkes nach wie vor auf ein Minimum. Noch immer stand die »öffentliche Sphäre« fast ausschließlich der kleinen Schicht der Gebildeten und deren Institutionen offen, von den periodisch erscheinenden Veröffentlichungen bis hin zum Kaffeehaus oder Lesezirkel. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs jedoch hatte sich der Staat gewandelt. Zum einen gab es das allgemeine Männer- und in manchen Teilen Europas sogar Frauenwahlrecht sowie direkte Einflussmöglichkeiten des Volkes auf die nationale, regionale und lokale Politik, nicht zuletzt über organisierte politische Parteien. Auf der anderen Seite war es in Bereichen von der Bildung bis zur Gesundheit, vom Militärdienst bis zur Sozialarbeit zu einem enormen Zuwachs der Kontrollmöglichkeiten des Staates über seine Bürger gekommen.

Die von Blanning skizzierten, miteinander zusammenhängenden Prozesse Wirtschaftswachstum und Ausbau der Kommunikationswege beschleunigten sich im 19. Jahrhundert in einem Maße, das sich im 18. kein Mensch hätte vorstellen können. 1815 tauchten die Eisenbahn, die Telegraphie, das Dampfschiff und die Fotografie schemenhaft am historischen Horizont auf. 1914 schickte Europa sich an, in das Zeitalter der Telefone, Autos, Radios und Kinos einzutreten. 1815 befinden wir uns noch in

einer Epoche mit Newton'schem Weltbild, gegenständlicher Kunst und klassischer Musik. 1914 hatte Einstein seine Relativitätstheorie formuliert, Picasso seine kubistischen Werke gemalt und Schönberg seine ersten atonalen Stücke komponiert. Zugleich trat Europa ganz unmittelbar in die Ära der Maschinengewehre, Panzer, U-Boote und Kampfflugzeuge ein. Der erste dokumentierte Luftangriff auf eine feindliche Stellung fand 1911 während der italienischen Invasion in Libyen statt, die ersten europäischen Konzentrationslager wurden in Südafrika von Briten und in Südwestafrika (Namibia) von Deutschen eröffnet. Diese Entwicklungen ließen bereits die ungeheure Gewalt und Zerstörungswut der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erahnen und sind daher eine Mahnung, das 19. Jahrhundert nicht wie die meisten Zeitgenossen als eine Epoche des linearen Fortschritts und der endlosen Verbesserungen zu betrachten. Der Fortschritt hatte seinen Preis, und – wie Ian Kershaw in *Höllenstein* zeigt, dem nächsten Band dieser Reihe – in der Folgeperiode zwischen 1914 und 1949 musste Europa dies leidvoll erfahren.

Was die Lebensumstände der großen Mehrheit der Europäer anbelangt, endet das Buch Blannings mit einem ziemlich düsteren Ausblick: Die Anfänge der Industrialisierung und das rasante Bevölkerungswachstum brachten »eine neue Form der Armut« mit sich – einer Armut, die »keine plötzliche Heimsuchung durch Hunger, Krieg oder Seuchen« darstellte, »sondern ein permanenter Zustand der Mangelernährung und Unterbeschäftigung« war. Tatsächlich gab es in Europa im 19. Jahrhundert vergleichsweise wenig Hungersnöte, Seuchen und Kriege. Zu erklären, warum das so war, wird eine der Aufgaben dieses Buches sein. Ein maßgeblicher Faktor waren in diesem Zusammenhang (wie bei so vielen Aspekten jener Zeit) die veränderten Beziehungen Europas zum Rest der Welt. Zwar kam es zu Hungersnöten, vor allem in Irland, Skandinavien und Russland, und auch zu Seuchen, namentlich zu periodisch über ganz Europa hinwegfegenden Choleraepidemien, doch waren diese weder so häufig noch so verheerend wie in mancher vorangegangenen Epoche, und Ende des Jahrhunderts gehörten sie in Europa weitgehend der Vergangenheit an.

Das bedeutet allerdings nicht, dass mit ihnen auch die soziale, wirtschaftliche und andere Formen der Ungleichheit verschwunden wären. Ein roter Faden, der sich durch dieses Buch zieht, ist die Beschreibung der Konturen

der Ungleichheit, die sich im Lauf des 19. Jahrhunderts veränderten, indem ältere Formen, wie die Leibeigenschaft auf dem Land, von neuen abgelöst wurden, etwa der Lohnarbeit in der Fabrik. Das 19. Jahrhundert lässt sich als *das* Jahrhundert der Emanzipation schlechthin beschreiben. Millionen Menschen machten auf dem Weg zur Gleichberechtigung Fortschritte, darunter in wichtigen Aspekten die Mehrheit der Landbevölkerung, die Frauen und religiöse Minderheiten (insbesondere die Juden), dieses Buch zeichnet diese gewaltigen Veränderungen und wie sie zustande kamen detailliert nach. Doch wie die Jahre nach 1914 zeigen sollten, waren Gleichberechtigung und Emanzipation stets unvollständig und bedingt, und so gehört es zur Aufgabe des Historikers des 19. Jahrhunderts auch, die Einschränkungen zu beschreiben, die die Menschen während dieses großen Befreiungsprozesses erfuhren.

Diskussionen und Kontroversen über Ungleichheit waren im 19. Jahrhundert ein zentraler Bestandteil der politischen Auseinandersetzung. Aufbauend auf dem Erbe der Französischen Revolution begannen sich immer mehr politische Denker und Akteure, über Mittel und Wege Gedanken zu machen, wie Ungleichheiten aus der Welt zu schaffen seien, und versuchten, diese praktisch umzusetzen. Das Spektrum der Lösungsansätze reichte dabei von aristokratischem Paternalismus im Sinne des »noblesse oblige« bis – am anderen Extrem – zu den Versuchen von Anarchisten, den Staat zu zerstören. Dabei gaben der Sozialismus, der Liberalismus, der Kommunismus, der Nationalismus und viele andere Lehren unterschiedlichen Methoden den Vorzug, wie die Menschen vom Joch der Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien seien – je nachdem, wie sie dieses Joch definierten. Diejenigen, für die Stabilität und Hierarchien an erster Stelle standen, erkannten (oder jedenfalls die meisten von ihnen), dass es als Überlebensstrategie nicht ausreichte, sich an die alte Ordnung zu klammern; und so stürzten auch sie sich in die große Debatte über Ungleichheit. Religionsgemeinschaften gaben auf diesseitige Probleme, so sie nicht von vornherein zur Flucht ins Jenseits rieten, eine breite Palette an Antworten. All diesen Denkrichtungen gemeinsam war der Wunsch, Macht zu erlangen und auszuüben, damit sie ihre Ideen in die Tat umsetzen konnten. So wie Tim Blanning seine Geschichte Europas von 1648 bis 1815 mit *The Pursuit of Glory* (»Das Streben nach Ruhm«) betitelte und damit die Prioritäten der herrschenden politischen Elite

jener Ära auf den Punkt brachte, trägt daher die englische Ausgabe dieses Buches den Titel *The Pursuit of Power* (»Das Streben nach Macht«).

Das Streben nach Macht zog sich im 19. Jahrhundert durch die gesamte Gesellschaft. Staaten griffen nach der Weltmacht, Regierungen trachteten nach imperialer Macht, Armeen arbeiteten an der Macht ihrer militärischen Schlagkraft, Revolutionäre verschworen sich, um die Macht an sich zu reißen, politische Parteien führten Wahlkämpfe, um an die Macht zu kommen, Banker und Industrielle strebten nach wirtschaftlicher Macht, Leibeigene und Teilbauern wurden nach und nach von der willkürlichen Macht des landbesitzenden Adels befreit. Der entscheidende gesellschaftliche Prozess, der das Jahrhundert prägte, war die Emanzipation riesiger gesellschaftlicher Gruppen von Unterdrückten von der Macht ihrer Unterdrücker, und das verbreitetste Beispiel dafür war die Emanzipation der Frauen aus dem Geflecht von Gesetzen, Sitten und Konventionen, in dem sie gefangen waren und das sie der Macht der Männer auslieferte. Und so wie Feministinnen um Gleichheit vor dem Gesetz kämpften, so streikten in der neuen Welt der Industrie Gewerkschaften für mehr Einfluss auf Löhne und Arbeitsbedingungen, in der Kunstwelt stellten Vertreter der Moderne die Macht der Akademien in Frage, und Schriftsteller erkoren Machtkämpfe innerhalb von Familien und anderen gesellschaftlichen Institutionen zu zentralen Themen ihrer Romane.

Die Gesellschaft baute im 19. Jahrhundert ihre Verfügungsgewalt über die Natur aus: Staaten erlangten die Macht, die Auswirkungen von Hunger und Naturkatastrophen wie Bränden und Fluten abzumildern. Medizinforscher strebten im Labor nach der Macht, Krankheiten zu heilen. Um die Macht der Menschheit über die Natur zu vergrößern, kanalisierten Ingenieure und Planer Flüsse, legten Sümpfe trocken, vertrieben Wildtiere und rodeten Wälder; sie bauten Städte und Metropolen, Eisenbahnen und Kanalsysteme, Schiffe und Brücken. Darüber hinaus entwickelten und erschlossen Wissenschaftler und Techniker neue Quellen von Macht, vom Wasserdampf bis zum elektrischen Strom, vom mechanischen Webstuhl bis zum Verbrennungsmotor. Diese Macht konnte formeller oder informeller Natur sein, auf Übereinkunft oder Mehrheitsbeschluss beruhen, mit Gewalt oder Überredung ausgeübt werden, sie konnte wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle, politische, religiöse, strukturelle oder eine Vielzahl anderer Formen annehmen. Je weiter das

Jahrhundert fortschritt, desto mehr räumten die Menschen der Macht eine höhere Priorität ein als dem Ruhm, der Ehre und vergleichbaren Werten, die vor 1815 in den meisten Jahrhunderten bestimmend gewesen waren. Als die Europäer gegen Ende des Jahrhunderts ihre Hegemonie über ganze Erdteile zunehmend als Beweis für ihre Überlegenheit über deren Bewohner betrachteten, wurde Macht vermehrt auch in rassistischen Begriffen gefasst. Wie und warum es zu all dem kam und wie sich die sich rasant verändernde Machtbalance zwischen Europa, Asien, Afrika und anderen Erdteilen auf die Machtverhältnisse innerhalb Europas auswirkte (und umgekehrt) – derlei Themen stehen in diesem Buch im Fokus.

Gegliedert ist das Buch in acht Kapitel, die wiederum in jeweils zehn Abschnitte unterteilt sind. Die Kapitel 1, 3, 7 und 8 beschäftigen sich in erster Linie mit Politikgeschichte, die Kapitel 2 und 4 mit Wirtschafts- und Sozialgeschichte und die Kapitel 5 und 6 mit Themen, die im weiteren Sinne der Kulturgeschichte zuzuordnen sind. Das erste Kapitel ist der Geschichte der europäischen Politik von der endgültigen Niederlage Napoleons 1815 bis zu den letzten Nachbeben der Revolutionen von 1830 gewidmet. Das dritte Kapitel zeichnet die weiteren Entwicklungen bis zu den Revolutionen von 1848 nach sowie deren Nachwirkungen in der konfliktreichen und instabilen Phase bis zum Anfang der 1870er Jahre. Das siebte Kapitel analysiert, wie die Staaten Europas zwischen 1871 und 1914 auf die immer lauter werdenden Forderungen nach mehr Demokratie reagierten, und das achte und letzte Kapitel widmet sich der Unterwerfung (so unvollständig diese auch war) der meisten anderen Teile des Erdballs durch Europäer im Zeitalter des Imperialismus sowie den verheerenden Folgen, die diese mit dem heraufziehenden Ersten Weltkrieg für Europa selbst hatte. Zwischen den ersten beiden dieser chronologisch angelegten Kapitel findet sich eines zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa zwischen 1815 und 1848 – wobei eine umfassende Darstellung der wichtigsten Veränderung jener Jahre, der Bauernbefreiung in weiten Teilen des Kontinents, es erfordert, einige Entwicklungen in der ländlichen Welt bis 1914 nachzuverfolgen. Das vierte Kapitel beschreibt die wichtigsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen in Europa nach der Jahrhundertmitte und die massiven Veränderungen, die in jenen Jahren zu beobachten waren.

Das fünfte Kapitel befasst sich über die ganze Epoche hinweg mit dem Versuch, die Natur einer menschengemachten Ordnung und Kontrolle zu unterwerfen – von den Wäldern, Flüssen und Bergen Europas bis hin zu den mannigfaltigen Bemühungen, die menschliche Natur in den Griff zu bekommen. Das sechste Kapitel charakterisiert das Jahrhundert im Gegensatz zum vorangegangenen Zeitalter der Vernunft als ein Zeitalter des Gefühls und nimmt dabei verschiedene Betätigungsfelder des menschlichen Geistes in den Blick, in denen sich dieser grundlegende Wesenszug manifestierte, von Religion und Glaube über Kultur und Bildung bis hin zum Menschenbild an sich.

Um die menschliche Dimension dieser Geschichte zu unterstreichen, beginnt jedes Kapitel mit der Lebensgeschichte eines Menschen, dessen Überzeugungen und Erfahrungen viele Themen aufwirft, die im Folgenden abgehandelt werden. Jede dieser acht Personen kommt aus einem anderen Land, und es sind vier Männer und vier Frauen. Diese Ausgewogenheit war mir wichtig. Schließlich stellten Frauen – wie in so ziemlich jeder anderen Epoche – mehr als die Hälfte der europäischen Bevölkerung. Ebenso bedeutsam ist ein weiteres grundlegendes Kennzeichen jenes Zeitalters, nämlich dass selbst am Vorabend des Ersten Weltkriegs die übergroße Mehrheit aller Europäer auf dem und vom Land lebten. Bauern und Grundbesitzer werden in europäischen Geschichten des 19. Jahrhunderts, vor allem in jenen, in denen der Aufstieg der Industriegesellschaft im Mittelpunkt steht, häufig zu Randfiguren degradiert. Dabei ist es meiner Ansicht nach völlig falsch, diese Millionen von Menschen als bloße Opfer des historischen Wandels darzustellen oder sie unter einer Rubrik abzuhandeln, die Marx als »Idiotie des Landlebens« bezeichnete.

Das Buch ist dafür gedacht, dass man es von vorne bis hinten durchliest. Wer es als Nachschlagewerk nutzen will, findet hinten im Buch ein Register. Gemäß den Vorgaben in der Reihe »Penguin History of Europe« enthält dieses Buch weder Fuß- noch Endnoten. Wie jeder Autor einer Überblicksdarstellung stütze ich mich in erster Linie auf die Arbeit anderer; sofern man von Originalität sprechen kann, liegt diese in den vorgebrachten Argumentationen und Interpretationen sowie im Spektrum der behandelten Themen und den zwischen ihnen hergestellten Bezügen. Ich hoffe, die vielen Historiker, deren Spezialforschung und Schriften mir als Steinbruch dienten, werden es mir nachsehen, dass ich nirgends

explizit auf ihre Werke verweise. Zumindest möge es mir gestattet sein, auf meine Quellen für die Biographien zu verweisen, die den einzelnen Kapiteln vorangestellt sind (ausführliche Angaben siehe unter »Weiterführende Literatur«): Für Kapitel 1, Kathinka Nohl (Hg.), *Tagebuch eines napoleonischen Fußsoldaten*; für Kapitel 2, Boris B. Gorshkov (Hg. u. Übers.), *A Life under Russian Serfdom*, Budapest 2005; für Kapitel 3, Máire Cross und Tim Gray, *The Feminism of Flora Tristan*, Oxford 1992, sowie Jean Hawkes (Hg. u. Übers.), *The London Journal of Flora Tristan*, London 1992; für Kapitel 4, Hermynia zur Mühlen, *Ende und Anfang*, Berlin 1929; für Kapitel 5, Wendy Bracewell, *Orientalisms*, Budapest 2009; für Kapitel 6, Brita K. Stendhal, *The Education of a Self-Made Woman*, Lewiston (NY) 1994; für Kapitel 7, Martin Pugh, *The Pankhursts*, London 2001; und für Kapitel 8, Ivor N. Hume, *Belzoni*, Charlottesville (VA) 2011. Die übrigen längeren Zitate stammen aus Originalquellen, mit Ausnahme von S. 582 (Dirk Blasius, *Der verwaltete Wahnsinn*, Frankfurt 1980); S. 586–590 (Andrew Scull, *The Most Solitary of Afflictions*, London 1993); S. 597 (John A. Davis, *Conflict and Control*, London 1988); S. 780. (F. S. L. Lyons, *Charles Stewart Parnell*, London 1977); S. 817 (Hartmut Pogge von Strandmann, »Domestic Origins of Germany's Colonial Expansion under Bismarck«, *Past and Present*, Februar 1969); S. 827 (Franco Venturi, *Roots of Revolution*, London 1960); S. 830 (Edvard Radzinsky, *Alexander II*, New York 2005); und S. 894 (Adam Hochschild, *Schatten über dem Kongo*, Stuttgart 2000).

Mit der Niederschrift dieses Buches habe ich 2009 begonnen, aber seine Ursprünge liegen sehr viel weiter zurück, in jenen Jahrzehnten, in denen ich an verschiedenen Universitäten die Geschichte des 19. Jahrhunderts lehrte, ehe ich mein Interesse 1998 mit dem Wechsel nach Cambridge dem 20. Jahrhundert zuwandte. Glücklicherweise konnte ich so auf die vielen Vorlesungen zurückgreifen, die ich im Lauf der Jahre über Europa im 19. Jahrhundert gehalten habe, an der University of Stirling in Schottland, an der Columbia University in New York, an der University of East Anglia in Norwich, am Birkbeck College der University of London sowie zuletzt am Gresham College in London. Ich danke meinen Studenten an all diesen Universitäten, die in Vorlesungen und Seminaren geduldig meinen Gedanken gelauscht und mit ihren Kommentaren dazu beigetragen haben, meine Herangehensweise zu überprüfen und meine Argumentation auszufeilen oder zu verändern. Ohne wissenschaftliche

Mitarbeiter hätte ich ein so breit angelegtes Projekt wie dieses niemals in so kurzer Zeit zum Abschluss bringen können; mein besonderer Dank gilt daher meinen ehemaligen Studenten Daniel Cowling, Niamh Gallagher, Rachel Hoffman, Susie Lada und Georgie Williams, die mir Material zur Verfügung gestellt haben. Die historische Fakultät und das Wolfson College der Cambridge University haben mir 2012 durch die Einräumung eines Forschungssemesters unendlich wertvolle Zeit geschenkt, und die hiesige Universitätsbibliothek war dank ihrer unerschöpflichen Ressourcen und hilfsbereiten Angestellten bei der Informationssuche zu vielen Themen meine erste Anlaufstelle.

Viele Freunde und Kollegen haben dieses Buch oder Teile davon gelesen, Verbesserungsvorschläge gemacht und meine Fehler korrigiert. Der herausragende Lektor Simon Winder von Penguin hat zahlreiche Ideen zur Verbesserung eingebracht. Wegen ihrer gründlichen Lektüre der Kapitel 1, 3 und 6 stehe ich tief in der Schuld von Rachel Hoffman ebenso wie in der von David Motadel, der viele Korrekturen zu den Kapiteln 2, 4–5 und 7–8 beigesteuert hat, von Joanna Bourke wegen ihrer scharfsinnigen Kommentare zu Kapitel 5 sowie von Tim Blanning, Lucy Riall und Astrid Swenson, die dankenswerterweise das ganze Manuskript gelesen haben. Sämtliche verbleibenden Fehler liegen allein in meiner Verantwortung. Cecilia Mackay war unendlich hilfreich bei der Auswahl der Abbildungen; diese orientieren sich an der Abfolge der Kapitel und sollen das Verständnis der behandelten Themen vertiefen. Die im Text erwähnten Gemälde und Bilder sind problemlos im Internet aufzufinden. Andras Bereznay hat sich einmal mehr als gelehrter und inspirierender Kartograph erwiesen. Richard Mason hat als Korrektor zahlreiche Fehler eliminiert und an vielen Stellen die Lesbarkeit des Textes entscheidend verbessert. Dank schulde ich auch dem für die Herstellung verantwortlichen Richard Duguid.

Und schließlich stehe ich wie immer tief in der Schuld von Christine Corton, die ihre eigene Arbeit ruhen ließ, um die Fahnen zu lesen, und die mir zusammen mit unseren Söhnen Matthew und Nicholas während des langen Entstehungsprozesses dieses Buches Kraft gegeben hat.

Richard J. Evans
Cambridge, im Mai 2016

Das Erbe der Revolution

Die Nachwehen des Krieges

Irgendwann Ende der 1820er oder Anfang der 1830er Jahre – wann genau, wissen wir nicht – machte sich der Steinmetz Jakob Walter (1788–1864) im württembergischen Ellwangen daran, seine Lebenserinnerungen aufzuschreiben. Er war eingezogen worden, um als gemeiner Fußsoldat in der Grande Armée des französischen Kaisers Napoleon Bonaparte (1769–1821) zu dienen, und marschierte mit ihr bis nach Moskau und zurück. In unverblümter, schlichter Sprache berichtete Walter vom furchtbaren Leid, das er auf dem Rückzug in den letzten Monaten des Jahres 1812 erfahren hatte. Walter wurde immer wieder von Kosaken überfallen, suchte in Abfällen nach Essbarem, trotzte Kälte, Dreck und Hunger, wurde von Banditen ausgeraubt und entging mehrmals nur knapp dem Tod. Als er in einer polnischen Stadt zum ersten Mal seit Wochen ein ordentliches Quartier zugewiesen bekam, wusch er sich:

Mit meinem Wassen der Hände, und dem Gesicht gieng es sehr langsam, dan die Rufen an Hände, Ohren, und Nasen waren eine Forchen-Rinde mit Rize und Kolenschwarzen Schupen überwachsen, dass Gesicht glich einem mit Bart überwachsenen ruschen Bauren, und als ich in den Spiegel sahe habe ich mich selbstn über meine Fremde-Gesichtsbildung erstaunt, ich waschte dan eine Stunde lang mit heissem Wasser u: Seife [...].

Alle Versuche, sich und seine Kleider von Läusen zu befreien, blieben allerdings fruchtlos. Als er mit seiner Einheit weiter nach Westen stapfte, bekam er Fieber – höchstwahrscheinlich Fleckfieber – und musste den restlichen Weg auf einem Karren gezogen werden. Von den 175 Männern in seinem Wagenkonvoi haben etwa 100 die Reise nicht überlebt.

Als Walter, noch immer verlaust, in seiner Heimat anlangte, fürchtete er, seine Verwandten würden ihn nicht erkennen: »Ich hielt also meinen Einzug mit einen rusigen ruschischen Mandel, alten runden Huth, und unter meiner u: in meiner Kleitung unzähligen Reissgefärthen, worunter Russen, Polen Preisen u: Saxen waren.« Endlich konnte er sich ordentlich waschen, sich seiner verlausten Kleidung entledigen und langsam wieder gesunden. Die Leute im Ort grüßten ihn »als einen Russländer, so nante man damals jeden der darinnen war«.

Wie die übergroße Mehrheit der einfachen Leute damals in Europa hatte Walter keinerlei Interesse an (und auch keine Ahnung von) Politik. Er war 1806 von den Behörden des französischen Marionettenstaats Württemberg eingezogen und 1809 und 1812 erneut zu den Waffen gerufen worden. Eine Wahl hatte er ebenso wenig wie die vielen hunderttausend anderen, die in jenen Jahren als Soldaten rekrutiert wurden. In seinem Tagebuch finden sich keinerlei Anzeichen von Begeisterung für die französische oder wenigstens württembergische Sache, von Interesse am Ausgang des Krieges, von Hass auf die Russen oder vom Wunsch, diese zu töten. Als einfacher Fußsoldat verstand er von den strategischen Fragen hinter den Feldzügen, an denen er teilnahm, herzlich wenig. Walters einziges Interesse bestand darin, die Tortur zu überleben, derer er gegen seinen Willen unterworfen wurde. Der Elan der französischen Truppen, die in den frühen 1790er Jahren die Marseillaise singend der gegenrevolutionären österreichischen Armee entgegengezogen waren, gehörte längst der Vergangenheit an. Mittlerweile war nur noch ein kleiner Teil von Napoleons Soldaten, etwa die Kaiserliche Garde, motiviert und engagiert bei der Sache. Die Kriegsmüdigkeit, die sich durch das gesamte Tagebuch Walters zieht, war ein in ganz Europa weit verbreitetes Gefühl, und das mit gutem Grund: Nach nahezu einem Vierteljahrhundert mehr oder weniger ununterbrochenem Krieg waren die Menschen vor Leid und Verzweiflung wie betäubt. Wenn Jakob Walter irgendetwas wirklich am Herzen lag und Kraft gab, dann sein tiefer katholischer Glaube. Dieser hielt ihn allerdings nicht davon ab, in allen Einzelheiten die zunehmend entmenslichende Wirkung zu schildern, die der Konflikt auf die Beteiligten entfaltete.

Nach der Rückkehr in seine Heimat führte Jakob Walter wieder sein unscheinbares Leben als Steinmetz. 1817 heiratete er und hatte mit seiner

Frau zehn Kinder. Fünf von ihnen waren noch am Leben, als Walter, mittlerweile ein vergleichsweise gutsituierter Bauunternehmer und -aufseher, 1856 einen Brief mit Neuigkeiten aus der Familie an seinen Sohn schrieb, der nach Amerika ausgewandert war und in Kansas lebte. Im Jahr darauf reiste der junge Mann zurück zu seinen Eltern und heiratete ein Mädchen aus einem Dorf bei Ellwangen, die Tochter des dortigen Bürgermeisters. Der Familienüberlieferung zufolge nahm er die handschriftlichen Memoiren seines Vaters 1858 mit zurück nach Kansas. Dort blieben die Lebensaufzeichnungen im Familienbesitz, bis sie Anfang der 1930er Jahre der Wissenschaft zur Verfügung gestellt wurden. Jakob Walter selbst lebte noch ein paar Jahre in Ellwangen, wo er 1864 starb. Seine Frau überlebte ihn um neun Jahre. Wir wissen fast nichts über Jakob Walter, ebenso wenig wie über das Leben zahlloser anderer Dorfbewohner des 19. Jahrhunderts. Einzig seine Erlebnisse im Rahmen des verhängnisvollen Russlandfeldzugs der Grande Armée, die Tatsache, dass er ihn im Gegensatz zu den meisten Teilnehmern überlebte, und der glückliche Umstand, dass er seine Erfahrungen aus irgendwelchen Gründen aufzuschreiben beschloss, lassen ihn aus dem Dunkel hervortreten, in dem das Leben der großen Mehrheit der Europäer jener Zeit für uns liegt.

Auf dem Rückweg aus Moskau hatte Jakob Walter einmal einen Blick auf Napoleon höchstpersönlich erhascht, der sich an der Beresina zu einem Mahl unter freiem Himmel niedergelassen hatte. Er war nicht gerade beeindruckt:

Napoleon [...] sah seine Arme in ärbärmlichsten zustande um ihn vorbei zihen, was wohl auch sein Herz empfunden hat, ist nicht zu beurtheilen, sein Aeuserer Aber glich einen gleichgiltigen, und unbekümmerten Sine für Gefühl des Ellendes seiner Soldaten, nur Habsucht und Ehrverlust mag in seinen Innern sein Anligen gemacht haben, und obgleich Franzosen und Verbündete mit vielen Schümpfen und Fluchen über seine schuldige Person in seine Ohren schrien, so konte er unberügt solches ertragen.

In dieser Phase des verheerenden Rückzugs aus Moskau hatten die meisten seiner noch lebenden Soldaten für Napoleon nur noch Hass und Verachtung übrig. Von der unersättlichen Rekrutierungsmaschinerie des französischen Kaiserreichs ihrem Alltagsleben entrissen, waren

685 000 Soldaten aus Deutschland, Polen, Italien und Frankreich nach Russland marschiert (wobei die Grande Nation selbst weniger als die Hälfte stellte). Keine 70 000 kehrten zurück. 400 000 kamen ums Leben, mehr als 100 000 gerieten in russische Gefangenschaft; die Zahl der Nachzügler und Deserteure, die sich auf eigene Faust nach Hause durchschlugen, ist unbekannt. Zu weiteren Blutbädern war es in den Schlachten gekommen, in denen Napoleon von einer Koalition europäischer Armeen unter Führung Großbritanniens, Preußens, Österreichs und Russlands unbarmherzig immer weiter nach Westen zurückgedrängt worden war. 1814 schließlich hatten die Alliierten Paris besetzt und Napoleon auf die Mittelmeerinsel Elba verbannt.

Lange herrschte die Ansicht, im Vergleich zu den Verwüstungen späterer Konflikte sei der von den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen verursachte Schaden eher gering gewesen. Insgesamt jedoch waren dem Auf und Ab von 23 Jahren mehr oder weniger permanenter kriegerischer Auseinandersetzungen, die Europa nach der Französischen Revolution erlebte, Schätzungen zufolge fünf Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Setzt man das in Relation zur europäischen Gesamtbevölkerung, so waren das ebenso viele, wenn nicht mehr als im Ersten Weltkrieg. Jeder fünfte zwischen 1790 und 1795 geborene Franzose hatte den Tod gefunden. In den Reihen von Napoleons Armee waren bis zu eineinhalb Millionen Männer gefallen. Moskau war von den Russen niedergebrannt worden, damit die Ressourcen der Stadt nicht dem Feind in die Hände fielen und zum Überwintern genutzt würden. Drei Tage lang, hielt ein Augenzeuge fest, »stand die ganze Stadt in Flammen, auf allen Seiten stiegen vielfarbig die Flammen bis in den Himmel, verdeckten den Horizont und sandten in alle Richtungen blendendes Licht und glühende Hitze aus«. Die französischen Soldaten hatten in diesem Chaos alles mitgenommen, was sie in die Finger bekommen konnten, Bauern aus der Umgebung hatten sich ihnen angeschlossen und sich an der Plünderung der Stadt beteiligt. Als die Feuer niedergebrannt waren, hatten die verkohlten Ruinen der ausgebrannten Stadt kaum noch etwas an Essbarem und Schutz zu bieten, was Napoleons Armee über den Winter hätte bringen können. Fast 7000 der etwas über 9000 Häuser, mehr als 8000 Geschäfte und Lagerhäuser und über ein Drittel der 329 Kirchen der Stadt waren völlig zerstört. Privatbesitz im Wert von etwa 270 Millionen

Rubel war vernichtet, ohne dass irgendeine Aussicht auf Entschädigung bestand. Die meisten Einwohner, waren sie nicht bereits geflohen, verließen Moskau daraufhin; vor ihnen lagen Jahre des elenden Vagabundierens. Lediglich zwei Prozent der Bevölkerung waren geblieben, und ein großer Teil davon, darunter viele Soldaten, lebte nicht lang. Als die russische Armee Moskau schließlich wiedereingenommen hatte, hatte sie 12 000 Leichen auf riesigen Scheiterhaufen verbrennen müssen. Der Wiederaufbau der Stadt kam erst 1814 ernsthaft in Gang. Wo sich einst ein Wirrwarr enger Straßen befunden hatte, entstanden nun Parks und Gärten nebst einem neuen großen Palast für den Zaren. Mehr als eine Generation lang blieb Moskau eine Baustelle: Die mit dem Wiederaufbau der Stadt betraute Kommission wurde erst 1842 aufgelöst, und selbst zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt noch einen weiten Weg vor sich, ehe sie ihre einstige Pracht zurückerlangte.

Derweil waren in Spanien zahlreiche Städte und Dörfer durch offene Feldschlachten und Belagerungen verwüstet worden. Puerto Real, das 1810 bis 1812 während der zwei Jahre dauernden Belagerung von Cádiz von den Franzosen besetzt gewesen war, hatte die Hälfte seiner ehemals 6000 Einwohner eingebüßt. Vierzig Prozent der Gebäude waren ebenso zerstört worden wie drei Viertel der Olivenbäume und ein Großteil des Pinienwaldes der Umgebung. Viele spanische Städte sollten sich nie wieder erholen. Überall war die Zahl der Rinder, Pferde, Schweine und Schafe aufgrund der Verwüstungen durch die Franzosen dramatisch zurückgegangen. Die Extremadura hatte nahezu 15 Prozent ihrer Vorkriegsbevölkerung verloren. Francisco de Goya (1746–1828) fing die Realität des Krieges in 82 Radierungen ein, die unter dem Titel *Die Schrecken des Krieges* bekannt sind. Die erst in den 1860er Jahren veröffentlichten Graphiken zeigen schreckliche Vergewaltigungen, Plünderungen, Verstümmlungen und Gemetzel. Auf einem der Bilder steigt eine Leiche aus dem Sarg, die ein Stück Papier mit der Aufschrift »Nada« (»Nichts«) in der Hand hält – ein Wort, das für den Maler zusammenfasste, was der jahrelange, erbittert ausgetragene Konflikt gebracht hatte.

Im Rheinland hatten die wiederholten Einfälle der französischen Truppen die Felder ihres Ertrags, die Bauern ihres Viehs und die Städte und Dörfer ihrer Vorräte beraubt. Noch verstärkt worden war der allgemeine Eindruck von zügelloser Habgier durch die horrenden Zahlungen, die den

Bewohnern der Region von den Franzosen abverlangt wurden. Der Schaden war bereits in einer frühen Phase der Konflikts entstanden und hatte dauerhafte Folgen. Ein 1792 aus diesem Gebiet zurückkehrender französischer Regierungsbeauftragter berichtete: »Nicht einmal das Überlebensnotwendigste wurde zurückgelassen – nichts für die Tiere oder die Aussaat –, und auch andere Dinge sind in den Dörfern gestohlen worden.« Räuberbanden, die übers Land gestreift waren, hatten sich als französische Soldaten verkleidet, um ihre Opfer zu täuschen – was zeigt, dass die Bevölkerung an von den Besatzungstruppen verübte Vergewaltigungen, Plünderungen und Zerstörungen gewöhnt war. Tatsächlich hatte die französische Armee sofort bei ihrem Eintreffen in Aachen so ziemlich alles in der Stadt und im Umland an sich gerissen, was nicht niet- und nagelfest war: Getreide, Futter, Kleidung, Vieh ...; als der Winter eingebrochen war, waren Hunderte Aachener Hungers gestorben.

Doch nicht nur die französische, auch andere Armeen hatten im Wesentlichen vom Land gelebt, durch das sie zogen, und das ging stets mit Plünderungen einher. Allesamt hatten sie gewaltige Anstrengungen unternommen, um die wichtigsten Vorräte zu organisieren, und zumindest in den Jahren 1812 bis 1814 hatte der wachsende Patriotismus in den Nationen der Alliierten dafür gesorgt, dass Adlige, Kaufleute und einfache Bauern in unterschiedlicher Form erhebliche freiwillige Beiträge leisteten, um die Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Doch angesichts des gigantischen Ausmaßes der Kämpfe hatte das kaum je ausgereicht. Als die russische Armee 1813/14 westwärts marschiert war, hatte sie ihren Grundbedarf an Nahrungsmitteln selbst organisiert und dabei die Nachschubwege an die Grenze ihrer Belastbarkeit gebracht. Allerdings hatte es sich bei ihren Vorräten um wenig mehr als um Schwarzbrot und die Grundzutaten für Getreidebrei gehandelt, und die Soldaten waren gezwungen gewesen, abwechslungsreichere und schmackhaftere Nahrung zu stehlen – bisweilen von ihren eigenen Verbündeten. Alle beteiligten Armeen hatten enorme Schwierigkeiten, die Ernährung der Tausenden Pferde sicherzustellen, die für die Kavallerie sowie als Zugtiere für die Feldartillerie und Versorgungswagen gebraucht wurden. Suchtrupps hatten weite Strecken zurückgelegt, um Hafer und anderes Futter zu organisieren. Als die russische Armee in Frankreich einmarschierte, waren im Zuge der Kämpfe ganze Dörfer verwüstet worden. Die Bauern

waren in die Wälder geflüchtet, wie sie es schon gewohnheitsmäßig taten, um sich vor den Konskriptionsbeauftragten Napoleons zu verstecken, und waren hin und wieder aufgetaucht, um Nachschubkolonnen der Alliierten zu überfallen. Nach der Schlacht bei Waterloo wurde Frankreich von circa 900 000 ausländischen Soldaten besetzt, deren Unterhalt in weiten Gebieten wirtschaftliches Elend auslöste.

Die Natur hat den Erholungsprozess nicht gerade befördert. Im April 1815 kam es auf der Insel Sumbawa im heutigen Indonesien zum größten bekannten Vulkanausbruch der Geschichte. Bei der Explosion, die noch in 2000 Kilometer Entfernung zu hören war, entstand eine gigantische, bis zu 43 Kilometer hohe Staubwolke. Gewaltige Mengen an Schwefel wurden in die Stratosphäre geschleudert, wo die winzigen Partikel mehr als zwei Jahre verblieben, den Himmel verdunkelten und für spektakuläre, orangefarbene Sonnenuntergänge sorgten. »Der Morgen kam und ging«, schrieb George Gordon, bekannt als Lord Byron (1788–1824), »– und kam, und brachte keinen Tag.« In Ungarn fiel im Januar 1816 brauner Schnee, ganze Häuser sollen unter Schneewehen begraben worden sein. Der Ausbruch des Vulkans ereignete sich in der Mitte eines ganzen Jahrzehnts kalter Sommer, das bereits 1811 begonnen hatte. Ursache waren Veränderungen der Sonnenaktivität und der um die Erde zirkulierenden Wettersysteme sowie ein früherer großer Vulkanausbruch in Kolumbien 1808. Ende 1816 war klar, dass die Ernteerträge in vielen Gebieten auf wenig mehr als ein Viertel der Normalwerte gefallen waren, und die (kümmerliche) Ernte konnte erst einen Monat später eingebracht werden als üblich. In den Niederlanden wurde die Sommerernte von heftigen Sommerstürmen zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen. »Von überall auf dem Festland erreichen uns traurige Berichte, dass es für die Jahreszeit ungewöhnlich nass ist«, meldete eine britische Zeitung im Juli 1816: »In mehreren holländischen Provinzen stehen die saftigen Weiden komplett unter Wasser, und die Knappheit und die hohen Preise lösen naturgemäß große Sorgen und Ängste aus. In Frankreich machen die Folgen von Überschwemmungen und heftigen Regenfällen dem Landesinneren schwer zu schaffen.« Das Pariser Observatorium verzeichnete Sommertemperaturen, die einige Grad unterhalb des Durchschnitts der Jahre 1740–1870 lagen, und über manche Gegenden brach der Winter herein, ehe die Weintrauben reif waren.

»Jedes Gewitter des vergangenen Sommers«, hielt ein 1818 in Württemberg zusammengestelltes Jahrbuch fest, »hatte überdieß die empfindlichste Kälte zur Folge, so daß man stets in Novembertagen zu leben glaubte.« Der Niederrhein trat fünf Monate lang über die Ufer, und im Königreich Lombardo-Venetien lag im Mai noch Schnee. Weiterer Schaden entstand im Herbst durch frühen Frost. Kärntner Bauern konnten im dritten Jahr in Folge kein Wintergetreide aussähen, und in Baden sagte man von der Getreideernte des Jahres 1817, sie sei die schlechteste seit Menschengedenken. In Südosteuropa starben im harten Winter von 1815/16 in der Gemeinde Bač in der Vojvodina Berichten zufolge mehr als 24 000 Schafe, und Dauerregen zu Beginn des Frühjahrs löste an der Donau »großflächige Überflutungen« aus, wie der Chronist der Franziskanerabtei in Šarengrad festhielt. »Niemand, nicht einmal alte Leute, kann sich an eine vergleichbare Flut erinnern. Sie überflutete viele Dörfer an diesem wie am anderen Ufer der Donau, fruchtbares Land und Heufelder [...]. Das Wasser stand teilweise mannshoch.« Der Pfarrer des kroatischen Dorfes Žminj bezeichnete das Jahr 1816 als »fatal«:

[...] wegen häufiger Regenfälle und anderer Schlechtwetterereignisse brachte [es] so wenig ein, dass viele Bürger nicht einmal genug Getreidevorrat für ein halbes Jahr anlegen konnten, und manche nicht einmal für zwei Monate. [...] Schon im März überfiel diese Leute der Schwarze Hunger, aber solange sie irgendetwas zu essen hatten, halfen sie sich gegenseitig. [...] Doch das währte nicht lange [...]. In jämmerlichem Elend liefen sie herum und fielen tot um, manche zuhause, manche am Straßenrand, manche im Wald usw.

In Kroatien war 1816 und mehr noch 1817 die Zeit der »Großen Hungersnot«. Die Getreidepreise lagen zwei- bis dreimal so hoch wie fünf Jahre später. Der Krieg hatte die Versorgungswege unterbrochen, so dass Hilfe schwer zu organisieren war. Die globale Klimakatastrophe hatte die schlechtesten Ernten zufolge, die Europa seit mehr als einhundert Jahren erlebt hatte. Und das ausgerechnet in einer Phase, in der Europa nach den Verwerfungen der Französischen Revolutions- und der Napoleonischen Kriege versuchte, Handel und Industrie wiederaufzubauen. Die britische Seeblockade und die als Reaktion darauf von Napoleon verhängte

Kontinental Sperre hatten den Handel auf dem Kontinent ebenso ruiniert wie im Vereinigten Königreich die Märkte abgeschnitten und Tausende arbeitslos gemacht. Ende 1816 soll es allein im Londoner Stadtteil Spitalfields zwischen 20 000 und 30 000 arbeitslose Weber gegeben haben, und vergleichbare Zustände wurden auch aus Textilstädten in Sachsen, der Schweiz und den Niederlanden gemeldet. Hunderttausende Soldaten wie Jakob Walter wurden am Ende des Krieges demobilisiert, was das ohnehin große Heer von Arbeitslosen weiter anwachsen ließ.

Viele Menschen kämpften also schon mit dramatischen Einkommensverlusten, als die katastrophal schlechte Ernte von 1816 die Getreidepreise steil ansteigen ließ. Brot, das Hauptnahrungsmittel der meisten Leute, kostete 1817 in Paris mehr als das Doppelte als im Vorjahr. »Im Jahre 1816 war bekanntlich im ganzen südlichen und westlichen Deutschland ein gänzlicher Mißwachs, woraus im Jahre 1817 eine wahre Hungersnot entstand«, schrieb der preußische Armeeeoffizier und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz (1780–1831). Clausewitz war 1817 im Rheinland unterwegs und sah »[v]erfallene Gestalten, Menschen kaum ähnlich [...] in den Feldern herumschleichen, um aus den nicht geernteten, unreif gebliebenen und nun schon halbverfaulten Kartoffeln sich noch Nahrung zu suchen«. Im Oberland der von Österreich beherrschten Lombardei lebten die Armen von Wurzeln und Kräutern. In Siebenbürgen und in den östlichen Provinzen Ungarns lag die Zahl der Hungertoten Schätzungen zufolge bei mehr als 20 000. Der habsburgische Kaiser Franz I. (1768–1835) klagte 1816 in einem Brief an Metternich, in der Grafschaft Görz »solle die Noth so weit gekommen sein, daß die Menschen nur von Salat und Kräutersuppe leben und viele manche Tage gar nichts zu essen haben«.

In ihrer verzweifelten Lage blieb den Ärmsten der Armen nichts anderes übrig, als zu betteln, zu stehlen oder auf der Suche nach Essbarem in die Städte zu fliehen. In München, notierte ein Kommentator Ende 1816, »erschieden Bettler auf allen Seiten, gleichsam aus der Erdegrüfte hervorgebrochen«. Aus Ungarn hieß es, das Land werde von »Scharen von Bettlern überrannt«, und in Rom und Wien begann die Polizei, regelmäßige Razzien durchzuführen, um sie von der Straße zu holen und im Rahmen öffentlicher Projekte zu beschäftigen. »Die Zahl der Bettler«, schrieb ein Besucher des Schweizer Kantons Appenzell im Juni 1816, »hauptsächlich

Frauen und Kinder, ist erschütternd.« Diese hätten, so ein anderer Beobachter, »die Blässe des Todes auf den Wangen«. Viele Arme trafen – unterstützt von lokalen Behörden, die sie nur allzu gern loswurden – die drastische Entscheidung, Europa ganz den Rücken zu kehren: In Baden machten sich 1818 mehr als 2000 Menschen nach Rio de Janeiro auf, 20 000 Deutsche und 30 000 Franzosen sollen sich 1817 auf den Weg in die Vereinigten Staaten gemacht haben, und mehr als 9000 verarmte Württemberger traten im selben Jahr den langen Marsch ins Russische Reich an, nachdem ihnen Zar Alexander I. (1777–1825) Unterstützung zugesagt hatte. In einer Zeit, die weder Hygienemaßnahmen noch Antibiotika kannte, lösten diese Wanderungsbewegungen großer Menschenmassen über weite Strecken hinweg Epidemien aus – nicht zuletzt aufgrund der unhygienischen Bedingungen, die in den Heeren und bei den Scharen mittelloser Migranten und Bettler herrschten. In Paris hat sich die Zahl der Pockentoten zwischen 1816 und 1818 nahezu vervierfacht, und auch in den Niederlanden kam es zu einer großen Pockenepidemie. Die Mangelernährung schwächte die Widerstandskräfte der Menschen und machte sie anfällig für Durchfall, die Ruhr und Ödeme; im norditalienischen Brescia registrierten die Krankenhäuser allein in der ersten Jahreshälfte 1816 fast 300 Fälle von Skorbut. Besonders rasch breitete sich das von der Kleiderlaus übertragene Fleckfieber aus. In England, Wales, Schottland und Irland blieb kaum eine Stadt verschont – in Glasgow, einer Stadt mit 130 000 Einwohnern, wurden allein 1818 ungefähr 32 000 Krankheitsfälle und 3500 Tote verzeichnet, die auf das Konto des Fleckfiebers gingen. Durch Hungerhilfemaßnahmen wurde die Ausbreitung der Krankheit nur weiter beschleunigt. Ein irischer Arzt stellte sehr zutreffend fest, die Seuche habe sich nicht nur »durch die Scharen, die auf der Suche nach Essbarem herumstreifen, rasant ausgebreitet«, sondern auch »durch Einrichtungen, in denen Suppe und andere Lebensmittel an die Armen verteilt werden, weil sich dort viele auf engem Raum zusammendrängen«.

Auf dem Balkan breitete sich die Beulenpest rasant aus. 1815 erreichte sie Italien, wo ihr im bei Bari an der Adria gelegenen Noja ein Siebtel der Einwohner zum Opfer fiel. Als die Seuche die Balearen erfasste, wurden diese regelrecht verwüstet; 1820 kam es dort zu 12 000 Todesfällen. Besonders hoch war die Zahl der Pesttoten auch in Bosnien, wo etwa ein Drittel der Stadt- und ein Viertel der Landbevölkerung starb. Vom Hunger

zur Verzweiflung getrieben strömten die Menschen auf der Suche nach Nahrung in verseuchte Städte, ohne sich um Quarantänemaßnahmen und Sperrgürtel zu scheren. In der dalmatinischen Stadt Makarska ging im Zuge der Epidemie die Einwohnerzahl von 1575 auf 1025 zurück, das Dorf Tucepi büßte 363 seiner 806 Bewohner ein. Die osmanische Verwaltung, der ein Großteil des Balkans nach wie vor unterstellt war, erwies sich als von dieser Katastrophe völlig überfordert. Es war die letzte große Pestepidemie in Europa, und es war eine der schwersten. Eine Studie kam zu dem Schluss, dass »die gesundheitliche und demografische Katastrophe, die sich in den Jahren 1815–1818 in Bosnien zutrug, in Europa seit dem Schwarzen Tod der Jahre 1347–1351 ohne Beispiel war«. Im westlichen Mittelmeer wurden eilig Quarantänemaßnahmen für ankommende Schiffe improvisiert. Zudem stellte die sogenannte »Militärgrenze« des Habsburgerreichs, die mit zahlreichen Garnisonen gesicherte Grenze zum Osmanischen Reich, eine weitere Barriere dar. Beides zusammen erwies sich als ziemlich effektiv, so dass die Pest sich nicht nach Norden und Westen ausbreitete. Trotzdem ließen all diese Faktoren, vor allem die Missernten und die Krankheitsepidemien, in der Summe die Sterbeziffern überall in Europa ansteigen. In den meisten westeuropäischen Ländern nahm die Sterblichkeit um acht bis neun Prozent zu. Einige Regionen traf es allerdings besonders hart: In der Ostschweiz zum Beispiel hat sich die Sterbeziffer im gleichen Zeitraum glatt verdoppelt.

In den Jahren ab 1816 erlebte Europa die großflächigste und gewaltsamste Serie von Hungerrevolten seit der Französischen Revolution. In Ostengland wurden die Häuser vermeintlicher Profiteure von hungernden Massen verwüstet, die mit eisernen Dornen besetzte Knüppel schwenkten, Spruchbänder mit der Aufschrift »Brot oder Blut« trugen und eine Senkung der Brot- und Fleischpreise forderten. In Nordengland und Schottland besetzten Menschenmengen Kornspeicher und griffen die Häuser von Müllern, Ladenbesitzern und Getreidehändlern an. In vielen Teilen Frankreichs verhinderten Gruppen von Menschen den Abtransport von Getreide aus ihrer Region, in Italien wurden Kornspeicher und Bäckereien geplündert, und auch in Augsburg und München kam es zu Brotrevolten. Als die Getreidepreise im Juni 1817 in den Niederlanden ein nie dagewesenes Niveau erreichten, überfielen und plünderten Menschenmengen Bäckereien und demonstrierten anlässlich des zweiten Jahrestags

der Schlacht bei Waterloo gegen den Brotpreis. An Überfällen auf Bauernhöfe im Osten Frankreich beteiligten sich derart große Menschenmassen, dass mancher sich an die *Grande Peur*, die »Große Furcht«, erinnert fühlte, die Bauernaufstände von 1789. In vielen Fällen hatten diese Revolten eine dezidiert politische Note, vor allem im Fall der Massenunruhen in Lyon 1817, deren Auslöser Gerüchte über die unmittelbar bevorstehende Rückkehr Napoleons waren. In Manchester beschlossen am 10. März 1817 mehrere hundert Weber (die sogenannten »Blanketeers«) einen Marsch auf London, mit dem sie Maßnahmen gegen die Krise der Baumwollindustrie erzwingen wollten. Politische Fragen spielten auch in der sogenannten »Pentrich Revolution« im Juni eine Rolle, einem gescheiterten Aufstand in Nottingham, ebenso wie in einer Revolte in Breslau am 23. August, bei der Rekruten sich weigerten, den preußischen Soldateneid abzulegen. Betrachtet man diese Unruhen aus der gesamteuropäischen Perspektive, so wird deutlich, dass sie letztlich nicht von lokalen oder nationalen politischen Faktoren ausgelöst wurden, sondern von der Subsistenzkrise, von Massenarbeitslosigkeit und -elend, sowie in vielen Fällen von der Furcht, es könnte noch schlimmer kommen. Von den 2280 strafrechtlichen Verfolgungen, zu denen es im Zuge des sogenannten »Weißen Terrors« im nachnapoleonischen Frankreich kam, bezog sich die übergroße Mehrheit auf Vergehen wie das Erzwingen niedrigerer Getreidepreise, das Behindern von Getreidetransporten, Widerstand gegen Steuereintreiber oder das Fällen von Bäumen in Privatwald. Die gegenrevolutionäre Politik war nur am Rande von Bedeutung.

Selbst als sich die Krise 1819 allmählich dem Ende zuneigte, rissen die Aufstände nicht ab. Im August wurde eine öffentliche Protestkundgebung auf dem St. Peter's Field in Manchester, an der bis zu 60 000 Menschen teilnahmen, vom Militär mit Waffengewalt aufgelöst; 15 Demonstranten starben. Die Aktion wird gemeinhin als »Peterloo-Massaker« bezeichnet, eine ironische Anspielung auf die Schlacht bei Waterloo. Im selben Jahr kam es in West- und Mitteleuropa zu einer Welle antisemitischer Krawalle, den sogenannten »Hep-Hep-Unruhen«, die die nervöse Obrigkeit den Machenschaften von Geheimgesellschaften zuschrieb. Aller Wahrscheinlichkeit nach war ihre Wurzel der verbreitete Unmut über den wirtschaftlichen Erfolg, den jüdische Geschäftsleute in den Augen der Aufrührer trotz der Krise genossen. Wütende Handwerker, die in Universitätsstädten

von radikalen Studenten aufgewiegelt wurden, griffen Juden tötlich an, zerstörten jüdischen Besitz und zwangen viele zur Flucht. Die Unruhen breiteten sich von Würzburg nach Karlsruhe und Heidelberg aus, rheinabwärts nach Frankfurt, im Norden bis nach Kopenhagen und in die umliegenden Gemeinden (wo Matrosen sich den Bürgern anschlossen und Steine auf jüdische Häuser warfen), im Osten bis nach Krakau, Danzig, Prag und Riga und im Westen bis in die französischen Départements an Oberrhein, Niederrhein und Mosel. Da dabei Eigentum zerstört wurde, gingen die Behörden überall gegen die Randalierer vor, so dass die Welle der Unruhen 1820 vorüber war. Aufgrund der Tatsache, dass sich in manchen Städten gutsituierte Bürger und Universitätsstudenten an den Hep-Hep-Unruhen beteiligten, bekamen auch diese eine politische Dimension, die aus Sicht der Regierungen höchst alarmierend war.

So ungleich verteilt die Folgen der nachnapoleonischen Krise und die mit ihr einhergehenden europaweiten Unruhen waren: Sie nötigten die Regierungen, Fürsorgemaßnahmen zu ergreifen, es entstand die allgemeine Ansicht, dass es die Pflicht des Staates sei, die Not der ärmsten Bevölkerungsschichten zu lindern. Die Möglichkeiten europäischer Staaten, dieser Vorstellung entsprechend zu handeln, waren 1815–1819 oftmals allerdings sehr beschränkt. Die häufigen Grenzverschiebungen der vorausgegangenen Jahrzehnte, die Tatsache, dass viele neu geschaffene Staaten ihre Verwaltungsmaschinerie gerade erst aufbauten und auf abgelegene Gegenden ausdehnten, sowie die Schwierigkeiten, Getreide – in einer Zeit, in der das Straßennetz häufig noch rudimentär, die Eisenbahn noch Zukunftsmusik, die Zahl der Kanäle überschaubar und Flüsse schwer zu befahren waren – in betroffene Landesteile zu transportieren: All das bedeutete, dass die Bewohner abgelegener Gebiete zum Hungern verurteilt waren, wenn sie nicht umsiedelten, um näher an den Machtzentren zu sein. Gleichzeitig vergrößerten die Unruhen die latente Angst der Eliten, dass die Revolten sich zu einer Revolution auswachsen könnten, genau wie es 1789 der Fall gewesen war – mit allen Konsequenzen, die daraus folgten. Ebenso große Bedeutung wie der Zügelung etwaiger zukünftiger militärischer und politischer Ambitionen Frankreichs wurde in der nachnapoleonischen Friedensordnung daher dem Ziel beigemessen, Revolutionen vorzubeugen beziehungsweise drohende Revolutionen im Keim zu ersticken.

Nach Napoleon

Die Siegermächte waren bei ihren Bemühungen, einen Schlusstrich unter die Französische Revolution und die Herrschaft Napoleons zu ziehen, noch nicht allzu weit gekommen, als sie plötzlich mit der Rückkehr Napoleons aus seinem Zwangsexil auf der Mittelmeerinsel Elba konfrontiert waren. Die restaurierte französische Monarchie unter Louis XVIII. (1755–1824), dem Bruder des hingerichteten Louis XVI. (1754–1793), steckte schon nach kurzer Zeit in Schwierigkeiten, war sie doch mit den finanziellen Verpflichtungen, die mit dem Erbe des Krieges einhergingen, völlig überfordert. Sie behielt die von Napoleon erhobenen, unpopulären Steuern bei, kürzte die Militärausgaben und führte nach Jahrzehnten leidenschaftlicher Debatten die Zensur wieder ein. Mit der Erklärung eines militanten Katholizismus zur Staatsreligion brachte sie viele gebildete Franzosen gegen sich auf. Es herrschte eine weit verbreitete Furcht, der König könnte versuchen, während der Revolution beschlagnahmtes Land an die ursprünglichen Eigentümer in Adel und Klerus zurückzugeben. Die Rückkehr Napoleons löste daher eine Aufwallung des Volksempfindens zugunsten der Bewahrung des Erbes der Revolution aus. »Die Menschen auf dem Land«, berichtete ein Beamter aus Mittelfrankreich, »legen eine außerordentliche Begeisterung [für Napoleon] an den Tag. Jeden Abend werden auf Anhöhen Feuer entfacht, und in vielen Gemeinden werden Volksfeste veranstaltet.« Und er schloss: »Wenn der Kaiser nicht zurückgekehrt wäre, um dem Adel die Grenzen aufzuzeigen, so eine weit verbreitete Sichtweise, dann wäre dieser von den Bauern massakriert worden.«

Derartige Begeisterungsstürme, zumal sie Arbeiter in Paris zu Solidaritätsbekundungen veranlassten, verschreckten viele Honoratioren aus der Bourgeoisie, aus der Geistlichkeit schlug dem ehemaligen Kaiser erhebliche Feindseligkeit entgegen. In Gegenden wie der Vendée, Südfrankreich und der Bretagne, die den Royalisten traditionell wohlgesinnt waren, konnte Napoleon kaum Unterstützer für sich gewinnen. Popularität genoss er vor allem bei seinen ehemaligen Soldaten, die verärgert über die Massenentlassungen und die wirtschaftlichen Maßnahmen der restaurierten Monarchie waren. »Ich habe lediglich das Volk und die Armee

bis zum Rang des Hauptmanns auf meiner Seite«, bemerkte er. »Alle anderen haben Angst vor mir, aber ich kann nicht auf sie zählen.« Seine Rückkehr offenbarte, welche tiefen Gräben ein Vierteljahrhundert revolutionärer Umwälzungen in der französischen Gesellschaft hinterlassen hatte. Trotzdem gelang es ihm, nachdem er am 1. März 1815 das französische Festland betreten hatte, innerhalb weniger Wochen 100 000 Soldaten auszuheben, denn die (überwiegend von ihm eingesetzten) Provinzverwalter erfüllten ihre Rekrutierungsaufgaben wie eh und je, und die Veteranen scharten sich um die kaiserliche Fahne. Die Alliierten brachen die Friedensgespräche ab und reagierten schnell: Sollte Napoleon an der Macht bleiben, so die Befürchtung, würde er bald seine Karriere als Eroberer fortsetzen und nach weiterem Ruhm streben. Auch ihnen gelang es innerhalb weniger Wochen, eine gewaltige Streitmacht auf die Beine zu stellen, bestehend aus 112 000 britischen, niederländischen und deutschen Soldaten unter Arthur Wellesley, dem Duke of Wellington (1769–1852). Diese hielt der Armee Napoleons am 18. Juni 1815 unweit des Dorfes Waterloo so lange stand, bis um vier Uhr nachmittags 116 000 preußische Soldaten unter dem altgedienten General Gebhard Leberecht von Blücher (1742–1819) eintrafen, die Napoleon zwei Tage zuvor in der Schlacht von Ligny ausgeschaltet zu haben glaubte. Blücher eilte den Briten zu Hilfe und startete gemeinsam mit ihnen einen letzten Angriff, der die Franzosen vom Schlachtfeld fegte und Napoleon erneut ins Zwangsexil beförderte – diesmal in sicherer Distanz auf der abgelegenen Atlantikinsel St. Helena, wo er am 5. Mai 1821 starb.

Zurück blieb eine politische Legende, die sich unter liberalen Schriftstellern, Politikern, Armeeoffizieren und Studenten rasch zu einem wirkmächtigen Mythos entwickelte. Dieser beruhte darauf, dass Napoleon sich im Bemühen um breitere Unterstützung in den »Hundert Tagen« vor Waterloo (ob aus Überzeugung oder Kalkül) liberalen Ideen zugewandt hatte. Da er sich der Schwäche seiner Position nur allzu bewusst war, hatte Napoleon große Anstrengungen unternommen, aller Welt zu versichern, dass seine Eroberungsphantasien der Vergangenheit angehörten. Zudem wollte er die Franzosen überzeugen, dass er fortan die Bürger- und Freiheitsrechte respektieren und kein imperialer Diktator mehr sein werde. Auch seine im Exil entstandenen Schriften bis zu seinem Tod führten dieses Muster fort, so dass die Legende vom »liberalen Kaiser«

in den folgenden Jahrzehnten noch an Überzeugungskraft gewann. »Zu Lebzeiten«, bemerkte der Schriftsteller François-René de Chateaubriand (1768–1848), »entglitt ihm die Welt, doch im Tod hat er sie erobert.« In Frankreich stand »Bonapartismus« alsbald für Patriotismus, das allgemeine Männerwahlrecht, die Souveränität der Nation, die Institutionen einer effizienten, bürokratischen Zentralverwaltung, vor der alle Bürger gleich sind, die regelmäßige Befragung des Volkes durch die Regierung in Form von Referenden und Plebisziten sowie für einen impliziten Vertrag zwischen den Franzosen und einem Staat, der Garant für gesellschaftliche Ordnung, politische Stabilität, Nationalstolz und militärischen Ruhm war. Vom Republikanismus, dem er wesensverwandt ist, unterschied sich der Bonapartismus durch die besondere Betonung von Führungsstärke und militärische Tapferkeit. Doch ebenso wie der Republikanismus schlug er in bedeutenden Teilen der französischen Bevölkerung tiefe Wurzeln.

Nachdem sie ihr Alltagsleben wiederaufgenommen hatten, ob in der Stadt oder auf dem Land, verbreiteten ehemalige Soldaten Napoleons diese Ideen noch Jahrzehnte nach dessen endgültiger Niederlage 1815. Vor allem Napoleons militärischer Staatsstreich vom 18. Brumaire (9. November) 1799, mit dem er das Direktorium entmachtete und zum Ersten Konsul aufgestiegen war, was 1804 in die Gründung des Ersten Kaiserreichs gemündet hatte, inspirierte das politische Denken. Insbesondere in den 1820er Jahren betrachteten radikale Offiziere überall in Europa diese Strategie als die schnellste und effektivste, um die repressiven Regime der Restauration hinwegzufegen und einen liberalen Umbau des jeweiligen politischen Systems einzuläuten. Derweil war das Konterfei Napoleons gefeierter Gegenstand populärer Geschichten und billiger Pamphlete, von Volksliedern, Gemälden und Skulpturen. Es schmückte alte kaiserliche Münzen, Tabakschachteln und Anhänger, Schals und Mützen, ja sogar Süßigkeiten für Kinder, sei es als Pralinen oder Zuckerkonfekt in der Form des Kaisers oder als billige Bonbons, auf deren Einwickelpapier napoleonische Symbole abgebildet waren. Männer ließen sich extravagante Schnurrbärte wachsen, um ihre Bewunderung für die Alte Garde der Grande Armée mit ihren legendären Bärten zur Schau zu tragen, und steckten sich Veilchen oder rote Nelken ins Knopfloch und widersetzten sich damit dem von der restaurierten französischen Monarchie verhängten Verbot der kaiserlichen Farben. Auch außerhalb

Frankreichs stand der Napoleonkult für viele Leute für die Errungenschaften der Revolution, die nach den Exzessen des Terrors der frühen 1790er Jahre in zielgerichtete Reformen übersetzt worden waren. Irische Republikaner blickten auf der Suche nach Inspiration für ihre politischen Kämpfe ebenso auf Napoleon wie polnische Nationalisten. Simón Bolívar (1783–1830), der venezolanische Befreier weiter Teile Südamerikas von der spanischen Herrschaft, bewunderte Napoleon so sehr, dass er bis nach Mailand reiste, um dabei zu sein, als sein Held zum König von Italien gekrönt wurde. In China und Madagaskar wurde Napoleon mancherorts wie einen Gott verehrt.

Im Rückblick wurde in Frankreich sogar die Schlacht bei Waterloo zu einer Art Sieg für die Franzosen umgedeutet, zu einer Verherrlichung von Tapferkeit in aussichtsloser Lage, von Patriotismus und Selbstaufopferung für die »Grande Nation«. »Die Alte Garde stirbt«, soll General Pierre Cambronne (1770–1842) in Waterloo gesagt haben, »aber sie ergibt sich niemals.« Abgesehen davon, dass das Zitat vermutlich eine spätere Erfindung ist und Cambronne sich am Ende doch ergab: Auf spätere Generationen übte seine trotzige Haltung eine enorme Faszination aus. Stendhal (das Pseudonym von Marie-Henri Beyle, 1783–1842) stellte das nachnapoleonische Frankreich in seinem Roman *Rot und Schwarz* (1830) als scheinheilig, snobistisch und saturiert dar, und in *Die Kartause von Parma* (1839) schließt sich die Hauptfigur, Fabrizio del Dongo, aus purem Idealismus Napoleon an. Ein anderer französischer Romancier, Victor Hugo (1802–1885), widmete in *Les Misérables* (1862) mehr als vierzig Seiten der Nacherzählung der Schlacht bei Waterloo und spekulierte dabei an vielen Stellen, wie leicht es ganz anders hätte ausgehen können. Napoleons Schlachtplan sei »ein Meisterwerk« gewesen, sei jedoch durchkreuzt worden vom Regen (»ein paar Wassertropfen«), durch den seine Artillerie zu spät ihre Stellungen beziehen konnte, von der Beschaffenheit des Geländes, von Pech sowie von Wellingtons Lehrbuchtaktik (»Wellington war der Barrême, Napoleon der Michelangelo des Krieges, und dieses Mal wurde das Genie von der Berechnung besiegt. [...] Waterloo ist eine Schlacht ersten Ranges, die ein Feldherr zweiten Ranges gewonnen hat«). Hätte Napoleon gesiegt, wäre alles ganz anders gekommen. »Waterloo war keine Schlacht, sondern ein Wendepunkt im Verlauf der Weltgeschichte.«

In Wirklichkeit stand zu keinem Zeitpunkt in Frage, dass Napoleon

früher oder später besiegt werden würde. Selbst wenn Wellington – was mehr als einmal durchaus möglich erschien – das Feld hätte räumen müssen, ehe die Preußen unter Blücher eintrafen, wäre Napoleon am Ende schon allein aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit der Alliierten bezwungen worden. Weiter südlich lagerte am Ostufer des Rheins eine große Armee unter der Führung Österreichs, die gewaltige russische Streitmacht, die gen Westen marschierte, hatte am Tag von Waterloo bereits Deutschland erreicht. Napoleon konnte schlicht nicht genügend Soldaten aufbieten, um es auch nur mit einem dieser Heere aufnehmen zu können, von beiden ganz zu schweigen. Nichtsdestotrotz war das mit der Rückkehr Napoleons aufgetauchte Schreckgespenst, die Turbulenzen der vorangegangenen 25 Jahre könnten sich wiederholen, höchst besorgniserregend gewesen. Es hatte die Souveräne von Großbritannien, Österreich, Preußen, Russland und zahlreicher weiterer, kleinerer europäischer Staaten zur konzertierten Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen souveränen Landes veranlasst. Dazu war es zwar schon einmal gekommen, Anfang der 1790er Jahre, doch damals hatte man das zumindest mit dem Hinweis rechtfertigen können, die Revolutionäre bedrohten das Leben des Königs und seiner Frau Marie-Antoinette, einer Schwester des österreichischen Kaisers. Im Übrigen hatte die Gefahr bestanden, dass sich die demokratischen Prinzipien der Revolution in anderen Teilen Europas ausbreiten würden. Das Bemerkenswerte an der Intervention von 1815 war, dass sie rein präventiver Natur war. Und damit steckte sie den Rahmen für weitere derartige Aktionen in den folgenden Jahren ab. Die Großmächte ließen keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, sich im Falle einer drohenden Revolution zusammenzuschließen und sie im Keim zu ersticken.

Den Geist revolutionären Wandels wieder in die Flasche zurückzubekommen war keine leichte Aufgabe. Die Kriege, die Napoleon und seine Vorgänger seit Anfang der 1790er Jahre geführt hatten, hatten nämlich nicht nur Menschenleben gekostet. Napoleon hatte dafür gesorgt, dass die europäische Landkarte mehrmals neu gezeichnet werden musste. Er verleibte Frankreich große Gebiete ein, von den Hansestädten im Norden über die Niederlande bis hin zu Nordwestitalien im Süden, und schuf so ein französisches Reich, das auf dem Höhepunkt seiner Macht 750 000 Quadratkilometer groß war und 44 Millionen Einwohner hatte.

Darum herum hatte er einen Ring von Satellitenstaaten geschaffen, die häufig von seinen Verwandten beherrscht wurden; zu ihnen zählte das Herzogtum Warschau, das Königreich Italien und das Königreich Westfalen. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dessen Tradition bis zur Kaiserkrönung Karls des Großen im Jahr 800 zurückreichte, hatte 1806 ein unrühmliches Ende gefunden. Viele der Grenzverschiebungen sollten 1815 rückgängig gemacht werden, doch Napoleon hatte gezeigt, dass Grenzverläufe nicht in Stein gemeißelt waren. Und damit nicht genug. Da große Territorien säkularisiert worden und kirchliche Fürstentümer von der Landkarte verschwunden waren, war auch die Macht der Kirche stark eingeschränkt. Die Registrierung von Geburten, Hochzeiten und Todesfällen oblag nun säkularen Behörden. Nicht nur durch die Auflösung von Klöstern war der Einfluss der Kirche beschnitten worden, sondern auch durch die Einführung der Religionsfreiheit, die Zivilehe und -scheidung, die Säkularisierung des Schulwesens und die Besetzung kirchlicher Ämter durch den Staat. Zudem war die Kirche gedrängt worden, die Glaubensfreiheit zu garantieren und Nichtchristen, vor allem Juden, zu einem gewissen Grad die gleichen Rechte einzuräumen.

Überall, wo Napoleon herrschte, hatte er verkrustete Strukturen und Privilegien durch Rationalität und Einheitlichkeit ersetzt. Während die Armee des Kaisers in Europa gewütet hatte, waren seine Bürokraten geräuschlos nachgerückt, um neu zu ordnen, zu systematisieren und zu standardisieren. Während Napoleon einen Feldzug nach dem anderen führte, war in den von Frankreich annektierten Gebieten und in den angrenzenden Vasallenstaaten, vor allem im Westen Deutschlands, im Norden Italiens und in den Niederlanden, eine neue Generation professioneller Verwaltungsbeamter entstanden. An die Stelle lokaler und regionaler Hoheitsbereiche, die im Heiligen Römischen Reich Hunderten Reichsrittern, Gutsherren oder der Kirche unterstanden hatten, war ein zentralisiertes, einheitliches, von einer Justizbürokratie verwaltetes System getreten. In all diesen Gebieten hatte der Code Napoléon die bestehenden, häufig traditionsgebundenen Gesetze und Verordnungen abgelöst und das grundlegende Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz eingeführt – auch wenn dieses zentrale Prinzip der Französischen Revolution durch die konservative Einstellung Napoleons zu Fragen wie den Rechten und Pflichten von Frauen teilweise verwässert worden war. Im

gesamten Geltungsbereich des Code Napoléon wurden die vorher nicht überall geschützten Eigentumsrechte garantiert. Das Zivilgesetzbuch hielt an vielen zentralen Ideen der Französischen Revolution fest, etwa an der individuellen Freiheit und, wie Napoleon in seinem Testament verkündete, der Chancengleichheit, der »freien Bahn für Talente« und der »Herrschaft der Vernunft«. Maße und Gewichte waren zumindest zu einem gewissen Grade standardisiert, Binnenzölle abgeschafft, Zünfte und andere Einschränkungen der Freizügigkeit der Arbeitskräfte hinweggefegt und die Leibeigenschaft (auch in Polen) aufgehoben. Überall hatte die napoleonische Herrschaft Veränderungen gebracht, und als er 1815 ins endgültige Exil nach St. Helena aufbrach, stand fest, dass vieles davon unumkehrbar war.

Doch Napoleons Vermächtnis reichte noch weiter. Die Kriege des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts hatten nicht nur europäische, sondern globale Ausmaße angenommen. Sie hatten bestehende Weltreiche in den Grundfesten erschüttert und einem neuen Verhältnis Europas zur übrigen Welt den Weg geebnet. Die britische Herrschaft über weite Teile Nordamerikas hatte bereits seit dem Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg der Vergangenheit angehört. Im Gegenzug jedoch hatten die Briten die Überreste französischer Macht in Kanada und Indien beseitigt, die niederländischen und spanischen Kolonien in der Karibik übernommen sowie Mauritius, das Kap der Guten Hoffnung, Singapur und Ceylon annektiert. Inspiriert von der Französischen Revolution und unterstützt von Großbritannien kam es überall in Lateinamerika zu republikanischen Bewegungen. Deren Führungsfigur, Simón Bolívar, stellte eine Reihe irregulärer Truppen zusammen, besiegte die Royalisten und gründete auf der Grundlage der alten spanischen Provinzen unabhängige Staaten – Venezuela, Kolumbien, Bolivien, Ecuador und Peru. Auf ähnliche Weise waren weiter südlich die unabhängigen oder autonomen Staaten Chile, Argentinien, Uruguay und Paraguay entstanden. Zwischen 1811 und 1824 wurde so das spanische Kolonialreich in Amerika zerstört. Spanien war vom verheerenden Unabhängigkeitskrieg (1807–1814) zu sehr geschwächt, als dass es genug Truppen auf die Beine hätte stellen können, um seine Ansprüche zu verteidigen – und von den 42 000 Soldaten, die zwischen 1811 und 1819 ausgesandt wurden, waren 1820 nur noch 20 000 einsatzfähig; die anderen waren Krankheiten erlegen oder desertiert. Die

spanische Flotte war nach der vernichtenden Niederlage in der Schlacht von Trafalgar (1805) außerstande, eine Blockade der Häfen der Rebellen durchzuführen oder die Rebellenflotte zu besiegen. Diese stand unter dem Kommando von Lord Thomas Cochrane (1775–1860), einem radikalen Ex-Offizier der britischen Marine. Den Seestreitkräften kam im Rahmen der südamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung eine entscheidende Rolle zu; die britische Flotte war das Zünglein an der Waage.

Offiziell blieb die britische Regierung neutral, sie sah allerdings geflissentlich darüber hinweg, dass Männer wie Cochrane den Nachschub aus Großbritannien sicherten. Lateinamerika für den freien Handel zu öffnen lag im ureigensten britischen Interesse. Doch nachdem Großbritannien die neuen Staaten im Jahr 1823 anerkannt hatte, wurden weitere Aktionen durch die von der US-Regierung verkündete Monroe-Doktrin verhindert, mit der sich die USA gegen jegliche europäische Einmischung in amerikanische Angelegenheiten verwahrten. 1826 rechtfertigte der britische Außenminister George Canning (1770–1827) die langjährige britische Unterstützung Bolívars folgendermaßen: »Wenn Frankreich Spanien übernahm, beschloss ich, dann sollte es nicht Spanien einschließlich der Karibik sein. Ich rief die Neue Welt ins Leben, um die Balance in der Alten wiederherzustellen.« Mittlerweile war, ebenfalls infolge der Napoleonischen Kriege, auch Brasilien von Portugal unabhängig geworden. Als Portugal 1807 von Frankreich erobert wurde, verlegte der anstelle von Maria I. (1734–1816, genannt »die Verrückte«) regierende Prinzregent Dom João (1767–1826) den Hof nach Rio de Janeiro und erklärte Brasilien zu einem souveränen Staat mit allen damit verbundenen Rechten und Privilegien. Portugal wurde dadurch zu einer Provinz Brasiliens degradiert, verstärkt nach Marias Tod 1816, als Dom João König wurde und in Rio zu bleiben beschloss. 1820 sah sich Dom João dann aufgrund der politischen Umwälzungen in Portugal gezwungen, als König nach Lissabon zurückzukehren. Außerdem musste er im Verhältnis zu Brasilien einer merkantilistischen Handelspolitik zustimmen. Was wiederum zur Folge hatte, dass sein Sohn Dom Pedro (1798–1834), nunmehr Regent in Rio, sich dem Druck der brasilianischen Kaufleute beugte und sich 1822 zum Kaiser eines unabhängigen, konstitutionellen Brasilien erklärte. Eine Einmischung Portugals wurde durch die Flotte von Admiral Cochrane vereitelt, und 1825 erkannte Großbritannien die brasilianische Souveränität an.

Das Ende der europäischen Kolonialreiche in Amerika war untrennbar mit den Ereignissen in Europa verbunden: mit den gärenden Ideen der Französischen Revolution, mit dem Aufstieg Großbritanniens zur Seemacht, das die merkantilistisch regierten Gebiete Südamerikas für den freien Handel zu öffnen suchte, mit dem Abbrechen der Beziehungen zwischen Amerika und den kolonialen Metropolen in Europa aufgrund von Kriegen sowie mit dem Beharren europäischer Staaten, ihren zusehends prosperierenden und autonomen amerikanischen Kolonien strenge und zum Teil neue wirtschaftliche Vorschriften und Steuern aufzuerlegen. Gleichzeitig hatten die Ereignisse in Amerika auch tiefgreifende Auswirkungen auf Europa. Für europäische Liberale, Radikale und Revolutionäre wurde Lateinamerika (mit Ausnahme Brasiliens, wo die Sklaverei noch jahrzehntelang praktisch unverändert fortbestand) zum klassischen Beispiel für den Erfolg von Emanzipations- und Befreiungsbewegungen. Die Befreiungskriege Bolívars dienten als Muster für eine neue Form des Heldentums, das später eine weitere Verkörperung in der charismatischen Figur des Giuseppe Garibaldi (1807–1882) finden sollte, der aus dem Exil in Uruguay und Brasilien zurückkehrte, um die Volksbewegung für die italienische Einigung anzuführen.

Die Verbindungen zwischen spanisch-amerikanischen und europäischen Liberalen waren ebenso zahlreich wie eng. Lateinamerikanische Revolutionäre veröffentlichten in Europa eifrig Rechtfertigungen ihres Handelns und korrespondierten mit einer erstaunlichen Vielzahl europäischer Denker. Der Vater der guatemaltekischen Unabhängigkeit, José Cecilio del Valle (1780–1834), stand beispielsweise in regelmäßigem Briefwechsel mit Jeremy Bentham (1748–1832) und Alexander von Humboldt (1769–1859), der Süd- und Mittelamerika ja ausgiebig bereist hatte. Umgekehrt wurden italienische Exilanten wie Giuseppe Pecchio (1785–1835), der Italien 1821 nach einem gescheiterten Aufstand in Richtung England verlassen musste, zu Ratgebern lateinamerikanischer Liberaler wie del Valle, und eine Gruppe italienischer Emigranten um Claudio Linate (1790–1832) spielte im Zuge der mexikanischen Revolution eine aktive Rolle in den Auseinandersetzungen zwischen den nach Freimaurerlogen benannten Fraktionen der *Yorkinos* und der *Escoceses*. Besonders einflussreich war das Vorbild Lateinamerika in Südeuropa, wo die sprachliche Distanz geringer war als in Deutschland, Polen oder

Russland. Die von den reaktionären Regimen der Restauration ins Exil getriebenen Liberalen und Revolutionäre bildeten eine Art radikale Internationale, deren Verbindungen über den Atlantik hinwegreichten.

Durch die Ereignisse der Revolutions- und der napoleonischen Zeit verschoben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den einzelnen Teilen des Globus. Das war keineswegs das Ergebnis eines langfristigen Prozesses, in dessen Verlauf Europa andere Teile der Welt im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, Glaubenseifer oder Kultur überflügelt hätte. Im 17. und 18. Jahrhundert waren weite Gebiete umfassende, vorindustrielle Reiche nichts Ungewöhnliches. Insbesondere im Vergleich zum Chinesischen Kaiserreich nahmen sich die europäischen Reiche geradezu zwergenhaft aus. Das Osmanische Reich hatte zwar um 1700, nach der erfolglosen Belagerung Wiens 1683, seinen Zenit erreicht, umfasste jedoch nach wie vor ein riesiges Gebiet, das von Südosteuropa und Nordwestafrika über den Nahen Osten bis zum Indischen Ozean reichte. Bis in die 1750er Jahre hinein hatten islamische Staaten noch Indien und einen Großteil Südostasiens beherrscht. In Afrika kontrollierten große Staaten wie die Königreiche Oyo und Dahomey eine enorme Bandbreite an Territorien und Völkern. Doch Napoleon hatte mit seinem Ägyptenfeldzug die Autorität des Osmanischen Reichs in der Region unterminiert und durch die Besetzung des Zentrums der religiösen Lehre, der al-Azhar-Moschee in Kairo, die Führungsrolle der Osmanen in der muslimischen Welt gefährdet. Durch eine Reihe fundamentalistischer Bewegungen verlor die osmanische Herrschaft zudem an Legitimität. Großbritannien hatte den indischen Mogulkaiser verhaftet und Königspaläste auf Java eingenommen. In China hatte die Reise einer von Lord George Macartney (1737–1806) angeführten Gesandtschaft nach Peking 1793 den Beginn eines langen und zusehends problematischen Verhältnisses zu den europäischen Staaten markiert. Die Legitimität der Qing-Dynastie war durch den Tod von Kaiser Qianlong 1799 unmittelbar in Frage gestellt, es kam zu Richtungskämpfen, und in einer Provinz nach der anderen brachen Revolten gegen die Korruption des Regimes aus.

Die weltweiten Kriege, die 1815 zu Ende gingen, unterminierten die Legitimität von Herrschern nicht nur in Europa, sondern überall. Als sie vorüber waren, hatte sich das Verhältnis Europas zum Rest der Welt grundlegend verändert. Über weite Strecken des 18. Jahrhunderts hatten

andere Staaten rund um den Globus ihre Wirtschaftsleistung und ihren Wohlstand erhöhen und mit der Entwicklung in Europa weitgehend Schritt halten können, doch 1815 hatten sie den Anschluss an die europäische Konkurrenz bereits verloren. China war hauptsächlich mit inneren Angelegenheiten beschäftigt, dasselbe galt für Russland und die Vereinigten Staaten. Obwohl es im Bereich ihrer Möglichkeiten gelegen hätte, strebte keines dieser Länder im 19. Jahrhundert nach einer Führungsrolle auf der Weltbühne. Frankreich war nach den endlosen Kriegen erschöpft, die französische Wirtschaft, im 18. Jahrhundert noch auf einem guten Weg hin zur Industrialisierung, lag am Boden. Ebenso wie Spanien und Portugal hatte Frankreich sein Kolonialreich fast vollständig eingebüßt. Großbritannien war im Jahr 1815 ohne ernstzunehmenden Rivalen. Dennoch hatten die jahrelangen Konflikte die europäischen Staaten angespornt, sich grundlegend zu reformieren, ja viele hatten sich veranlasst gesehen, einige der von Frankreich vertretenen Prinzipien zu übernehmen, um Napoleon mit seinen eigenen Waffen zu schlagen.

So war das Königreich Preußen gezwungen gewesen, die Leibeigenen im Land von den drückendsten Abgaben und Verpflichtungen zu befreien, das Militär zu modernisieren und die Staatsverwaltung zu reformieren und effektiver zu machen. In Russland hatte der Reformminister von Zar Alexander I., Michail Speranski (1772–1839), ein brillanter Bürokrat aus einfachen Verhältnissen, die Zentralisierung des maroden Staatsapparats vorangetrieben, den Einfluss des Adels auf die Führung der Staatsgeschäfte radikal beschnitten und die Verwaltung durch ein System von nach Fachbereichen getrennten Ministerien verschlankt. An der Spitze der Regierung stand ein mit der Kontrolle der zaristischen Gesetzgebung betrauter Staatsrat. Seine weitergehenden Reformpläne, darunter die Etablierung repräsentativer Institutionen, wurden allerdings vereitelt und führten 1812 zu seiner Entlassung. Zu diesem Zeitpunkt hatte Speranski aber bereits eine große Bildungsreform durchgedrückt, im Zuge derer ein neues System weiterführender Schulen aufgebaut und in mehreren großen Städten Universitäten gegründet wurden. In weiten Teilen Europas hatte der Einfluss Napoleons für mehr Effizienz in der Verwaltung und in den wichtigen Bereichen der Truppenrekrutierung und Steuererhebung gesorgt. Hand in Hand gingen diese Reformen mit Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft, so dass Unternehmer für sich und ihre

Familien Vermögen anhäufen konnten, solange sie ihren Steuerpflichten gegenüber dem Staat nachkamen. Militärische Schlagkraft war somit auf eine produktive Weise mit wirtschaftlichem Wachstum verquickt, wie es die restriktive und unersättliche Wirtschaftspolitik in China und im Osmanischen Reich nicht erlaubte.

Die vielleicht wichtigste Grundlage für die neue dominante Beziehung Europas zur übrigen Welt nach 1815 war die europäische und, infolge der Kriege, in erster Linie britische Seeherrschaft. Diese ermöglichte es den Europäern, weitere Teile des Globus zu kolonisieren, in denen der Staat schwach, nichtexistent oder militärtechnisch unterlegen war, wie in Australien und einem Großteil Afrikas. Sie gab den Europäern die Mittel an die Hand, konkurrierende Industriezentren durch die Kontrolle des Seehandels kleinzuhalten. Getrieben war diese Expansion von einer Reihe ideologischer Überzeugungen, die ihren konkreten Ausdruck in der Französischen Revolution und den darauf folgenden internationalen Kriegen gefunden hatten. Diese Überzeugungen legitimierten die Ansicht, europäische Ideen und Denkweisen seien jenen des Großteils der übrigen Menschheit überlegen – mit Ausnahme jener Weltgegenden, in denen sich (wie beispielsweise in Amerika) europäisches Gedankengut bereits durchgesetzt hatte. Der Rest der Welt wurde von den Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wie sie die Französische Revolution propagiert und Napoleon im Nachhinein für sich reklamiert hatte, systematisch ausgenommen. Selbst Napoleon führte auf Haiti die Sklaverei wieder ein, nachdem sie zuvor von den Ideen der Französischen Revolution inspirierte Rebellenführer Toussaint L'Ouverture (circa 1743–1803) abgeschafft hatte. Die Ansicht, Europa sei dem Rest der Welt machtpolitisch, wirtschaftlich und technologisch überlegen, war schon vor 1789 weit verbreitet gewesen; im Jahrhundert nach 1815 hatte sie zum ersten Mal eine erkennbare reale Grundlage. Vor allem jedoch wurde durch den Frontalangriff auf das Prinzip des Erbrechts, der in Amerika seinen Ausgang nahm und von Frankreich aus ganz Europa erfasste, langfristig die Legitimität von Institutionen wie Monarchie, Aristokratie, Sklaverei und Leibeigenschaft nachhaltig unterminiert. Wie folgenschwer dieser Frontalangriff war, sollte im Lauf des Jahrhunderts immer deutlicher zutage treten.

Der Wiener Kongress

Am 1. November 1814, nach einer Vielzahl von Vorbereitungstreffen, kamen die Staatsoberhäupter und Vertreter der wichtigsten europäischen Mächte in Wien zusammen, um darüber zu befinden, wie Europa neu geordnet werden sollte. Abgesehen von der kurzen, von Panik gekennzeichneten Unterbrechung durch die Rückkehr Napoleons tagte der Kongress bis zum 8. Juni des Folgejahres durchgängig; nach Napoleons endgültiger Niederlage bei Waterloo folgten weitere Verhandlungen, die am 20. November 1815 in den abschließenden Zweiten Pariser Frieden mündeten. Legendär wurde der Kongress durch seine zahlreichen geselligen Anlässe, Bälle und sonstigen Vergnügungen. Viele davon waren erstaunlich extravagant. Die Schätzungen, wie viele Kerzen in jener vorelektrischen Zeit den Eröffnungsball erhellten, schwankten zwischen 12 000 und 16 000. Spiegel taten ein Übriges, um deren Wirkung zu verstärken, so dass eine Teilnehmerin sich »geblendet und fast schwindelig« fühlte, als sie auf dem oberen Treppenabsatz kurz stehen blieb. Der einzige Wermutstropfen war, dass die Gäste Berichten zufolge ein Viertel der 10 000 silbernen Teelöffel mitgehen ließen. Anlässlich eines anderen Balls in der Hofreitschule verkleideten sich einige Hofdamen als die vier Elemente. »Am hübschesten im ganzen Aufzug«, so Anna Eynard-Lullin (1793–1868), die junge Ehefrau eines reichen Schweizer Kongress-Teilnehmers, »war zweifellos die Erde«, verkörpert von jungen Damen, die »silbern schimmernde Kleider« trugen, »ihre Brüste waren mit Diamanten verziert, sittsam umrahmte ihr sorgfältig gebürstetes Haar die Gesichter, obenauf türmten sich entzückend geformte Körbe voller Diamanten, die ihre Köpfe umspannten und aus denen Blumenkaskaden hervorbrachen«. Neben Musik und Tanz erwartete die Gäste ein fabelhaftes Büfett, das Madame Eynard-Lullin zufolge »tausend Köstlichkeiten, verschiedene Eissorten, Punsche, Brühen, Süßspeisen aller Art und die erlesensten Delikatessen« zu bieten hatte. Im Rahmen eines Balles, den Zar Alexander am 6. Dezember im Palais Rasumowsky gab, wurde auf zwanzig großen Tischen ein Menü mit 36 Gängen serviert. Kurze Zeit später fiel das Palais nach einem Defekt in der kurz zuvor installierten Heizung einem Brand zum Opfer. Die gesamte Bibliothek

von Fürst Rasumowsky, seine Kunstsammlung, Möbel und vieles mehr fielen den Flammen zum Opfer. Viele Kongressteilnehmer, der Zar eingeschlossen, ließen sich dieses Schauspiel nicht entgehen und sahen zu, wie das Dach Feuer fing, einstürzte und alles, was bis dahin noch übrig geblieben war, unter sich begrub.

Nachdem monatelang Tausende Adlige, bedeutende und weniger bedeutende Mitglieder von Königshäusern, Offiziere, Diplomaten und allerhand Gefolgsleute in der Stadt waren, boten sich natürlich nahezu unbegrenzte Möglichkeiten für Intrigen, Flirts und Affären, und in den Tagebüchern vieler Teilnehmer herrscht kein Mangel an Details zum gesellschaftlichen Wirbel, der die Verhandlungen begleitete. Die zentrale Figur am Wiener Verhandlungstisch und in den verschiedenen Gesprächsrunden vor und nach dem Kongress war Graf (später Fürst) Klemens von Metternich (1777–1859), ein aus dem Rheinland stammender Adliger Anfang vierzig. Er hatte die diplomatische Karriereleiter in napoleonischer Zeit erklommen und 1810 die Ehe zwischen Napoleon und einer Habsburger Prinzessin entscheidend eingefädelt. Mittlerweile war der gutaussehende, elegante, charmante und eitle, aber auch blitzgescheite, dynamische und fleißige Metternich zum österreichischen Außenminister aufgestiegen. Mehr als drei Jahrzehnte sollte er die außenpolitischen Geschicke des Habsburgerreichs lenken, und er tat es ganz im Geiste des *Ancien Régime*, in dem er aufgewachsen war. Im diplomatischen Dienst verschiedener europäischer Fürstenhöfe hatte er sich ein umfangreiches Wissen im Bereich der internationalen Beziehungen angeeignet, und da er die Verheerungen der Revolutions- und der napoleonischen Zeit miterlebt hatte, war er fest entschlossen, derartigen Umwälzungen ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben.

Zu großen Teilen verdankte Metternich seinen Einfluss der Macht des Staates, den er repräsentierte. Dass der Kongress in Wien stattfand, war nicht einfach nur der günstigen geographischen Lage im Herzen Europas geschuldet. Der Hauptgrund lag darin, dass Österreich mehrmals die Führungsrolle dabei übernommen hatte, eine Koalition europäischer Mächte gegen den französischen Kaiser zu schmieden. Am Ende hatte es 1813 in der epischen, vier Tage andauernden Völkerschlacht bei Leipzig triumphiert, an der Seite Russlands und Preußens sowie kleinerer Staaten wie Sachsen und Württemberg, die Napoleon im entscheidenden

Moment im Stich ließen. Nach der vernichtenden Niederlage Frankreichs war das Habsburgerreich somit der mächtigste Staat Europas. Schon zu Beginn des Jahrhunderts war es mit circa 23 Millionen Einwohnern eine nicht zu unterschätzende Macht gewesen, die sich vor Frankreich (mit 28 Millionen) und Russland (etwa 30 Millionen) nicht zu verstecken brauchte und Großbritannien (11 Millionen), Spanien (11 Millionen) und Preußen (16 Millionen im Jahr 1815) deutlich in den Schatten stellte. Eine große Bevölkerung ging nicht automatisch mit entsprechendem politischen Einfluss einher, aber in einer von großen Armeen geprägten Zeit, in denen nach wie vor die Infanterie dominierte, war sie ein ganz erheblicher Faktor. Vieles hing von der Fähigkeit eines Staates ab, seine Ressourcen in Kriegszeiten auch zu mobilisieren. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten hatte sich Österreich in der Revolutions- und napoleonischen Zeit nicht von Grund auf reformiert, und viele österreichische Politiker betrachteten es als eine Rechtfertigung traditioneller Strukturen und Methoden, dass man sich am Ende durchgesetzt hatte. Ebenso wie alle anderen Großmächte trachtete Österreich deshalb danach, den Zustand von vor 1789 wiederherzustellen, eine Vision, die ihren unübersehbaren Ausdruck in der Wiederbelebung der vorrevolutionären Geselligkeit des Adels auf den Bällen und Banketten am Rande des Wiener Kongresses fand.

Was die Bevölkerungszahl anbelangt, stand zweifellos Russland an der Spitze der europäischen Staaten, wenn auch in dieser Phase nur knapp, hatte es seine Herrschaft doch noch nicht auf weite Teile Zentral- und Ostasiens ausgedehnt und erst vor Kurzem (1813) der persischen Dynastie der Kadscharen den Kaukasus abgetrotzt. Zar Alexander I., der den Thron 1801 bestiegen hatte, nachdem sein Vater Pawel I. (1754–1801) von Gardeoffizieren ermordet worden war, denen sein preußischer Führungsstil missfiel, war eine rätselhafte Persönlichkeit; Napoleon nannte ihn die »Sphinx des Nordens«. Zunächst neigte Alexander dem Liberalismus zu: Er gestand dem Großherzogtum Warschau (das nach 1815 als Königreich Polen oder »Kongresspolen« unter russischer Verwaltung stand) eine Verfassung zu und unternahm erste Schritte zur Verbesserung des russischen Bildungssystems. Nicht zuletzt infolge von Napoleons Invasion von 1812 wurde er zusehends religiöser und reaktionärer und bestand darauf, die legislativen und administrativen Fäden in Russland selbst in der Hand

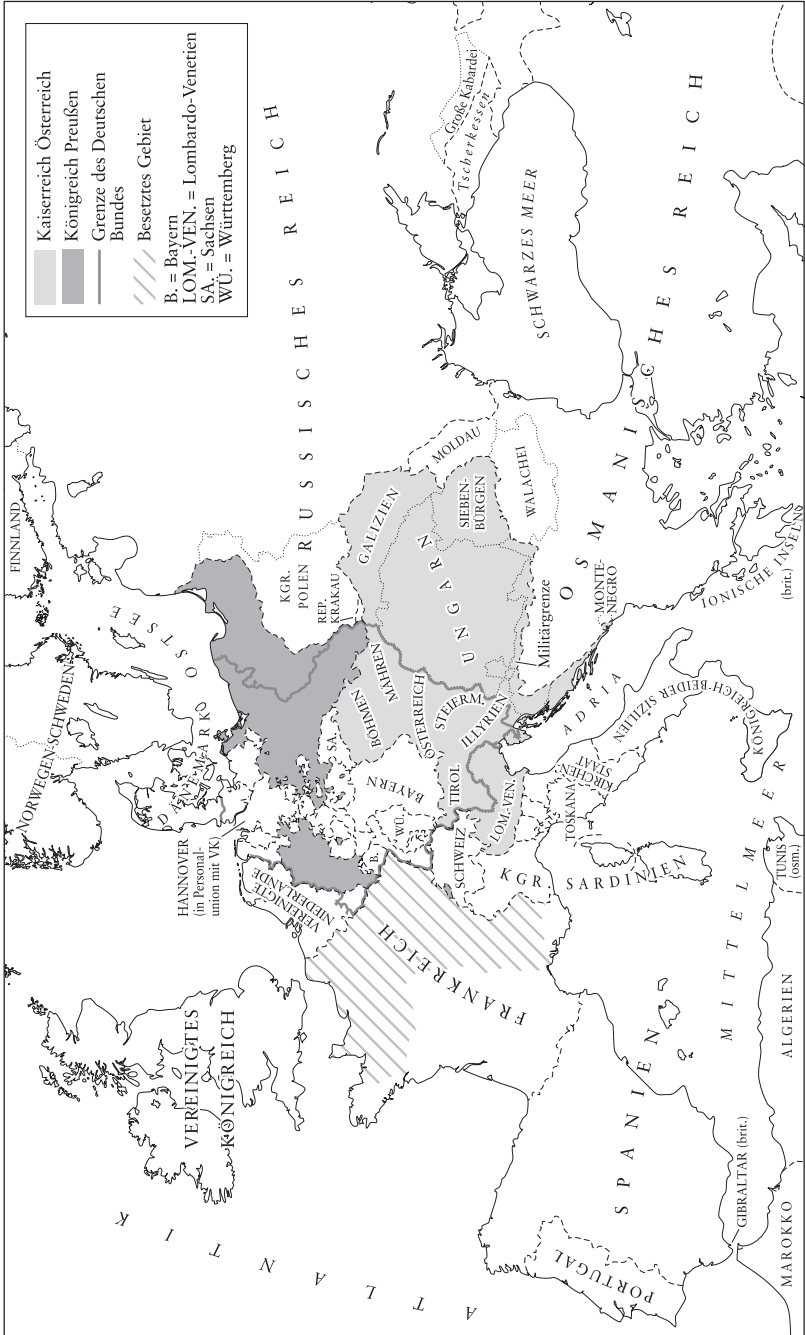
zu behalten. Der Sieg von 1815 schien die Zukunftsfähigkeit der zaristischen Institutionen und der von moderaten Militär- und Verwaltungsreformen begleiteten Autokratie und Leibeigenschaft zu untermauern. Fortan wandte Alexander sich strikt gegen weitere Zugeständnisse. Dass eine russische Armee durch ganz Europa marschiert war und nun Paris besetzt hielt, bekräftigte nicht nur Alexander in seinem Glauben an seine Mission, es zeugte auch davon, dass Russland ins Zentrum der europäischen Politik gerückt war.

Und so war es Alexander, von dem 1815 die Initiative ausging, mit Österreich und Preußen die Heilige Allianz zu schließen. Damit sicherten sich die drei Mächte gegenseitig Unterstützung zu, falls zu irgendeinem Zeitpunkt die Religion, der Frieden oder das Recht in Gefahr sein sollten. Die drei Unterzeichnermächte, denen sich später andere, kleinere Staaten zugesellten, einigten sich darauf, dem christlichen Glauben gemäß zu regieren. Krieg sollte in Europa der Vergangenheit angehören. Der Vertrag spiegelte Alexanders starke idealistische Tendenz und verpflichtete ihn und die beiden wichtigsten deutschen Mächte darauf, ihre Ziele mittels Kooperation zu erreichen, anstatt unter ihren Rivalen innerhalb dieses Triumvirats Zwietracht zu schüren. Der britische Außenminister, Lord Castlereagh (1769–1822), tat die Heilige Allianz privat als »Mischung aus hehrer Mystik und Unsinn« ab. Andererseits war er von ihrem praktischen Nutzen hinreichend überzeugt, um den englischen Prinzregenten (1762–1830, ab 1820 König George IV.) dazu zu bewegen, sich der Heiligen Allianz anzuschließen – auch wenn er gleichzeitig jede formale Verpflichtung der britischen Regierung vermied. Für den konservativen britischen Staatsmann Castlereagh war das von der Französischen Revolution heraufbeschworene Gespenst der Demokratie ebenso alarmierend wie für das nach der vernichtenden preußischen Niederlage in den Schlachten von Jena und Auerstedt errichtete bürokratische Regime in Preußen oder für Metternichs reaktionäre Regierung in Wien. Die Heilige Allianz stellte in Aussicht, dass Russland intervenieren würde, um Revolutionen anderswo in Europa zu unterdrücken, eine Rolle, die Russland bis zur Jahrhundertmitte behalten und dann erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder innehaben sollte. Gleichzeitig stellte die Allianz sicher, dass Russland nicht im Alleingang, sondern in Abstimmung mit den anderen großen Siegermächten handelte.

Aus Angst vor erneuten Kriegen oder Gewaltausbrüchen, nicht zuletzt von Seiten Frankreichs, bemühten sich die Unterhändler in Wien nicht nur, die Legitimität von Souveränen wiederherzustellen und zu stärken, sondern auch, reale und potenzielle Interessengegensätze nach Möglichkeit zu entschärfen. Dazu war es notwendig, Frankreich in das Geflecht der internationalen Beziehungen einzubinden. Mit einem bemerkenswerten Mangel an nationalistischem Hass oder Revanchismus luden Österreich, Preußen, Großbritannien und Russland auch einen Vertreter Frankreichs zu den Verhandlungen ein: Fürst Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838), der Napoleons Außenminister gewesen war, aber im richtigen Moment die Seiten gewechselt hatte und nun der restaurierten französischen Monarchie diente. Kriege, so die vorherrschende Sichtweise, waren letztlich keine Auseinandersetzungen zwischen Nationen, sondern zwischen Regimen, ja in gewisser Weise sogar zwischen Ideologien, existierten diese doch unabhängig von Nationen und Völkern. Nach Napoleons »Hundert Tagen« jedoch wendete sich die Stimmung in den europäischen Kanzleien gegen die Grande Nation. Nun wurde diese gezwungen, Beutekunst zurückzugeben, Reparationen zu bezahlen und eine monatelange Besatzung durch fast eine Million alliierte Soldaten zu ertragen, zum großen Teil Deutsche, die allesamt von Frankreich versorgt werden mussten. Die Verhandlungen über Gebietsabtretungen nahmen ebenfalls eine antifranzösische Wendung. Die Bestimmungen des Zweiten Pariser Friedens waren deutlich härter als die des ersten, der vor der Schlacht bei Waterloo geschlossen worden war. Nachdem Talleyrand dies nicht verhindern konnte, trat er aus Protest zurück. Indes vereinbarten Österreich, Preußen, Russland und das Vereinigte Königreich, Frankreich den Krieg zu erklären, falls innerhalb der nächsten zwanzig Jahre erneut irgendein Mitglied der Familie Bonaparte an die Macht kommen sollte.

Nach all den Grenzverschiebungen des vorangegangenen Vierteljahrhunderts wurde die europäische Landkarte auf dem Wiener Kongress und in den daran anschließenden Verhandlungen vom Herbst 1815 einmal mehr neu gezeichnet. Österreich büßte seinen Teil der Niederlande ein (dieser wurde den Vereinigten Niederlanden zugeschlagen), erhielt aber alle übrigen Gebiete zurück; neu hinzu kam Lombardo-Venetien in Norditalien sowie weite Teile der dalmatinischen Küste. Außerdem

wurde Österreich der Vorsitz im Bundesrat des neu geschaffenen »Deutschen Bundes« zugesprochen. Dieser hatte im Wesentlichen dieselben Grenzen wie das alte Heilige Römische Reich, bestand nun aber anders als im 18. Jahrhundert nicht mehr aus eintausend Staaten, sondern nur noch aus 39. Der Bund war kein Nationalstaat: Einige seiner Mitglieder wurden von ausländischen Monarchen regiert, wie das Königreich Hannover, dessen Herrscher der britische König war, andere verfügten über ausgedehnte Territorien, die außerhalb des Bundesgebiets lagen. Letzteres galt etwa für die Habsburgermonarchie, die sich zum größeren Teil südlich und östlich des Bundes erstreckte, sowie für das Königreich Preußen, dessen Territorium weit über die Bundesgrenzen hinaus bis an die Grenze zu Russland reichte. Einige kleinere Mitgliedsstaaten waren vollständig von größeren umgeben – mit entsprechenden Folgen für ihre Handlungsfreiheit. (Tatsächlich waren 1866 aus den 39 Mitgliedsstaaten 34 geworden.) Als Teil einer Reihe von Pufferstaaten, die etwaigen zukünftigen Expansionsversuchen Frankreichs vorbeugen sollten und denen unter anderem das Königreich der Vereinigten Niederlande angehörte, wurden Preußen in der Wiener Schlussakte Gebiete im Rheinland zugesprochen, darunter das Ruhrgebiet. Dessen wirtschaftliche und später industrielle Ressourcen sollten Preußen langfristig einen erheblichen wirtschaftlichen und militärischen Machtzuwachs bescheren. Als Ausgleich für die russische Herrschaft über »Kongresspolen« erhielt Preußen außerdem das vormals schwedische Pommern, den nördlichen Teil Sachsens sowie Posen und Danzig. Unter dem Strich zählte Preußen dadurch zu den größten Gewinnern. Doch auch Russland hatte enorme Zugewinne zu verzeichnen, nicht nur in Polen, sondern auch in Finnland und Bessarabien. Komplettiert wurde der Ring aus Pufferstaaten an der französischen Grenze, der vom vergrößerten Königreich der Niederlande über das preußische Rheinland bis zur rekonstituierten Schweizer Eidgenossenschaft reichte, durch das um Genua, Nizza und Teile Savoyens erweiterte Königreich Piemont-Sardinien.



Karte 1: Europa 1815

Darüber hinaus musste der Friedensschluss sich auch mit dem Kolonialbesitz der europäischen Mächte befassen, der in die Konflikte der vorangegangenen Jahrzehnte hineingespielt hatte. Während Spanien und Portugal schon bald den Großteil ihrer Kolonien verlieren sollten, konnte Großbritannien sein Kolonialreich konsolidieren: Mit Malta erwarb es einen weiteren Schlüsselstützpunkt im Mittelmeer, und Ceylon, das Kap der Guten Hoffnung und Mauritius trugen zur Sicherung der Schifffahrtsrouten nach Indien bei. Um die moralischen Prinzipien zu unterstreichen, von denen das Friedensabkommen den Verhandlungsmächten zufolge durchdrungen war, ächtete der Kongress formell den Sklavenhandel. Im Großen und Ganzen blieben außereuropäische Angelegenheiten jedoch außen vor. Die nach dem Wiener Kongress kurzzeitig diskutierte Idee einer Intervention in Lateinamerika zur Rettung der Kolonialreiche der Spanier und Portugiesen wurde im Dezember 1823 durch die Verkündung der Monroe-Doktrin torpediert, mit der die Vereinigten Staaten sich gegen jede Einmischung der Europäer in amerikanische Angelegenheiten verwahrten. Der britische Krieg gegen die Vereinigten Staaten, der 1812 mit dem Niederbrennen des Weißen Hauses durch ein britisches Expeditionskorps einhergegangen war, hatte 1814 endlich ein Ende gefunden, wobei Meinungsverschiedenheiten über die Grenze zu Kanada, Fischereirechte und andere weniger bedeutende Fragen geregelt oder stillschweigend ad acta gelegt wurden. Die Tatsache, dass globale politische Angelegenheiten in Wien ausgeklammert wurden, implizierte die Annahme, dass koloniale Rivalitäten, soweit es sie gab, weiterschwelen konnten, ohne die innereuropäische Politik zu beeinträchtigen. Zu den Kriegen und Konflikten des vorangegangenen Jahrhunderts war das ein auffälliger Unterschied.

Über weite Strecken des 19. Jahrhunderts hatten die anderen europäischen Staaten kaum eine andere Wahl, als sich mit der britischen Beherrschung der Weltmeere, des Schiffsverkehrs und des Welthandels abzufinden. Dabei versuchten die Briten gar nicht, andere Nationen vom Handel auszuschließen, wie es in der Zeit des Merkantilismus bis ins späte 18. Jahrhundert hinein üblich gewesen war. Vielmehr setzten sie sich für einen freien Welthandel ein – im Rahmen eines Wettbewerbs, aus dem sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen und industriellen Überlegenheit viele Jahrzehnte lang fast immer als Sieger hervorgingen. Erst im

letzten Viertel des Jahrhunderts geriet diese Überlegenheit allmählich in Gefahr, so dass außereuropäische Konflikte zwischen den europäischen Großmächten sich wieder auf die Beziehungen der Staaten in Europa auswirkten. Was Europa betraf, so war die Wiener Friedensordnung denkbar umfassend. Selbst schwelende Probleme von untergeordneter Bedeutung wurden gelöst; so wurden die Beziehungen der skandinavischen Staaten geklärt, indem Schwedens De-facto-Oberhoheit über Norwegen anerkannt wurde. Schweden begründete eine Tradition der politischen Neutralität in Europa, die bis zum heutigen Tag Bestand hat. Auch der neutrale Status der vergrößerten Schweiz wurde festgeschrieben und gleichzeitig die Schweizer Verfassung international garantiert; Letzteres sollte jenen inneren Konflikten ein Ende bereiten, die in der Vergangenheit verschiedentlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kantonen geführt hatten. Die schiere Zerstörungskraft der Revolutions- und der Napoleonischen Kriege war den Anführern sämtlicher Mächte, letztlich auch Frankreichs selbst, eine Lehre gewesen.

Als 1815 die Napoleonischen Kriege ein Ende fanden, war der Krieg in Europa seit Jahrhunderten fester Bestandteil des Lebens gewesen – zuzeiten mit verheerenden Folgen. So hatte der von 1618 bis 1648 dauernde Dreißigjährige Krieg Schätzungen zufolge mittelbar oder unmittelbar zum Tod von bis zu einem Drittel der deutschen Bevölkerung geführt, und in einigen Gebieten (wie zum Beispiel Württemberg) war der Anteil sogar noch höher. Das 18. Jahrhundert war immer wieder Schauplatz zum Teil langwieriger Kriege gewesen, vom Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714) über den Österreichischen Erbfolgekrieg (1740–1748) und den Siebenjährigen Krieg (1756–1763) bis hin zu den Französischen Revolutionskriegen und den Napoleonischen Kriegen, die von 1792 bis 1815 andauerten und an denen irgendwann so ziemlich jeder Staat Europas beteiligt war. Im Jahrhundert zwischen dem Wiener Kongress von 1814/15 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 dagegen erlebte Europa nur wenige Kriege, und diese waren von ihrer Dauer und ihren Folgen her begrenzt und betrafen nicht mehr als eine Handvoll europäischer Staaten. Zum Teil handelte es sich um bilaterale Konflikte. Dazu gehörte der Krimkrieg von 1854–1856 zwischen Großbritannien, Frankreich, der Türkei und Russland, die italienischen Einigungskriege, an denen Frankreich, Österreich und Piemont-Sardinien beteiligt waren,

sowie die deutschen Einigungskriege 1864 zwischen Österreich, Preußen und Dänemark, 1866 zwischen Preußen und Österreich und 1870/71 zwischen den deutschen Staaten und Frankreich. 1828/29 und 1877/78 kam es zu kurzen Auseinandersetzungen zwischen Russland und dem Osmanischen Reich, doch diesen standen sieben Kriege zwischen diesen beiden Staaten gegenüber, die es im 18. Jahrhundert und bis 1815 gegeben hatte und die sich insgesamt fast auf einen Zeitraum von einem Vierteljahrhundert summierten. Alles in allem lag die Sterbeziffer für im Krieg gefallene Männer zwischen 1815 und 1914 siebenmal niedriger als im Jahrhundert davor.

Wie lässt sich dieser erstaunliche Gegensatz erklären? Die überzeugendste Antwort verweist darauf, dass sich die europäischen Staaten von der traditionellen Betonung des Gleichgewichts der Kräfte verabschiedeten, jener Doktrin, wonach kein Staat so mächtig werden durfte, dass er alle anderen dominierte. An ihre Stelle trat ein Netz von auf Zusammenarbeit ausgerichteten Institutionen, versinnbildlicht in der Idee des »Europäischen Konzerts«, deren wichtigster Zweck die Friedenssicherung war. Die führenden Vertreter europäischer Staaten, darunter nach einer kurzen Unterbrechung nicht zuletzt Frankreich, machten es sich zur Gewohnheit, häufig zusammenzukommen und ihre Differenzen auszudiskutieren. Trotz gegensätzlicher Interessen konnten sie sich so bei mehreren Anlässen zu gemeinsamem Handeln durchringen. Der Hintergrund dieses starken Wunsches nach Kooperation war natürlich die Angst vor Revolution und Aufruhr, denn diese, so die allgemeine Überzeugung nach den Erfahrungen der 1790er und 1800er Jahre, konnten allzu leicht internationale Konflikte auslösen und die Stabilität gefährden. Wenn die Großmächte von den 1820er bis zu den 1840er Jahren zusammenarbeiteten, so meistens mit dem Ziel, irgendeine liberale Revolution niederzuschlagen. Doch die Ursachen reichen tiefer. Das fängt schon damit an, dass das Gleichgewicht der Kräfte nach wie vor sehr wohl eine Rolle spielte. Der wichtigste Anwärter auf eine europäische Vormachtstellung war seit der Zeit Louis' XIV. stets Frankreich, aufgrund seines Reichtums, seiner Bevölkerung und seines gut organisierten Militärs mit Abstand die bedeutendste unter den europäischen Mächten. Doch die Gefahr einer Hegemonie Frankreichs gehörte nach den Revolutions- und den Napoleonischen Kriegen ein für alle Mal der Vergangenheit an. Die

anderen europäischen Staaten blieben in der Frage der französischen Ambitionen noch jahrzehntelang argwöhnisch, doch in Wirklichkeit war die Niederlage Napoleons endgültig. Das französische Bevölkerungswachstum begann zu stagnieren, und den Verlust von fast eineinhalb Millionen Männern auf dem Schlachtfeld konnte Frankreich unmöglich kompensieren. Der Anteil Frankreichs an der Bevölkerung Europas ging kontinuierlich zurück. Für den Rest des 19. Jahrhunderts herrschte zwischen den wichtigsten Staaten auf dem europäischen Festland mehr oder weniger ein Kräftegleichgewicht, und was den größeren Rahmen betrifft, so wurden Kolonialstreitigkeiten, die im Vorjahrhundert noch so zerstörerisch gewesen waren, jetzt auf Grundlage der Erfahrungen des Kongresssystems und des Europäischen Konzerts im internationalen Einvernehmen geregelt.

Einige Historiker haben argumentiert, es sei letztlich das *Ancien Régime* gewesen, das 1814/15 über Napoleon triumphiert habe, und ohne Frage gab es über die Zäsur der Revolutions- und der napoleonischen Zeit hinweg zahlreiche auffällige Kontinuitäten. Von der Art und Weise her, in der sie ausgehandelt wurde, schien die Friedensordnung in mancher Hinsicht an frühere Gewohnheiten der Kabinettsdiplomatie des 18. Jahrhunderts anzuknüpfen, als Territorien aus dem Besitz des einen Herrschers in den eines anderen übergingen, ohne dass der Wille der Einwohner berücksichtigt worden wäre. »Ich habe den Tag damit verbracht, Europa wie ein Stück Käse aufzuteilen«, schrieb Metternich während des Kongresses einmal seiner Mätresse. Niemand fragte die Rheinländer, ob sie ein Teil Preußens, oder die Menschen in Norditalien, ob sie von Wien aus regiert werden wollten. Und doch hatte die Französische Revolution unter anderem grundlegend verändert, wie Souveränität in Europa verstanden wurde. Im 17. und 18. Jahrhundert lag eine der wichtigsten, vielleicht *die* wichtigste Ursache für europäische Kriege in dynastischen Streitigkeiten nach dem Tod eines Herrschers – wie im Fall des Spanischen und des Österreichischen Erbfolgekriegs. Nach 1815 war es damit vorbei. Sosehr Monarchen wie Louis XVIII. oder Alexander I. darauf beharrten, von Gottes Gnaden zu regieren: Die Souveränität war unverkennbar von Individuen und Familien auf Nationen und Staaten übergegangen. Vor 1815 galten beim Tod eines Souveräns alle internationalen Verträge als nicht mehr gültig; wenn sie nicht auslaufen sollten, mussten

sie per Unterschrift des neuen Souveräns umgehend erneuert werden. Nach 1815 hatte diese Regel ausgedient. Verträge wie die von 1814/15 wurden nicht zwischen einzelnen Monarchen, sondern zwischen Staaten geschlossen und behielten so lange ihre Gültigkeit, so lange sie nicht von einer Seite bewusst aufgekündigt wurden. Der Fürst oder Herrscher wurde zum Träger einer nationalen beziehungsweise staatlichen Souveränität, die durch internationale Übereinkünfte garantiert wurde, die faktisch Gesetzeskraft hatten. Zwar sollte es auch im 19. Jahrhundert Erbfolgestreitigkeiten geben, insbesondere im Falle Spaniens und Schleswig-Holsteins, doch hatten diese keine unmittelbaren Auswirkungen und wurden vor allem deshalb virulent, weil sie von einzelnen Regierungen für nationale Zwecke ausgeschlachtet wurden. Dynastische Ehen verblassten zu bloßen Symbolen der Freundschaft zwischen Nationen. Ganz ähnlich waren Armeen nun nicht mehr einzelnen Souveränen, sondern Staaten verpflichtet. Das alte System der Söldner und Söldnerheere, die ihre Dienste im 18. Jahrhundert an den Meistbietenden verkauft hatten, war für immer passé. Die wiedereingesetzten Souveräne mussten sich an die neuen Realitäten anpassen oder untergehen. Wie die 1820er Jahre zeigen sollten, hatten viele diese Lektion nicht gelernt.

»An vergangene Zeiten wieder anknüpfen«

Wie sehr sich das Verhältnis von Herrschern und Beherrschten durch die Französische Revolution verändert hatte, war nirgends so offensichtlich wie in Frankreich selbst. Das Festhalten Louis' XVIII. am *Ancien Régime* wurde dadurch symbolisiert, dass er bei seiner Rückkehr auf den Thron die Trikolore als offizielle Fahne Frankreichs durch die Fleur-de-Lys, die Lilie, ersetzte, sich weigerte, die von Napoleon begründete Ehrenlegion anzuerkennen, und offiziell verkündete, 1814 sei das neunzehnte Jahr seiner Regentschaft. Als 1814 ein Höfling zu ihm sagte: »Majestät, Ihr seid König von Frankreich«, antwortete er: »War ich das nicht die ganze Zeit?« Das Hofzeremoniell mit seinen Ritualen und Titeln kehrte mit seinem ganzen Gepränge zurück. Die Verfassung, die Napoleons letzter Senat verabschiedet hatte, nachdem er den Kaiser offiziell abgesetzt hatte,

lehnte Louis XVIII. ab, weil er nicht akzeptierte, dass seine königliche Autorität auf einem impliziten Vertrag zwischen König und Volk beruhte. Diese gehe vielmehr, so Louis, auf Gottes Gnade zurück. In der Erklärung von Saint-Ouen, die nach der Wiederherstellung der Monarchie als Grundlage der französischen Verfassung diente, machte er deutlich, dass er, »Louis, von Gottes Gnaden König von Frankreich und Navarra«, dem französischen Volk seine Rechte aus freiem Willen zugestehe.

Doch bei allem tief verwurzelten Glauben an die Legitimität des *Ancien Régime* war Louis sich bewusst, dass er, zumal nach dem Schrecken der »Einhundert Tage«, das Rad der Geschichte nicht vollständig auf 1788 zurückdrehen konnte. Er erklärte, die Rückgabe des während der Revolution konfiszierten Landes an die Kirche, den Adel oder die Krone nicht anzustreben. Eine halbe Million Menschen hatte dieses Land gekauft, und es war politisch völlig impraktikabel, sie oder diejenigen, an die sie es weiterverkauft hatten, dazu zu zwingen, es wieder herauszugeben. Der Code Napoléon blieb in Kraft. Erbrechte von Adligen auf Positionen im Militär oder in der Zivilverwaltung, die während der Revolution im Namen der Chancengleichheit abgeschafft worden waren, wurden nicht wiederhergestellt. Das Recht auf freie Religionsausübung blieb unangetastet, auch wenn das Regime den Katholizismus zur Staatsreligion erklärte. Die Aufteilung von Frankreich in Départements sowie von Paris in Arrondissements, beides zur Zeit der Revolution 1790 vorgenommen, blieb bestehen. Auf den Punkt gebracht wurden diese Maßnahmen im erklärten Willen des Königs, »an vergangene Zeiten wieder anzuknüpfen«, damit stellte er die Neuerungen als Teil einer langen Reihe von durch die französische Monarchie gewährten Reformen dar, die sich bis ins Mittelalter zu Louis VI. (genannt Ludwig der Dicke) zurückverfolgen ließ (ein König, dem Louis XVIII. in mehr als einer Hinsicht ähnelte). Auf Drängen des Duke of Wellington betraute er zwei der wichtigsten Berater Napoleons mit Schlüsselpositionen – Talleyrand wurde Außenminister und Regierungschef, Joseph Fouché (1759–1820) Polizeiminister –, als würde »das Verbrechen das Laster führen«, kommentierte Chateaubriand das Auftauchen der beiden auf dem Wiener Kongress. Außerdem erkannte Louis, dass eine Wiederbelebung der Generalstände außer Frage stand und dass es irgendeines Elementes von konstitutioneller Herrschaft bedurfte, um dem Druck der siegreichen Alliierten auf

die wiedereingesetzte Monarchie zu beugen, die Fehler zu vermeiden, die der Revolution Vorschub geleistet hatten. Daher schuf er ein Zweikammerparlament, das aus einem Oberhaus und einer Abgeordnetenkammer bestand. Jegliche Steuererhebung bedurfte deren Zustimmung. Die Gesetzesinitiative blieb allerdings der Krone vorbehalten.

Der neue Konstitutionalismus wurde jedoch durch die Tatsache unterminiert, dass Louis XVIII. das Unterhaus jederzeit auflösen, Neuwahlen ansetzen und damit die Bestimmung aufheben konnte, dass sich jedes Jahr ein Fünftel der Abgeordneten zur Wiederwahl stellen musste. Er allein hatte das Recht, Krieg zu erklären und Minister einzusetzen, Letztere waren nicht dem Parlament verantwortlich, sondern ihm, und vor allem konnte er »für die Sicherheit des Staates notwendige Vorschriften und Verordnungen« erlassen. Das gab ihm die Macht, die Verfassung außer Kraft zu setzen, wann immer ihm danach war. Es handelte sich also eigentlich gar nicht um eine konstitutionelle, sondern um eine absolute Monarchie, in der die Macht des Herrschers durch Verfassungsbestimmungen eingeschränkt wurde, die jederzeit kassiert werden konnten. Darüber hinaus wurden die Mitglieder des Oberhauses vom König ernannt und die Deputiertenkammer von Männern über vierzig gewählt, die mindestens 300 Francs Steuern im Jahr zahlten. In der Praxis hatte das eine sehr überschaubare Wählerschaft von nicht mehr als 90 000 Männern zur Folge – bei einer Bevölkerung von 28 Millionen Menschen. Zum Vergleich: In Großbritannien, dessen Bevölkerung nicht einmal halb so groß war, bestand das Wahlvolk zu diesem Zeitpunkt aus 440 000 Männern, und durch den Reform Act von 1832 kamen weitere 216 000 hinzu. Zudem führte der kleine Kreis von Wahlberechtigten zu einem Parlament voller »Ultras«, kompromissloser Royalisten, die die Regierung Talleyrands aus dem Amt drängten und eine Säuberungsaktion gegen ehemalige Revolutionäre und Bonapartisten initiierten. Das neue Oberhaus, das als Gericht fungierte, verurteilte einige dieser Männer zum Tode und trieb andere, darunter Fouché und Talleyrand, ins Exil.

Die Minister von Louis XVIII., angeführt von Élie Decazes (1780–1860), einem ehemaligen Vertrauten Napoleons und dessen Familie, waren sich darüber im Klaren, dass das Regime einer breiteren Basis in der Gesellschaft bedurfte, wenn sie angesichts dieser Starrheit die Monarchie erhalten wollten. Empört über die Dominanz des wiedererstarkten Adels

in Politik und Verwaltung wandten sich Kaufleute, Anwälte und andere den liberalen Ideen der Frühphase der Revolution von 1789 zu. Im Zuge des Versuchs, die »Monarchie zu nationalisieren und die Nation zu monarchisieren«, überredete Decazes den König zur Auflösung der Deputiertenversammlung. Diese neu gewählte bestand überwiegend aus Grundbesitzern und hochrangigen Beamten, von denen viele schon unter Napoleon Dienst getan hatten. Doch bevor Decazes allzu weit kommen konnte, wurde der Duc de Berry (1778–1820) – der zweite Sohn von Louis' jüngerem Bruder, dem Comte d'Artois (1757–1836), und damit (da Louis kinderlos war) an dritter Stelle in der Thronfolge – von einem verärgerten Sattler erdolcht. »Das ist ein Attentat auf uns alle!«, kommentierte der verzweifelte Decazes.

Im Zuge der sich anschließenden Reaktion wurde Decazes entlassen und wieder durch seinen unmittelbaren Vorgänger ersetzt, den Duc de Richelieu (1766–1822), einen Konservativen, der während seiner Exiljahre vor 1815 im Dienste des Zaren gestanden hatte. Wenig später wurde auch dieser abgesetzt und musste einem Günstling des Königs Platz machen, dem Comte de Villèle (1773–1854), einem Ultrareaktionär, der es sich zum Ziel setzte, die Monarchie der vorrevolutionären Zeit in Reinform wiederherzustellen. Als Louis am 16. September 1824 an krankhafter Fettleibigkeit starb, ging der Thron an den Comte d'Artois, der den Titel Charles X. annahm. Der neue Monarch, Ende sechzig, sozialisiert unter dem *Ancien Régime* und stramm konservativ, machte zur Bestürzung selbst seines älteren Bruders mit den Ultras gemeinsame Sache und überredete Villèle, ein Gesetz durchzudrücken, mit dem Vergehen gegen die Kirche kriminalisiert wurden: Auf die Entweihung sakraler Gefäße stand fortan lebenslange Haft, auf die Schändung der Hostie die Todesstrafe. Als Nächstes folgte ein Gesetz, das Adligen, die während der Revolution ihre Ländereien verloren hatten, finanzielle Entschädigung zusicherte. Charles unnachgiebige Haltung symbolisierte bereits die prachtvolle, traditionelle Krönungszeremonie. Einmal im Amt, verschärfte er die Pressezensur und vergrößerte den Einfluss der Kirche, indem er dieser 1824 die Ernennung aller Grundschullehrer übertrug.

Diese reaktionären Maßnahmen, die die Politik der Ultras unter Villèle und davor Richelieu fortsetzten, forderten Widerstand seitens der Liberalen geradezu heraus. Dieser artikulierte sich zum Teil in kritischen Zei-

tungen und Zeitschriften wie sie beispielsweise 1817/18 vom Schriftsteller Benjamin Constant (1767–1830) gegründet wurden, zum Teil in politischen Kampagnen. In der Folge wurde Constant 1819 in die Abgeordnetenkammer gewählt, im Jahr darauf der Marquis de Lafayette (1757–1834), ein Veteran der Französischen und Amerikanischen Revolution. Finanziert wurden die Liberalen von Bankiers wie Jacques Laffitte (1767–1844) und Casimir Périer (1777–1832), die sich von der Restaurationsaristokratie um ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluss gebracht sahen. Laffitte war 1817 als Präsident der Banque de France geschasst worden, weil er die Pressefreiheit verteidigt hatte. Angefacht wurde die Debatte um das Erbe der Revolution von jungen Journalisten und Historikern wie Adolphe Thiers (1797–1877), dessen zwischen 1823 und 1827 veröffentlichte mehrbändige Geschichte der Revolution die konstitutionelle Monarchie als unvermeidliches Resultat des menschlichen Freiheitsdrangs rechtfertigte und argumentierte, die »Zügellosigkeit der Menge« habe die Revolution pervertiert. Ganz ähnlich lehrte François Guizot (1787–1874), der 1812 im Alter von 25 Jahren zum Geschichtsprofessor an der Sorbonne berufen worden war, der Kern der Revolution sei nicht der Terror gewesen, sondern der Verfassungsreformismus der Anfangsphase. In den Jahren, in denen ihm die Vorlesungstätigkeit verboten war (1822–1828), trug er seine besonnenen, liberalen Argumente in verschiedenen Presseorganen vor. In den nächsten Jahrzehnten sollten diesen beiden Männern in der französischen Politik Schlüsselrollen zukommen.

Parallel zu dieser moderaten, ehrbaren liberalen Opposition formierte sich eine Vielzahl von Geheimgesellschaften, die sich teils als Geschäfte tarnten, teils als Trinkclubs (in denen politische Lieder gesungen wurden); einige funktionierten wie Freimaurerlogen, andere legten sich explizitere Namen wie »Ritter der Freiheit« zu. Diese Gesellschaften waren in ganz Europa verbreitet, hatten Kontakte nach Südamerika und bildeten über politische Grenzen hinweg eine Art radikal-liberale Internationale, die von politischen Exilanten getragen wurde, die im Streben nach Realisierung ihrer Ideale von Ort zu Ort zogen. Der radikalste und aktivste dieser Geheimbünde war die von ähnlichen Vereinigungen in Italien inspirierte *Charbonnerie* (»Köhlerei«), ein Sammelbecken für arbeitslose Beamte aus napoleonischer Zeit, frustrierte Studenten sowie Offiziere und Unteroffiziere der kaiserlichen Armee, die sich mit einem

halben Lohn durchschlagen mussten. Dass Napoleon sich neuerdings als Verteidiger konstitutioneller Freiheiten darstellte, trug dazu bei, die Republikaner und Bonapartisten unter ihnen zu vereinen. Die Verschwörer wiegelten Garnisonen zum militärischen Aufstand auf, unter anderem 1820 in Paris, 1821 in Belfort und Saumur sowie 1822 in Straßburg und La Rochelle, doch all diese Aufstände scheiterten; der letztgenannte endete mit der öffentlichen Hinrichtung von vier Sergeanten. Für einen der Augenzeugen, den Studenten Auguste Blanqui (1805–1881), war das der Anlass, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen, in der weit verbreiteten Überzeugung, die Männer seien als »Märtyrer für die Freiheit« gestorben. Insgesamt wurden in dieser Phase zwölf Mitglieder von Geheimgesellschaften hingerichtet. Das Scheitern ihrer Bemühungen löste interne Querelen aus, und Mitte der 1820er Jahre gehörte die *Charbonnerie* mehr oder weniger der Vergangenheit an. Blanqui selbst fiel aufgrund von Verletzungen, die er sich 1827 bei einer Straßenschlägerei zugezogen hatte, eine Zeit lang aus. Ende der 1820er Jahre war die ernsthafteste Bedrohung für die Herrschaft der Ultras in Frankreich daher nicht ein militärischer Aufstand, sondern der liberale Parlamentarismus. Der Anstieg der Zahl der liberalen Abgeordneten nach den Wahlen von 1827 führte zum Rücktritt Villèles, und als sein Nachfolger, der Vicomte de Martignac (1878–1832), mit diesen zu verhandeln versuchte, wurde er durch Jules de Polignac (1780–1847) ersetzt, den Napoleon zwölf Jahre lang ins Gefängnis gesteckt hatte und der voll und ganz der Überzeugung des Königs von der Idee der absoluten Monarchie verpflichtet war. Gegen die Uneinsichtigkeit des Königs konnten in Frankreich offenbar weder Revolution noch Reformen etwas ausrichten, und als sich das Jahrzehnt seinem Ende zuneigte, schienen die Chancen für einen liberalen Wandel verschwindend gering.

Ein ähnliches Bild lässt sich von der postnapoleonischen Politik in Deutschland zeichnen. Auch hier hatte es in den meisten Staaten des Deutschen Bundes keine vollständige Restauration gegeben. Zwischen 1815 und 1819 wurden in einer Vielzahl süddeutscher Staaten Verfassungen erlassen, die Abgeordnetenversammlungen vorsahen und in erster Linie darauf abzielten, den Bemühungen dieser Staaten, die in Wien festgelegten Grenzen zu ihrem Vorteil zu korrigieren, ein Mäntelchen von demokratischer Legitimierung umzuhängen. Die territorialen Streitig-

keiten verhinderten, dass sich die süddeutschen Staaten gemeinsam und erfolgreich gegen die österreichische und preußische Hegemonie im Deutschen Bund zur Wehr setzen konnten. Dadurch konnte Metternich – vorausgesetzt, er sicherte sich die Zustimmung der preußischen Regierung – im Bundestag (dem ständigen Gesandtenkongress) fast alles durchdrücken, was ihm vorschwebte. Erleichtert wurde ihm diese Aufgabe von Streitigkeiten zwischen den wichtigsten preußischen Reformern. Diese führten zur Ernennung einer Reihe konservativer Minister, die König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) überredeten, entgegen früherer Versprechungen doch keine Verfassung zu erlassen.

Freiwillige, die aus dem Krieg gegen Napoleon zurückkehrten, waren häufig enttäuscht, welche dominierende Stellung die Fürsten im Deutschen Bund einnahmen. Sie hatten nicht nur dafür gekämpft, Preußen, Hessen oder Sachsen von der französischen Herrschaft zu befreien, sondern auch (und in den Augen mancher sogar noch mehr) Deutschland insgesamt. Einige, wie der Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt (1767–1835), der 1810 die Berliner Universität gegründet hatte, glaubten, der Bund könne die Basis für stabilere nationale Institutionen bilden. Andere hingegen, insbesondere die jungen Studenten, die 1815 in Jena die Burschenschaftsbewegung begründeten, waren der Überzeugung, wahre Einheit könne erst dann erreicht werden, wenn seine überwiegend autoritären Mitgliedsstaaten hinweggefegt und durch eine einzige, nationale Verfassung ersetzt würden. Inspiriert waren die Burschenschaften vom Schriftsteller Ernst Moritz Arndt (1769–1860), der aus Schwedisch-Pommern stammte und in Greifswald und Jena Theologie studiert hatte. Nachdem er infolge der Besetzung seiner Heimat durch Napoleon 1806 ins Exil getrieben worden war, hatte Arndt eine klare Vorstellung von einer über die Sprache definierten deutschen Nation entwickelt. Als begnadeter Publizist forderte er 1814 die Einigung Deutschlands unter einer konstitutionellen Monarchie mit der Hauptstadt Berlin (Wien war ihm zu multinational) und betonte die grundlegende Einheit des deutschen Volkes, die ihren Ausdruck seiner Meinung nach in einer gemeinsamen Sprache, gemeinsamen Ritualen und Symbolen, ja sogar einem einheitlichen Kleidungsstil finden sollte; wegweisend war für ihn die Mobilisierung patriotischer Freiwilliger gegen Napoleon 1812/13.

Folgerichtig trugen die Burschenschafter die Farben der Freiwilligen: Schwarz, Rot und Gold. Im Oktober 1817 begingen sie auf der Wartburg, auf der Luther seine Bibelübersetzung angefertigt hatte, den Jahrestag der Reformation, indem sie feurigen Reden lauschten und ihr Deutschtum feierten. Berüchtigt wurde das Wartburgfest durch die Verbrennung von mehr als zwei Dutzend Büchern und Zeitschriften, darunter der Code Napoléon, deutsche Traktate aus napoleonischer Zeit, die zur Kollaboration mit den Franzosen aufriefen, sowie zeitgenössische Pamphlete, in denen die Ziele und Aktivitäten der Studenten kritisiert wurden. Echte Bücher zu kaufen wäre angesichts der begrenzten Mittel der Studenten zu teuer gewesen; stattdessen warfen sie beschriftetes, zerknülltes Altpapier in die Flammen. Der junge Heinrich Heine (1797–1856) verurteilte die Aktion als dumm und mittelalterlich. Sein berühmtes Zitat: »Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen«, bezieht sich allerdings nicht auf die Ereignisse auf der Wartburg, sondern auf die Verbrennung des Korans durch die spanische Inquisition im Zuge der Eroberung von Granada 1499.

Zu den auf der Wartburg symbolisch den Flammen übergebenen Büchern gehörte auch die *Geschichte des deutschen Reichs* des populären, extrem produktiven Dramatikers und Journalisten August von Kotzebue (1761–1819), der die Burschenschaft verärgert hatte, indem er ihre Ideen und Aktivitäten verächtlich gemacht hatte. Kotzebue hatte im russischen Exil gelebt und war in den russischen Auslandsdienst getreten; in dieser Eigenschaft kehrte er nach dem Sturz Napoleons nach Deutschland zurück, um dem Zaren über die Lage in Deutschland zu berichten. Er war wohl kaum der Spion, für den ihn manche hielten, aber er teilte jedenfalls die konservativen Ideale Alexanders I. Dies und die Tatsache, dass er sich über die Burschenschaft lustig gemacht hatte, ließ bei einem Angehörigen von deren radikalem Flügel, dem 23-jährigen Theologiestudenten Karl Sand (1795–1820), die Überzeugung reifen, Kotzebue verdiene den Tod. Am 23. März 1819 suchte Sand ihn in seinem Haus auf und stach mehrfach auf ihn ein, während er rief: »Hier, Du Verräter des Vaterlands.« Danach rannte er auf die Straße hinaus und stieß sich selbst einen Dolch in die Brust. Er überlebte und wurde im Jahr darauf vor Gericht gestellt und öffentlich hingerichtet. Während seine Tat bei vielen Kommentatoren, sogar bei Unterstützern der nationalistischen Bewegung, Abscheu

erregte, betrachteten andere Sand als Helden und Märtyrer. Der Henker, der mit den Idealen der Nationalisten sympathisierte, baute das Schafott nach der Hinrichtung ab und errichtete mit dem blutbefleckten Holz in einem nahegelegenen Weinberg ein Gartenhaus, das er Mitgliedern der Burschenschaft für geheime Treffen zur Verfügung stellte.

Dieses Ereignis sowie ein fehlgeschlagenes Attentat des Apothekers und Burschenschafters Karl Löning (1791–1819) auf den Nassauer Regierungspräsidenten Karl von Ibell (1791–1819) lieferten Metternich den Vorwand für ein drastisches Paket repressiver Maßnahmen. Formuliert wurden diese im August 1819 von Vertretern zehn deutscher Staaten im Kurort Karlsbad; einen Monat später wurden sie von der Bundesversammlung in Frankfurt bestätigt. Die Karlsbader Beschlüsse verpflichteten die Mitgliedsstaaten zu einer strengen Überwachung der Universitäten. Sie hatten »Universitäts- und andere öffentliche Lehrer«, die sich der »Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren« schuldig machen, zu entlassen und dafür zu sorgen, dass kein »auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer« in einem »andern Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt« wird. Studenten, die nachweislich Mitglieder von Geheimgesellschaften wie der Burschenschaft waren, sollten an keiner Universität mehr Aufnahme finden und »bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden«. Sämtliche Zeitschriften waren vor Veröffentlichung der Zensur durch eine zentrale Stelle zu unterziehen. Um gegen die Revolutionsbewegung zu ermitteln und vorzugehen wurde eine Sonderkommission eingerichtet. Die Burschenschaften lösten sich auf – mehr als 500 Mitglieder hatten sie ohnehin nicht gezählt –, und der organisierte Nationalismus verschwand mehr oder weniger von der Bildfläche. Die Polizeibehörden der einzelnen Staaten tauschten Informationen über angebliche Umstürzler aus, begannen, Vereine, Kaffeehäuser und andere Treffpunkte streng zu überwachen, und betrachteten jegliche Freiwilligenvereinigung mit Argwohn. Billige Zeitungen und Flugblätter wurden aufs Strengste zensiert oder gleich ganz verboten, und das erschwerte es allen, die nicht für eine Regierung tätig waren, Gedanken auszutauschen oder politisch auf dem Laufenden zu bleiben – so es denn Neuigkeiten gab. Die wenigen, die liberale Verfassungs-

reformen und die nationale Einheit wünschten, waren außerstande, sich auf so etwas wie ein gemeinsames Programm zu einigen.

Der Triumph der Reaktion spiegelte sich auch in der Bundesverfassung wider, wurde diese im Juli 1820 doch dahingehend geändert, dass ein Mitgliedsstaat in einem anderen intervenieren konnte, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die ursprünglichen Bemerkungen zur Emanzipation der Juden und zur religiösen Toleranz wurden gestrichen. Die Regierungen in den Mitgliedsstaaten ergriffen Maßnahmen, die verhindern sollten, dass gesetzgebende Versammlungen, wo es sie überhaupt gab, zum Sprachrohr des liberalen Protests wurden. Sie weigerten sich, der Veröffentlichung von Parlamentsdebatten zuzustimmen, und zwangen die Abgeordneten, auf vorgegebenen Plätzen zu sitzen, so dass sie sich nicht zu Fraktionen gruppieren konnten. Wahlen waren überall indirekt. Die Zensur schränkte den Wahlkampf derart ein, dass für eine öffentliche Debatte kaum Raum war. Wie in Frankreich und überall sonst, wo Wahlen stattfanden, sorgten häufig detailliert ausgearbeitete Besitzeanforderungen dafür, dass nur Reiche sich zur Wahl stellen konnten. Das führte selbst bei den wenigen Wahlberechtigten zu weit verbreiteter Gleichgültigkeit. So machten sich bei den Wahlen in Königsberg von 1816 nur fünf Prozent der Wahlberechtigten die Mühe, wählen zu gehen. In manchen Gebieten bestanden die Abgeordnetenversammlungen aus den guten alten Ständen und waren dem Adel vorbehalten; in Preußen waren die 1823 eingerichteten Provinzialstände nicht als Ort der Diskussion gedacht, sondern als beratende Gremien, die nicht selten in einem der königlichen Paläste tagten. Tatsache war jedoch, dass es in den meisten deutschen Staaten in den 1820er Jahren repräsentative Institutionen gab, so eingeschränkt diese hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und ihrer Rechte auch waren. Die Idee des »aufgeklärten Despotismus« war seit der Französischen Revolution tot und konnte unmöglich wiederbelebt werden. Regierungen standen auf einer breiteren Grundlage, die deutschen Staaten wurden nicht autokratisch, sondern bürokratisch regiert, und ein regelgebundenes Regierungssystem galt weithin als effektiverer Schutz vor der Willkür eines Souveräns, als er repräsentativen Versammlungen zugetraut wurde. Oftmals gehörten ein und dieselben Männer ohnehin beiden Institutionen an. So bemerkte 1838 der junge Otto von Bismarck (1815–1898), dem das Dasein als junger Beamter wenig Vergnügen

bereitete: Man müsse, »um an den öffentlichen Angelegenheiten Theil nehmen zu können, besoldeter und abhängiger Staatsdiener sein; man muß vollständig der Beamtenkaste angehören«.

Rebellion und Repression

Der bei europäischen Regierungen weit verbreitete Wunsch nach einem kollektiven Verteidigungswall gegen die Gefahr eines Rückfalls in die verheerenden Kriege früherer Jahrzehnte fand seinen Ausdruck nicht nur in der Idee der »Heiligen Allianz«, sondern in einer breiten Palette weiterer Maßnahmen, mit denen die Zusammenarbeit unter den Siegermächten gefördert werden sollte. Dazu gehörte insbesondere die auf Drängen des britischen Außenministers Lord Castlereagh zustande gekommene Quadrupelallianz, im Rahmen derer diplomatische Vertreter Großbritanniens, Österreichs, Preußens und Russlands (sowie später auch Frankreichs) zu regelmäßigen Konferenzen zusammenkamen, um die internationale Kooperation auf eine dauerhafte Basis zu stellen. Von Vertretern der Großmächte wurden in der Folge eine Reihe von Vereinbarungen ausgehandelt und durchgesetzt, so etwa 1818 auf dem Aachener Kongress die Herabsetzung der seitens der Alliierten von Frankreich geforderten Kriegsentschädigungen oder 1819 die Zurückweisung des bayerischen Anspruchs auf Teile des Großherzogtums Baden. Außerdem wurde in diesem Kreis das Ende der alliierten Besetzung Frankreichs vereinbart und Frankreich somit informell in das Europäische Konzert aufgenommen. Die Monarchie sollte der Garant von Recht und Ordnung sein, und ihre grundsätzlich absolute Macht sollte nur dann durch traditionelle Parlamente wie Stände- und Notabelnversammlungen oder durch Abgeordnetenversammlungen mit streng begrenzten Rechten eingeschränkt werden, wenn es sich nicht vermeiden ließ. Nicht uneingeschränkt geteilt wurden diese Prinzipien von Großbritannien, dessen Verfassung ein starkes gewähltes Parlament vorsah, und im Lauf der 1820er Jahre traten dann auch immer wieder Differenzen zwischen der britischen und der österreichischen Interpretation dieser Vereinbarungen zutage und erschwerten es, eine gemeinsamen Linie zu finden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich zunehmend deutlich ab, dass der liberale Konstitutionalismus – inspiriert vom Erbe der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft sowie vom Ideal der Volkssouveränität, wie es konkret in den vielen Aufständen gegen die Franzosen in den letzten Jahren ihrer Herrschaft über Europa Ausdruck gefunden hatte – nicht tot war. In vielen Teilen Europas wuchs unter seinen Unterstützern die Frustration über die autoritäre Politik der Restauration. In Spanien verwarf König Fernando VII. (1784–1833), der nach der Niederlage der französischen Armee im spanischen Unabhängigkeitskrieg von Napoleon wiedereingesetzt worden war, die 1812 verabschiedete liberale Verfassung und kehrte zum Absolutismus zurück. Er rehabilitierte die verbannten Jesuiten, verhängte eine strenge Zensur und gab Kirche und Adel das während der napoleonischen Besatzung konfiszierte Land zurück. Den fortan persönlich und unmittelbar dem König verantwortlichen Ministern war es verboten, politische Maßnahmen miteinander zu diskutieren. Fernando ernannte und entließ sie nach Lust und Laune, mit der Folge, dass die durchschnittliche Amtszeit von Ministern zwischen 1814 und 1820 nicht mehr als sechs Monate betrug. Um sich eine Weile im Amt halten zu können, musste ein Minister so demonstrativ wie möglich seine Loyalität gegenüber reaktionären Prinzipien zur Schau stellen. Der Kriegsminister, General Francisco de Eguía (1750–1827), signalisierte seine Treue zum *Ancien Régime* durch das Tragen einer Perücke aus dem 18. Jahrhundert. Der König fiel in noch weiter zurückliegende Zeiten zurück, indem er die Freimaurer verbot und die Inquisition wiedereinführte, welche sich umgehend auf Ketzerjagd begab.

All das erschwerte es der Regierung, konsequent und effektiv auf die Aufstände in Spanisch-Amerika zu reagieren, zumal Fernando eine unnachgiebige Linie verfolgte und Zugeständnisse an die Rebellen strikt ablehnte. Die Kosten der über den Atlantik gesandten Militärexpeditionen verschärften die spanische Finanzmisere – ein Erbe der französischen Besatzung und der Wirtschaftskrise nach dem Krieg –, ohne dass die Unabhängigkeitsbewegung dadurch besiegt oder die Ordnung wiederhergestellt werden konnte. 1820 war der spanische Staat praktisch bankrott und konnte nicht einmal die Soldaten bezahlen, die für eine weitere Expedition nach Südamerika einberufen wurden. Im Januar 1820 sprachen sich rangniedrige Offiziere öffentlich für die Verfassung von 1812

aus – dieses *Pronunciamiento* des Militärs begründete eine Tradition, die weit über einhundert Jahre währte. Viele Offiziere und Guerillaführer, die gegen Napoleon gekämpft hatten, waren von Fernando übergegangen und dadurch noch stärker dem Liberalismus in die Arme getrieben worden. Ihnen schlossen sich Politiker an, von denen viele verhaftet, ins Exil getrieben worden oder darüber frustriert waren, wie der König das öffentliche Leben und die freie Meinungsäußerung erstickte. Dank der stümperhaften Unfähigkeit der spanischen Polizei konnten diese Männer eine ganze Reihe von Komplotten schmieden, zumeist in Freimaurerlogen, die ihre Geheimtreffen ungeachtet des polizeilichen Verbots fortsetzten. Die Verschwörungen, darunter der Plan, den König bei einem Bordellbesuch zu ermorden, schlugen allesamt fehl, doch 1820 schloss sich die gesamte Armee aus Entsetzen über die Aussicht, für eine weitere sinnlose Expedition nach Amerika geschickt zu werden, den Verschwörern an. Nachdem die Rebellion in den Provinzen Fahrt aufgenommen hatte, verhalfen ihr Straßendemonstrationen vor dem Königspalast zum Sieg, in denen sich die Empörung des Volkes über die hohen Steuern entlud, mit denen die Regierung den drohenden Bankrott abzuwenden versuchte. Fernando sah sich gezwungen, die Verfassung von 1812 anzuerkennen, eine »Cortes« (gesetzgebende Versammlung) einzuberufen und drei Jahre lang Platz für eine liberale Regierung zu machen. Allerdings legte er gegen sämtliche Beschlüsse der Cortes sein Veto ein und tat alles, was in seiner Macht stand, um den Konstitutionalisten Steine in den Weg zu legen. Angesichts der zusehends chaotischen Zustände und der in der Stadt wie auf dem Land eskalierenden Gewalt ersuchte der König um eine internationale Intervention. 1823 setzte die Cortes den unbelehrbaren Monarchen ab, und die Radikalen drohten mit einer Neuauflage der Septembermassaker während der Revolution in Paris. Einer von ihnen, der Jakobiner Juan Romero Alpuente (1762–1835) – den einer seiner Kritiker als »hässlich, schmutzig und schlecht gekleidet« beschrieb –, spielte auf diese Massaker an, wenn er seine Zuhörer mit drohendem Unterton daran erinnerte, damals seien »in einer einzigen Nacht Vierzehntausend exekutiert« worden.

Für die Heilige Allianz war das zunehmende Chaos und die drohende Revolution in Spanien nicht hinnehmbar. Verschärft wurde die Krise durch ähnliche Vorgänge in Italien. Dort trug König Vittorio Emanuele I. (1759–1824), der 1814 aus dem Exil zurückgekehrt war, um

über das Königreich Piemont-Sardinien zu herrschen, ebenfalls das ultimative Symbol der Restauration, die Perücke im Stil des 18. Jahrhunderts. Zudem stellte er – außer im formal unabhängigen Genua, wo der Widerstand zu groß war – die vornapoleonische Rechtsordnung wieder her. Er ließ die Privilegien der Aristokratie wiederaufleben (inklusive des ausschließlichen Rechts, in Opernhäusern Logen zu belegen – in Italien eine Angelegenheit von höchster kultureller Bedeutung) und sorgte auf Sardinien für den Fortbestand des Feudalismus. Juden und Protestanten büßten die ihnen unter französischer Herrschaft zugestandenen Rechte wieder ein. Zensur und Bildung legte Vittorio Emanuele in die Hand der Jesuiten. Im Herzogtum Modena wurden die napoleonischen Reformen ebenso zurückgedreht wie (wenig überraschend) im von Papst Pius VII. (1742–1823) regierten Kirchenstaat. Unter anderem schaffte der Papst verwerfliche moderne Neuerungen wie die Straßenbeleuchtung und die Pockenschutzimpfung wieder ab. In einigen anderen Teilen der italienischen Halbinsel, etwa im von den Bourbonen regierten Königreich beider Sizilien, blieben die napoleonischen Rechts- und Verwaltungsreformen dagegen in Kraft. Am liberalsten war das Großherzogtum Toskana; dort hatte sich die Regierungsführung schon länger an den Werten der Aufklärung orientiert. Ansonsten wurde ein gefährliches Wiederaufblühen des Liberalismus von Österreich verhindert, das seinen Einfluss im Kirchenstaat durch bewaffnete Garnisonen zementierte.

Doch selbst dort machte sich unter den gut ausgebildeten Männern, die unsanft ihrer Ämter enthoben worden waren, um Platz für zurückkehrende Adlige zu machen, Unmut breit. Im Königreich beider Sizilien wiederum, wo viele im Amt belassen worden waren, gab es einfach nicht genug Verwaltungsposten für alle. Lokale Honoratioren störten sich an der Zentralisierungspolitik im Königreich, die sie als Eingriff in ihre Autonomie wahrnahmen. In den unteren Schichten löste die Konskription Widerstand aus. Das Königreich Lombardo-Venetien hielt an den meisten Reformen Napoleons fest: Die zentralisierte Verwaltung wurde von den Habsburgern kontrolliert, höhere Kirchenämter vom Staat besetzt, konfiszierte Ländereien wurden nicht zurückgegeben, und die große Mehrzahl der in napoleonischer Zeit ernannten Staatsdiener blieb im Amt. Die Tatsache indes, dass die Verwaltung des Habsburgerreichs in Wien zentralisiert war, löste bei diesen Beamten ein Gefühl der Machtlosigkeit

keit aus, zumal eine Beförderung in der Hauptstadt der Donaumonarchie Deutschsprachigen vorbehalten war. Die Wehrpflicht, die nun acht statt vier Jahre umfasste, wurde ausgeweitet, und italienische Rekruten landeten nicht selten in weit entfernten Teilen des Habsburgerreichs nördlich und östlich der Alpen. Gleich mehrere Vizekönige Lombardo-Venetiens nacheinander ermahnten Metternich, nicht den Fehler des Habsburger Reformkaisers Joseph II. (1741–1790) zu wiederholen, der versucht hatte, das gesamte Reich zu vereinheitlichen und zentraler Kontrolle zu unterwerfen. »Die Lombarden«, erklärte einer von ihnen, »haben sich noch nie an die germanischen Formen gewöhnen können, die der Regierung ihres Landes aufgedrückt worden sind, und sie werden sich auch nie daran gewöhnen.«

Geteilt wurde die Frustration der lokalen Honoratioren über die Zentralisierung des Staates von denen, die sich im Widerstand gegen Napoleon engagiert hatten. In Süditalien hatten sie sich ungefähr ab 1806 in Freimaurerlogen ähnlichen Geheimgesellschaften organisiert, den sogenannten *Carbonari*, die nach 1815 zum Vorbild für die französische *Charbonnerie* wurden. Diese Gruppen waren von den Briten dazu ermuntert worden, sich gegen die napoleonische Herrschaft zu verschwören. Ein zentrales Anliegen dieser Bewegung war die Opposition gegen den Absolutismus, und nach dem Sturz Napoleons fanden ihre Mitglieder ein neues Aufgabengebiet in dem, was sie als Tyrannei der wiedereingesetzten Regierungen empfanden, die in vielen Teilen der Apenninenhalbinsel an der Macht waren. Als die *Carbonari*, vom Vorbild der spanischen Liberalen inspiriert, sich erhoben, schlossen sich ihnen unzufriedene Soldaten an. Gemeinsam marschierten sie durch Neapel und zwangen Ferdinando I. (1751–1825), den König beider Sizilien (wegen seiner ungewöhnlich großen Nase gemeinhin als »*Re Nasone*« bekannt), die spanische Verfassung von 1812 zu übernehmen. Die Unruhen verbreiteten sich nach Norden, wo im Piemont bald die Liberalen Aufstandspläne gegen den reaktionären Monarchen schmiedeten. Im März 1821 hissten unzufriedene Offiziere in mehreren piemontesischen Garnisonen die Trikolore, woraufhin Vittorio Emanuele erschrocken abdankte und von seinem kompromisslos reaktionären Bruder Carlo Felice (1765–1831) abgelöst wurde. Dieser ließ von seinem sicheren Zufluchtsort außerhalb des Königreichs aus, in Modena, die ernste Warnung verbreiten, er

werde nichts tolerieren, was der »uneingeschränkten königlichen Autorität« Abbruch tue. Derweil wurde der Anführer des piemontesischen Aufstands, Graf Santorre di Santarosa, vom jungen und vermeintlich liberal eingestellten Regenten Carlo Alberto (1798–1849) zum Kriegsminister ernannt, woraufhin dieser eine Invasion der von Österreich aus regierten Lombardei vorbereitete.

In der Summe stellten die Ereignisse in Italien und Spanien für das in Wien beschlossene konservative Programm eine erhebliche Herausforderung dar. Die Vorgänge in Spanien nahmen Österreich und Großbritannien, ungeachtet des Drängens des russischen Zaren auf eine Intervention, zunächst nicht sonderlich ernst. Als die liberale Bewegung allerdings auf Italien übergriff, fühlte Österreich sich bedroht. Auf dem Ende 1820 im österreichisch-schlesischen Troppau abgehaltenen Kongress verständigte sich die Heilige Allianz, den britischen Einwänden zum Trotz, auf ein Eingreifen. Bekräftigt wurde dieser Beschluss Anfang 1821 auf dem Kongress von Laibach, an dem auch Ferdinando I. teilnahm. Dieser war in Neapel aus der Gefangenschaft entlassen worden, nachdem er versprochen hatte, die Verfassung anzuerkennen – ein Versprechen, das er brach, sobald er in Sicherheit war. Österreich entsandte eine Armee in den Kirchenstaat und nach Neapel, wo diese am 23. März eintraf, ohne auf nennenswerten Widerstand zu treffen. Die Revolutionäre hatten den Österreichern wenig entgegenzusetzen, zu sehr waren sie in Unterstützer der demokratischen Carbonari und moderat liberale Anhänger des in napoleonischer Zeit regierenden Königs Joachim Murat (1767–1815), von denen viele in dessen Verwaltung tätig waren, gespalten. In Sizilien hatte die Nachricht von der Revolte in Neapel einen Volksaufstand mit Straßenkrawallen ausgelöst. Dabei hatte eine Menschenmenge die Gefängnisse in Palermo gestürmt, und Gruppen von Handwerkern hatten zwei führende Verfassungsliberale enthauptet. Die Zünfte verweigerten den Liberalen die Unterstützung. Die Ereignisse spiegelten unter anderem wider, wie tief die Region seit dem Krieg in einer Wirtschaftskrise steckte. Dennoch erschreckten sie die lokalen Honoratioren bis ins Mark. Außerhalb Palermos hatten die Rebellen jedoch kaum Anhänger, so dass sie die auf der Insel stationierte neapolitanische Armee nicht besiegen konnten. Mit dem Eintreffen der Österreicher war der Aufstand zu Ende.

Gleichzeitig schickte Österreich eine Armee nach Norditalien, und auch dort waren die Rebellen rasch besiegt. Mehr als eintausend von ihnen mussten ins Exil gehen, darunter auch Santarosa, der eine Zeit lang unter falschem Namen in Paris lebte, ehe er von der Polizei entdeckt und erneut ausgewiesen wurde. Schließlich landete er in Nottingham, wo er sich mit Französisch- und Italienischunterricht über Wasser hielt. Die Not der Flüchtlinge inspirierte den 15-jährigen genuesischen Studenten Giuseppe Mazzini (1805–1872), der ihnen im April 1821 im Hafen von Genua begegnete, wo sie nach einem Schiff suchten, das sie nach Spanien bringen könnte, und um Almosen »für die Exilanten Italiens« bettelten. »An jenem Tag«, erinnerte sich Mazzini später, »formte sich in meinem Kopf [...] zum ersten Mal der diffuse Gedanke, dass wir Italiener für die Freiheit unseres Vaterlandes kämpfen *könnten* und daher auch *sollten*.« Infolge des österreichischen Sieges wurden 97 Carbonari und andere Rebellen zum Tode verurteilt (wobei bis auf sieben alle flüchtig waren und in Abwesenheit verurteilt wurden). Die Urteile der festgesetzten Rebellen wurden in Gefängnisstrafen umgewandelt. Weniger Milde ließ der wiedereingesetzte König beider Sizilien walten, Ferdinando I. Unter seinem Polizeiminister Antonio Capece Minutolo, Fürst von Canosa (1768–1838), kam es zu Massenverhaftungen und -prozessen. Mehrere Mitglieder der Carbonari wurden öffentlich hingerichtet und viele andere zu langen Haftstrafen verurteilt. Das ging selbst Metternich zu weit, der daraufhin mit Erfolg Druck auf den rachsüchtigen Monarchen ausübte, seinen Minister zu entlassen. Reaktionärer Autoritarismus war nunmehr an der Tagesordnung. Im Kirchenstaat untersagte der neue Papst Leo XII. (1760–1829) Juden, Land zu besitzen, und stärkte die Macht der Jesuiten im Bildungsbereich. Überall in Italien kam es zu Massenentlassungen von Beamten, denen unterstellt wurde, mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht oder mit ihnen sympathisiert zu haben. Was die Masse der Normalbürger betraf, so Carlo Felice, der neue piemontesische König, seien »die Schlechten allesamt gebildet und die Guten allesamt ungebildet«. Trauen konnte man demnach ausschließlich der Armee und der Kirche.

Schwieriger fiel den Kongressmächten die Entscheidung, wie sie mit der Lage in Spanien umgehen sollten. Schließlich entsandte Frankreich, sehr zum Missfallen von Metternich, im Jahr 1823 Truppen, die für die Wiedereinsetzung Fernandos VII. als König sorgen sollten. Die spanischen

Revolutionäre beschworen, wie nicht anders zu erwarten, die Erinnerung an den Widerstand gegen Napoleon und »die Energie und Entschlossenheit, die die Welt 1808 in Erstaunen versetzten«, doch die 100 000 französischen Soldaten achteten sorgsam darauf, Plünderungen zu vermeiden und für Essen und Proviant zu bezahlen. Sie trafen weder seitens des spanischen Volkes noch seitens der Armee auf ernsthafte Gegenwehr. Die spanischen Generäle beeilten sich, sich mit dem Monarchen zu versöhnen. Fernando hatte die letzten Tage seiner Gefangenschaft in Sevilla, als die französische Truppen näher rückten, damit zugebracht, Papierflieger vom Dach seiner Unterkunft zu werfen. Nun entließ er die liberalen Minister und kehrte zur königlichen Despotie zurück. Es kam zur Säuberung der Armee und zur Unterdrückung der Gedankenfreiheit auf allen Ebenen. Grundlage der Armeereform waren Akten zur politischen Gesinnung jedes einzelnen Offiziers. All das war so gar nicht nach dem Geschmack der französischen Besatzungstruppen, die zur Versöhnung drängten. Auch einigen königstreuen Offizieren gingen Fernandos Säuberungen zu weit. So erlaubte es der Generalkapitän von Katalonien liberalen Professoren, verdächtige Bücher aus der Universitätsbibliothek mit nach Hause zu nehmen, ehe er ein königliches »Säuberungskommando« losschickte. Im Großen und Ganzen jedoch war die Repression erfolgreich, und die wenigen weiteren Anläufe zu liberalen Aufständen wurden angesichts mangelnder Unterstützung durch die Bevölkerung ohne Probleme im Keim erstickt.

Vom Vorbild der spanischen Liberalen ließ man sich nicht nur in Italien inspirieren, sondern auch in Portugal. Die komplexen gegenläufigen Strömungen jener Zeit veranschaulicht die kurze Karriere des liberalen portugiesischen Armeeeoffiziers Gomes Freire de Andrade (1757–1817), der in Napoleons *Légion Portugaise* gedient hatte und von diesem zum Gouverneur von Dresden ernannt worden war. Freire war Großmeister der Freimaurerloge in Lissabon und wurde wegen seiner Beteiligung an einer Verschwörung verhaftet, die sich gegen die britische Militärverwaltung unter Viscount Beresford (1768–1854) gerichtet haben soll, einem britischen General, der als Marschall an der Spitze der portugiesischen Armee stand. Am Ende der für die Jahre unmittelbar nach Napoleon typischen, länderübergreifenden Karrieren beider Männer stand ihr Scheitern: Freire wurde 1817 wegen Landesverrats verurteilt und gehängt, und

im August 1820 kam es zu einem vom Aufstand in Spanien inspirierten *Pronunciamento* gegen die Briten, getragen von einem bunt zusammengewürfelten Haufen aus Bürgern der Mittelschicht und Armeeeoffizieren. Beresford, der sich in Brasilien befand, um sich vom König mehr Machtbefugnisse übertragen zu lassen, wurde bei seiner Rückkehr daran gehindert, an Land zu gehen, und zog sich nach Großbritannien zurück, wo er 1821 eine andere, politisch weniger gefährliche Stelle als Gouverneur von Jersey antrat. Nach langwierigen Verhandlungen erließen die portugiesischen Revolutionäre 1822 eine radikale Verfassung. Es wurde ein Parlament gewählt, das die Monarchie zwar wiederherstellte, aber die Kompetenzen des Königs beschnitt, die Bürgerrechte ausweitete, feudale Einschränkungen der Unternehmerfreiheit in Portugal selbst beseitigte und gleichzeitig versuchte, eine merkantilistische Regulierung des Handels mit Brasilien wieder einzuführen. Die Folge war die bereits erwähnte Unabhängigkeitserklärung Brasiliens. Die französische Intervention in Spanien 1823 indes löste einen Militärputsch aus, im Zuge dessen ein junger Brigadegeneral, João Saldanha (1790–1876), mit einer kleinen Armee nach Lissabon marschierte, das Parlament auflöste und eine neue Verfassung verkündete, die dem König, João VI. (1767–1826), mehr Macht einräumte. Damit war jedoch noch lange nichts entschieden, denn der König brachte die Liberalen gegen sich auf, indem er Beresford einen Posten als sein persönlicher Berater anbot, zudem scheiterten Saldanhas Vermittlungsversuche an den Konservativen, die einer Führungsfigur der Freimaurer wie ihm misstrauten. Saldanhas Putsch verhinderte zwar eine französische Invasion, fachte jedoch innerportugiesische Konflikte an, die sich einige Jahre darauf in einem offenen Bürgerkrieg entladen sollten, der scheinbar dynastische Gründe hatte, dessen Wurzeln aber viel tiefer reichten.

In Russland war eine junge Generation von Armeeeoffizieren während der Kriege und der Besetzung Frankreichs 1815 mit revolutionärem Gedankengut in Kontakt gekommen. Wie in anderen Ländern spielte auch in Russland das Freimaurertum eine Rolle, mit seiner Betonung der Humanität und Philanthropie und der Möglichkeit, hinter verschlossenen Türen offen zu diskutieren. Einige europäische Liberale waren der russischen Elite wohlbekannt, und einige russische Armeeeoffiziere hatten Kontakte zu Schweizer Carbonari geknüpft. Im Februar 1816 gründeten

einige junge, aus Adelsfamilien stammende Gardeoffiziere die »Union der Rettung«, in der Ideen wie die Abschaffung der Leibeigenschaft oder die Ersetzung der in Russland üblichen geheimen Gerichtsverfahren durch öffentliche Verhandlungen diskutiert wurden. Im Februar 1817 benannte die Gruppe sich in »Wohlfahrtsunion« um, baute eine umfangreiche Organisation auf, und einige Mitglieder schrieben Entwürfe für eine neue russische Verfassung, die Anleihen bei der Verfassung der Vereinigten Staaten nahm. Einige wenige, insbesondere Pawel Pestel (1793–1826), ein junger Oberst, der 1812 während Napoleons Russlandfeldzug in der Schlacht bei Borodino verwundet worden war, gingen noch weiter und setzten sich für die Abschaffung der Adelstitel und -privilegien ein sowie für die Beseitigung der Armut durch die Verstaatlichung von Land. Pestel schwebte eine zentral verwaltete russische Republik mit einem Einkammerparlament an der Spitze vor. Sein Liberalismus reichte allerdings nicht bis zu den nichtrussischen Teilen des Zarenreichs wie Finnland, die baltischen Staaten, Georgien, den Kaukasus, Weißrussland und die Ukraine. Alle unterworfenen Völker sollten seiner Meinung nach in der russischen Nation aufgehen – mit Ausnahme des zu einem bestimmten Grad unabhängigen Polen. (Tatsächlich war das autonome, konstitutionelle Kongresspolen ein Faktor, der die Gruppe stark beeinflusste, denn wenn Polen eine Verfassung bekommen konnte, warum dann nicht auch Russland?)

Im Jahr 1823 schloss sich der Gruppe ein weiterer radikaler Geheimbund an, die Gesellschaft der vereinigten Slawen, deren 25 Mitglieder ebenfalls überwiegend Adlige und Armeeoffiziere aus der Oberschicht waren. Gemeinsam schmiedeten sie Pläne, als Auftakt zu einer Revolution den Zaren festzunehmen oder sogar zu ermorden. Doch am 19. November 1825 starb Alexander I. ohne eheliche Nachkommen. Zur Bestürzung der Revolutionäre wurde er nicht von seinem Bruder Großfürst Konstantin Pawlowitsch (1779–1831) beerbt, der in der Thronfolge an erster Stelle stand und der – ob zu Recht oder Unrecht, ist ungewiss – einen liberalen Ruf genoss. Konstantin hatte eine polnische Gräfin geheiratet und beschloss, in Polen zu bleiben und auf den Thron zu verzichten. Die Krone ging daher an den jüngsten der drei Brüder, Nikolai, der zudem einen Sohn hatte und somit auf den Fortbestand der Romanow-Dynastie hoffen ließ. Dass Nikolai I. (1796–1855) der wohlverdiente Ruf eines

Reaktionärs vorausseilte, bestärkte die Verschwörer in ihrer Entschlossenheit zu handeln. Als Nikolai Wind von der Verschwörung bekam, erklärte er sich daher am 14. Dezember 1825 eilig zum Zaren und vereitelte die Pläne der Revolutionäre, seiner Thronbesteigung mit einem Putsch zuvorzukommen. Diese zogen auf dem Petersburger Senatsplatz eine Truppe von 3000 Mann zusammen und erschossen einen vom Zaren geschickten Vermittler. Als Nikolai daraufhin seinen eigenen Soldaten, etwa 9000 an der Zahl, den Schießbefehl erteilte, suchte die Revolutionstruppe das Weite. Ein zweiter, kleinerer Aufstand weiter südlich wurde am 3. Januar 1826 auseinandergetrieben. Die sogenannte »Revolte« war vorbei. Nikolai setzte eine Untersuchungskommission ein, die 600 Verdächtige verhörte und 121 vor Gericht stellte. Fünf, darunter Pestel, wurden zum Tode verurteilt, 31 zu Exil und Zwangsarbeit in Sibirien, weitere 85 zu kürzeren Gefängnisstrafen.

In die Geschichte gingen die Rebellen als Dekabristen (»Dezembristen«) ein. Wie vergleichbare Gruppierungen in anderen europäischen Ländern in den 1820er Jahren bestanden sie aus jungen Armeeeoffizieren aus der Oberschicht. Sie strebten einen Militärputsch an, waren aber zugleich Intellektuelle und als solche von ihren Erfahrungen in den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen beeinflusst und von demokratischem und egalitärem Gedankengut inspiriert. Und genau wie in anderen Ländern waren von der Freimaurerei abgeleitete oder inspirierte Geheimbünde das bevorzugte Forum, um über eine Revolte zu diskutieren und diese vorzubereiten. In europäischen Kanzleien sorgten sie für einige Beunruhigung. Metternich nannte sie eine »wirkliche Macht, um so gefährlicher, als sie im Dunkeln wirkt, alle Teile des sozialen Körpers untergräbt und überall die Keime eines moralischen Wundbrandes verbreitet, der sich rasch entwickeln und vermehren kann«. Nur eine enge Zusammenarbeit der europäischen Großmächte, warnte Metternich im Dezember 1820 Alexander I., könne diese Bedrohung abwenden. Konservative Kommentatoren machten die Revolution von 1789 für Geheimgesellschaften wie die Carbonari verantwortlich. »Unter kranken Völkern«, schrieb einer von ihnen im Jahr 1815, »trifft man auf Verschwörungen«. Die habsburgische Führung verlangte allen Beamten einen Eid ab, dass sie keinem Geheimbund angehörten. Überall grassierte Paranoia. Aus Angst, dass es sich um ein geheimes Erkennungszeichen der Freimaurer handeln könnte,

forderte der österreichische Kaiser Franz I. 1814 sogar einen Bericht über Krawattennadeln an, die ihm bei einem Besuch in Florenz aufgefallen waren. Seine Agenten fahndeten nach Informationen aus ganz Europa und zeichneten ein besorgniserregendes Bild eines gigantischen internationalen Netzwerks von Umstürzern. Die Tatsache, dass diese zum Teil Bezeichnungen verwendeten – Freimaurer, Carbonari –, die an Landesgrenzen nicht haltmachten, schien den Verdacht zu bestätigen. Noch Mitte des Jahrhunderts äußerte der englische Politiker und Romancier Benjamin Disraeli (1804–1881) die Ansicht, die Geheimbünde würden »Europa überziehen wie ein Netz«: »Wenn sie im Gleichklang mit einer großen Volksbewegung agieren«, warnte er in der für ihn typischen melodramatischen Manier, »können sie die Gesellschaft zerstören, genau wie sie es Ende des letzten Jahrhunderts getan haben.«

Derlei Befürchtungen waren völlig übertrieben. Von revolutionären Verschwörungen hatten die Staaten des 19. Jahrhunderts wesentlich weniger zu befürchten als von ihrer Furcht selbst. Was sich in dieser Besorgnis widerspiegelte, waren unter anderem Metternichs Suche nach einer Rechtfertigung für die international koordinierte Repression und Disraelis unheilbar romantische Ader. Ja, es gab Kontakte zwischen einzelnen Mitgliedern von Geheimgesellschaften in unterschiedlichen Ländern, aber von einer einheitlichen, koordinierten Organisation konnte überhaupt keine Rede sein. Die Woge von militärischen revolutionären Verschwörungen war 1823 fast überall in Europa verebbt; die Revolte der Dekabristen von 1825 war eine Art Nachplätschern. Und doch waren die Geheimbünde in mancher Hinsicht ein erster, zögerlicher Ansatz einer internationalen revolutionären Bewegung – von ähnlichen Ideen inspiriert, ähnlichen Methoden verpflichtet, abgeleitet von der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft: das noch schwache Gegenstück zum von Metternich und der Heiligen Allianz propagierten internationalen Konservatismus. Als Folge der Umwälzungen der vorangegangenen Jahrzehnte hatte sich die Politik 1815 internationalisiert. Nahezu jedes Land Europas hatte eine Invasion und Besetzung durch ausländische Truppen erlebt und hatte umgekehrt Invasions- und Besatzungstruppen in andere Länder ausgesandt. Diese Entwicklung sollte mit dem Fortschreiten des Jahrhunderts immer wieder und in zunehmend deutlicher und klarer Form zutage treten.

Aber es gab natürlich auch nationale Eigentümlichkeiten. In Großbritannien waren es nicht rangniedrige Offiziere, die sich gegen die Regierung verschworen, sondern eine Gruppe von Jakobinern, die sich als »Spencean Philanthropists« bezeichneten, nach Thomas Spence (1750–1814), einem Gegner der Einfriedung der Allmende, der sich für das allgemeine Wahlrecht und die Enteignung des grundbesitzenden Adels aussprach. Angeführt wurde die Gruppe von Arthur Thistlewood (1774–1820), der bereits an den »Spa Fields Riots« von 1816 beteiligt war; damals wollten sich die Spence-Erben eine Massenveranstaltung zunutze machen, um den Tower of London zu stürmen. 1820 versuchten sie, den Tod von George III. (1738–1820) als Anlass für einen Aufstand zu nutzen, ganz ähnlich wie einige Jahre darauf die Dekabristen den Tod des Zaren. Der Plan lautete, in ein Abendessen des Kabinetts hineinzuplatzen und alle Anwesenden umzubringen. Einer der Verschwörer prahlte, er werde sie alle enthaupten und zwei der Köpfe auf der Westminster Bridge zur Schau stellen. Das würde, so die Erwartung der Verschwörer, einen allgemeinen Aufstand gegen die Regierung auslösen, woraufhin sie einen Wohlfahrtsausschuss nach dem Vorbild der Französischen Revolutionäre Anfang der 1790er Jahre einsetzen würden. Ausgedacht hatte sich dieses Massenattentat allerdings George Edwards (1788–1843), der als Polizeispion und Agent provocateur in der Gruppierung fungierte. Er verriet die Pläne an das Innenministerium, das daraufhin eine Razzia des Hauptquartiers der Verschwörer in der Cato Street durchführte. Hier entspann sich ein Kampf, bei dem Thistlewood mit dem Schwert einen Polizeibeamten tötete. Einige Verschwörer entkamen, doch die meisten wurden verhaftet und zehn des Hochverrats angeklagt. Fünf landeten für den Rest ihres Lebens in einer Strafkolonie, die anderen fünf, darunter auch Thistlewood, wurden am 1. Mai 1820 öffentlich gehängt und anschließend abgenommen und enthauptet (was laute Buhrufe seitens der großen Menge an Schaulustigen hervorrief).

Die Teilnehmer an der Cato-Street-Verschwörung mochten insofern aus der Reihe fallen, als sie keine Soldaten, sondern Zivilisten waren. In anderer Hinsicht waren sie für eine revolutionäre Gruppierung der frühen 1820er Jahre jedoch typisch. Trotz ihrer egalitären Ideale waren sie alle, die russischen Dekabristen mehr noch als vergleichbare Gruppen in Großbritannien, Spanien oder Italien, vom Rest der Gesellschaft

weitgehend abgeschnitten: Von adliger Herkunft, aber von demokratischem Geist versuchten sie, ihre Politik auf eine breitere Basis zu stellen, schafften es aber nicht, sich die dafür nötige Unterstützung zu sichern. Da es in Russland an einer echten Zivilgesellschaft mangelte, waren die Dekabristen dazu verurteilt, zum traditionellen Mittel des Militärputsches zu greifen, um ihre Ideen dem Praxistest zu unterwerfen. Auch anderswo in Europa war der Militärputsch der bevorzugte Weg, Restaurationsregime von der Macht zu verdrängen. Dort, wo sich hingegen im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert eine öffentliche Sphäre herausgebildet hatte, beteiligten sich Zivilisten aus der Bildungsschicht – Anwälte, Ärzte, Lehrer, Kaufleute – stärker an revolutionären Aktivitäten als in Russland. Wo, wie in Sizilien, Massenunruhen drohten, schreckten sie vor einem radikalen Vorgehen sofort zurück. Das Beispiel der Jakobiner, deren Bündnis mit den Sansculotten während der Französischen Revolution von 1789 bis 1794 das Land am Ende in die Schreckensherrschaft stürzte, genügte, um gebildete liberale Gruppen nach 1815 davon abzuschrecken, die Unterstützung durch das gemeine Volk zu suchen – es sei denn, es blieb ihnen keine andere Wahl. An der größten Welle von Ausschreitungen der Restaurationszeit, den Hep-Hep-Unruhen von 1819, hatten neben Handwerkern und anderen Angehörigen der Unterschicht zwar auch Mitglieder der Bildungsschicht teilgenommen, doch viele Liberale waren vom antisemitischen Charakter dieser Krawalle abgestoßen, und Metternich, der die öffentliche Ordnung ernsthaft in Gefahr sah, war angesichts der Übergriffe auf Privateigentum alarmiert: Wo immer sich, schrieb er 1819, »Ausbrüche der rohen Masse [...] einmal in einem Staat gezeigt haben, ist sonst keine Sicherheit vorhanden, daß dieselben nicht zu jedem Augenblick und über jeden anderen Gegenstand wieder erstehen könnten«. Eine Sichtweise, die von den meisten liberalen Angehörigen der Mittelschicht geteilt wurde. Deren Angst vor Massenunruhen sollte später in diesem Jahrhundert erneut zutage treten – mit schwerwiegenden Folgen für die Revolutionäre.

Der Gendarm Europas

Von allen Regimen, die im Zuge der Restauration nach 1815 eingesetzt oder wiedereingesetzt wurden, war das von Zar Nikolai I. zweifellos das konservativste. Nikolai, ein Berufssoldat, dem man eiserne Disziplin nachsagte, war mit einer preußischen Prinzessin verheiratet und bewunderte die Institutionen ihres Vaterlandes. Er sprach mehrere Sprachen und hatte England, Frankreich und Schottland bereist, betrachtete das politische und das Rechtssystem dieser Länder jedoch als ungeeignetes Vorbild für Russland. Liberale Intellektuelle sahen in ihm eine finstere Gestalt, und unbestreitbar hatte die Revolte der Dekabristen, mit der seine Herrschaft begann, seine Einstellung zu Reformen für den Rest seines Lebens geprägt. Mehr noch als sein Vorgänger Alexander I. war er fest entschlossen, jegliche revolutionäre Verschwörung im Keim zu ersticken. Nikolais großer Held war Peter der Große (1672–1725), dessen Büste auf seinem Pult stand. Zu einem Beamten sagte er: »Das ist das Vorbild, dem ich während meiner gesamten Regentschaft nachzueifern gedenke.«

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung baute der neue Zar die Verwaltung um und zentralisierte die Macht in einer eigenen Kanzlei seiner Kaiserlichen Majestät. Deren Erste Abteilung war sein persönliches Sekretariat, der Zweiten, die von Speranski geleitet wurde, oblag die Kodifizierung von Gesetzen, und die Vierte befasste sich mit Fragen der Bildung. Graf Sergei Semjonowitsch Uwarow (1786–1855), unter Nikolai 16 Jahre lang Bildungsminister, erwartete von den Universitäten, »auf dem nebulösen Gebiet der Politik und Philosophie den exzessiven Drang hin zum Abstrakten« zu zügeln und die Studenten so auszubilden, dass sie »sogenannten europäischen Ideen« widerstehen könnten. Das Ziel von Bildung, so Uwarow, sei es, »eine tiefe Überzeugung von und einen aufrichtigen Glauben an die wahrhaft Russland erhaltenden Prinzipien Autokratie, Orthodoxie und Nationalität« entstehen zu lassen. Diese stellten »den Rettungsanker unseres Heils und das sicherste Unterpfand der Stärke und Größe unseres Landes« dar. Gleichzeitig wurden unter Uwarows Ägide die Universitäten ausgebaut und in geringerem Maße auch das Schulsystem. Er reformierte die Universitätsverwaltung und ermunterte zum Studium der Wissenschaften wie auch der antiken Klassiker. Uwarow mag ein Reaktionär gewesen sein –

ein Gegner der Aufklärung war er nicht. Seine Universitätspolitik legte das Fundament dafür, dass in den 1840er und 1850er Jahren jene typisch russische Gesellschaftsschicht entstand, die Intelligenzija.

Die für die Staatssicherheit zuständige Dritte Abteilung der Kaiserlichen Kanzlei wurde vom ehemaligen Kavalleriegeneral Graf Alexander von Benckendorff (1781–1844) geleitet, einem baltisch-deutschen Adligen. Er war der Bruder von Dorothea von Lieven (1785–1857), die einst Berühmtheit wegen ihrer in der Öffentlichkeit breitgetretenen Affäre mit Metternich erlangt hatte. (Als Frau des russischen Botschafters führte Fürstin Lieven in London 22 Jahre lang einen berühmten Salon.) Benckendorff war zugleich Chef der Gendarmerie, so dass die Dritte Abteilung praktisch auch für die Polizei zuständig war. Sie hatte die Befugnis, »Berichte über ausnahmslos alle Vorgänge« einzuholen, politisch Verdächtige – in den 1840er Jahren durchschnittlich zweitausend pro Jahr – zu überwachen und nach Sibirien zu verbannen und sämtliche Ausländer im Land zu beobachten. Häufig fingierten Beamte der Dritten Abteilung Beweise oder wurden aufgrund von ungeprüften, falschen Denunziationen tätig. Sie beschäftigten ein ganzes Heer von Informanten. Einer von ihnen berichtete, viele würden sich über das aufdringliche Vorgehen der Abteilung beschweren. »Wissen Sie nicht«, soll ein Bürokrat drohend einen Informanten gefragt haben, »was General Benckendorff mit Leuten anstellt und welcher Methoden er sich bedient, um Familiengeheimnisse ans Licht zu bringen?«

Die Dritte Abteilung hatte die Aufgabe, Korruptionsfälle in der Bürokratie aufzudecken. Ein Beamter beschrieb sie missbilligend als eine »schwarze Wolke«, die »über Russland aufgestiegen« sei und »viele Jahre lang den Horizont verdunkelte«. Die Dritte Abteilung ihrerseits berichtete 1827, unter Beamten treffe man selten »ehrliche Menschen« an: »Selbstbereicherung, Betrug, die perverse Auslegung von Gesetzen – das ist ihr Metier«. Benckendorffs rechte Hand und späterer Nachfolger, Leonid Wassiliewitsch Dubbelt (1792–1862), ebenfalls ein Veteran aus den Napoleonischen Kriegen, ließ jeden in Angst erstarren, der mit ihm zu tun hatte, nicht zuletzt aufgrund der ausgesuchten Höflichkeit, mit der er seine Opfer behandelte. Als der Schriftsteller und Kritiker Alexander Iwanowitsch Herzen (1812–1870) sich bei ihm beschwerte, was für ein Chaos die Gendarmen hinterlassen hätten, als sie sein Haus durchsuchten,

rief Dubbelt aus: »Du meine Güte, wie unangenehm! Wie ungeschickt sie doch sind!« Dies hinderte ihn indes nicht daran, Herzen mitzuteilen, dass er wegen seiner Kritik an der Regierung nach Wjatka verbannt werde, einer Kleinstadt im Nordosten Russlands. So unbarmherzig die Dritte Abteilung gegen politische Dissidenten vorging, so erfolglos war ihr Kampf gegen Ineffizienz und Korruption – nicht zuletzt, weil diese bis zur obersten Regierungsebene hinaufreichten. Graf Pjotr Alexandrowitsch Tolstoi (1761–1844), Leiter des Kriegsministeriums im Staatsrat, verband dem Vorsitzenden des Staatsrats zufolge »eine unbeschreibliche Indifferenz gegenüber allen dienstlichen Angelegenheiten mit beispielhafter, legendärer Faulheit«. Der Generalgouverneur von Sankt Petersburg, Pjotr Kirillowitsch Essen (1772–1844), vernachlässigte seine Amtspflicht so sehr, dass er erst bemerkte, dass sein Kanzleivorsteher Bestechungsgelder annahm und staatliche Gelder veruntreute, als der Skandal 1843 öffentlich wurde. Die Dritte Abteilung zeichnete außerdem für Theaterzensur verantwortlich. Als Nikolai Wassiliewitsch Gogol (1809–1852) sein satirisches Stück *Der Revisor* vorlegte, in dem der Stadthauptmann einer Provinzstadt einen zufälligen Besucher irrtümlich für einen Regierungsinspekteur hält und seine Korruptheit zu vertuschen versucht, indem er dem Besucher riesige »Darlehen« anbietet, überstimmte der Zar die Zensoren und ließ das Stück als Warnung an die gesamte Bürokratie aufführen. Die Zensur wurde mit Billigung der Heiligen Synode der Orthodoxen Kirche in einem 1826 erlassenen und 1828 überarbeiteten Gesetz festgeschrieben. Die Auswirkungen dieses Gesetzes wurden zwar dadurch abgemildert, dass so mancher Beamte insgeheim liberal gesinnt war, doch der Zar oder irgendein anderer hochrangiger Beamter konnte jederzeit einschreiten und die Schließung einer Zeitschrift oder die Verhaftung eines Autors anordnen. Despotismus wird stets von Willkür begleitet, und Russland war keine Ausnahme. Trotz aller Ineffizienz gelang es dem Regime Nikolais I., Dissens zu unterdrücken, gab es für diesen doch kein institutionelles Forum wie ein gewähltes Parlament – es gab nur Romane, Theaterstücke und Gedichte, und deren Autoren waren leicht mundtot zu machen. Nikolai I., bemerkte Queen Victoria (1819–1901), sei »selbst in seinen despotischsten Taten aufrichtig, und zwar aus der Überzeugung heraus, dass das die einzige Art zu regieren ist«. Erst nach seinem Tod 1855 sollte der Frost der russischen Politik allmählich auftauen.

Die Macht Russlands zu mehren, so wie es Peter der Große getan hatte, war eines der wichtigsten Ziele Nikolais I. Er verfolgte es nicht zuletzt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Genau wie einst Peter war er fest entschlossen, Russlands militärische Schlagkraft einzusetzen, um Revolutionen in anderen Teilen Europas zu unterdrücken. Er hielt die Ideale der Heiligen Allianz hoch und am Kongresssystem fest. Aufgrund seines Eifers, Revolutionen zu verhindern, nannte man Nikolai bald den »Gendarm Europas«. Gerecht wurde er diesem Spitznamen nicht zuletzt durch seinen Umgang mit den Ereignissen in Polen. In der Hoffnung, die polnische Öffentlichkeit zu besänftigen, hatte sein Vorgänger Alexander I. unter dem Einfluss seiner Freundschaft zum polnischen Magnaten Adam Czartoryski (1770–1861) viele der von Napoleon bei der Schaffung des Herzogtums Warschau eingeführten Reformen in Kraft gelassen. (Etwa 85 000 Polen hatten 1812 in Napoleons Grande Armée gedient, und die Schaffung des Herzogtums Warschau hatte bei vielen polnischen Adligen Begeisterung ausgelöst, sahen sie darin doch die Chance, die erst 1795 verloren gegangene Souveränität ihres Landes wiederherzustellen.) »Kongresspolen« hatte eine eigene Verfassung, ein Parlament, eine eigenständige Verwaltung, eigene Steuern und sogar eine eigene Armee. Ein russischer Beamter, offensichtlich besorgt, dass das Gift der Demokratie das russischen Staatswesen infizieren könnte, bezeichnete Polen missbilligend als »Schlange, die uns ihr Gift entgegenspritzt«.

Nach dem Tod Alexanders 1825 übte Nikolai I. immer mehr Druck auf den russischen Vizekönig in Polen aus, seinen Bruder Herzog Konstantin, die aus seiner Sicht übertriebenen Freiheiten zu beschneiden. In seiner Entschlossenheit bestärkt wurde er durch die Entdeckung, dass die Dekabristen mit einem der vielen Geheimbünde in Kontakt standen, die Anfang der 1820er Jahre gegründet worden waren und enge Beziehungen zu den Freimaurern pflegten, die 1815 in Kongresspolen bereits 32 Logen unterhielten. Einige frühe Gruppierungen, die Namen wie »Nationale Patriotische Gesellschaft« oder »Bund freier Polen« trugen, obwohl sie fast ausschließlich von rangniedrigen Offizieren der polnischen Armee und von Studenten getragen waren, wurden von der zaristischen Polizei aufgelöst. Jenseits der polnischen Grenze, an der Universität in Vilnius, das einst zum alten Königreich Polen-Litauen gehört hatte und jetzt Teil Russlands war, deckte die Polizei 1823 eine nationalistische Verschwörung

auf. Der Anführer Adam Mickiewicz (1798–1855) wurde ins zentral-russische Exil geschickt. Fünf Jahre darauf führten Nachforschungen im Auftrag des Zaren dazu, dass führende Köpfe der Patriotischen Gesellschaft des Hochverrats angeklagt wurden. Als sie (mit Ausnahme von Oberstleutnant Seweryn Krzyzanowski (1787–1839), der Verbindungen zu den Dekabristen gehabt hatte) freigesprochen wurden, ließ Konstantin die Richter verhaften, und Nikolai I. ordnete an, die Verschwörer seien in Ketten nach Sibirien zu schicken. Und als wäre all das nicht genug, mussten sämtliche Offiziere der polnischen Armee ihren Treueschwur auf den Zaren erneuern.

Im Jahr 1830 dann, fünf Jahre nach der Revolte der Dekabristen, kam eine kleine Gruppe liberaler Armeeeoffiziere mit der Absicht, die Macht zu übernehmen, in der Offiziersschule in Warschau zusammen. Den Anstoß hatte der Befehl Nikolais I. gegeben, die russischen Truppen zu mobilisieren, um den Sturz der französischen Monarchie aufzuhalten. Als die Verschwörer immer mehr Zulauf erhielten, drangen einige von ihnen in der Nacht vom 28. auf den 29. November 1830 in den Palast des Vizekönigs ein, wo sie vor der Tür zu den Räumen des Herzogs einen Mann in Paradeuniform antrafen. Sie erstachen ihn, rannten hinaus auf die Straße und riefen: »Der Herzog ist tot!« Sie irrten sich: Sie hatten den Gouverneur von Warschau getötet – der Herzog hatte sich im Schlafgemach seiner Frau versteckt. Als höherrangige Offiziere versuchten, die Ordnung wiederherzustellen, und die Aufrührer als »Ignoranten und Mörder« bezeichneten, wurden sie erschossen. Die Verschwörer brachten die Stadt und ihre Munitionsdepots unter ihre Kontrolle. Anstatt die Verschwörung mit Hilfe seiner Truppen niederzuschlagen, floh der Herzog in Panik aus der Stadt und nahm dabei die Gefangenen mit, die laut Anweisung des Zaren nach dem Fiasko des Schauprozesses von 1828 nach Sibirien geschickt werden sollten. »Polen haben diese Unruhen ausgelöst«, erklärte er, »und sie müssen von Polen beendet werden«. Der Versuch von Seiten der Gemäßigten, mit dem Zaren zu verhandeln, wurde mit der zu erwartenden, pauschalen Verweigerung jeglicher Zugeständnisse quittiert, und damit lag die Rebellion in den Händen der radikalsten Fraktion im Parlament. Nachdem sie am 24. Januar 1831 der Dekabristen gedacht hatten, überredeten sie die Abgeordneten am nächsten Tag, den Zaren abzusetzen und Polen für unabhängig zu erklären.

Aus Angst um ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Position lehnten die überwiegend adligen Radikalen den Vorschlag ab, mit Hilfe einer Bodenreform die Bauern aufzurütteln und für ihre Sache zu gewinnen. In der Zwischenzeit hatte der Zar bereits eine 120 000 Mann starke Armee mobilisiert, um den Aufstand niederschlagen. Allerdings hatten diese nicht nur mit den professionellen, gut organisierten polnischen Truppen zu kämpfen, sondern auch mit einer schweren Choleraepidemie, die sie aus dem Osten eingeschleppt hatten. In den nun folgenden schweren Kämpfen konnten die Polen eine Reihe von bedeutenden Siegen erringen, waren aber außerstande, Kapital daraus zu schlagen. Trotz ihres erfinderischen Einsatzes von Raketen wurden die Polen am 26. Mai 1831 bei Ostrołęka entscheidend geschlagen, Streitigkeiten in der polnischen Führung beschleunigten das Zusammenbrechen der Revolte. Der polnische Oberbefehlshaber, General Jan Skrzynecki (1787–1860), wurde wegen seiner Hinhaltetaktik scharf kritisiert. Als das Parlament sich weigerte, ihn zum Diktator zu ernennen, ließ er seine Kritiker und mehrere rivalisierende Offiziere verhaften und vor Gericht stellen. Am 15. August wurde er vom Parlament abgesetzt, woraufhin es in Warschau zu chaotischen Szenen kam: Eine Menschenmenge stürmte die Gefängnisse und massakrierte 34 Häftlinge, darunter vier Generäle. Die polnische Armee reagierte, indem sie die Straßen unter ihre Kontrolle brachte, die vermeintlichen Rädelsführer erschoss und die von den Rebellen errichteten Straßenbarrikaden einriss. Während die Polen sich selbst zerfleischten, traf vor den Toren Warschaus die russische Armee ein. Die Verteidiger hatten Erdwälle aufgeschüttet und 40 000 Soldaten zusammengezogen – vergeblich. In zwei Tagen heftiger Gefechte überwand die zahlenmäßig weit überlegene russische Streitmacht die Verteidigungswälle und drang am Friedhof von Wola in die Stadt vor. Dort wurde später, auf seinem Holzbein gegen eine Lafette gelehnt und von Bajonettstichen übersät, der Leichnam des polnischen Oberbefehlshabers General Józef Sowiński (1777–1831) gefunden, eines Veteranen aus den Napoleonischen Kriegen. Die Revolte war vorbei; die letzten Reste der Rebellionstruppen ergaben sich am 21. Oktober.

Nun nahm der Zar Rache. Sämtliche am Aufstand beteiligten polnischen Offiziere wurden unehrenhaft entlassen und nach Zentralrussland verschleppt, während das Fußvolk zum Dienst im Kaukasus verdonnert

wurde. Ungefähr 100 000 Mann wurden auf diese Weise bestraft. Ins Exil geschickt wurden außerdem weitere 80 000 polnische Bürger, die die Revolte unterstützt hatten. Etwa 250 Männer wurden zum Tode verurteilt. Mehr als 5000 Landgüter in Polen und Litauen wurden beschlagnahmt. »Lassen Sie Warschau«, befahl Zar Nikolai, »nach Flaggen und Standarten unserer ehemaligen polnischen Armee durchsuchen und schicken sie diese ausnahmslos zu mir [...]. Entfernen und bringen Sie mir alles von historischer oder nationaler Bedeutung.« Nikolai setzte die polnische Verfassung außer Kraft, schaffte das Parlament und die Armee ab, besetzte die Verwaltung mit russischen Beamten und herrschte fortan per Militärdekret. Die Universitäten wurden geschlossen, die Bibliotheken beschlagnahmt. Ab 1839 war es Polen verboten, im Ausland zu studieren, die Veröffentlichung von geschichtlichen und sozialkundlichen Büchern wurde eingestellt, die Verbreitung der Werke polnischer Dichter verhindert. Der Zar war über den Aufstand so verärgert, dass er einmal sogar mit dem Gedanken spielte, sich der Polen ein für alle Mal zu entledigen und das ganze Land an Österreich und Preußen abzutreten. Zwar konnten seine Minister ihn wieder beruhigen, doch das Erbe dieses Konflikts war eine neue Verbitterung in den Beziehungen zwischen Polen und Russland, die auf beiden Seiten gleich heftig ausfiel. Am Ende begnügte sich Nikolai damit, die Verwaltungsstrukturen des Königreichs zu zerschlagen. Er ersetzte den polnischen Złoty durch den russischen Rubel und führte 1849 russische Maße und Gewichte ein (was enorme Verwirrung stiftete). Die inhaftierten Rebellen wurden nicht begnadigt – viele befanden sich auch ein Vierteljahrhundert später noch im Gefängnis oder im russischen Exil. Trotz der massiven Repressionen blieb der polnische Nationalismus lebendig und sollte im Lauf des Jahrhunderts noch mehrmals den Weg an die Oberfläche finden.

Die Niederlage der Polen ging auf das Konto der Isolation der Rebellen von der breiten Bevölkerung. Eine kleine Gruppe Armeeoffiziere, unterstützt von Studenten und Intellektuellen, hatte versucht, die Macht zu übernehmen. Im Gegensatz zu den Dekabristen war es ihnen auch gelungen, Rückhalt bei zahlreichen einfachen Soldaten und bei einem Teil der Handwerker zu finden. Letztere wurden den Rebellen aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Situation in die Arme getrieben, die ihnen in erheblichem Maße auf russische Abgabeforderungen

zurückzugehen schien. Das entscheidende Versäumnis der Rebellen war die fehlende Mobilisierung der Bauernschaft, sprich der großen Masse der Bevölkerung. Einigen war das durchaus bewusst. Doch der Versuch, im Parlament eine Bodenreform durchzusetzen, verlief angesichts der Gleichgültigkeit der grundbesitzenden Mehrheit im Sand. Die Bauern blieben ruhig und der Aufstand damit ein rein städtisches Phänomen. Was den Zaren betraf, war das Ganze eine innere Angelegenheit gewesen. Die polnischen Verschwörer hatten zwar versucht, Österreich zu einer Intervention zu bewegen, aber die europäischen Mächte hielten sich heraus. Und doch blieb die Revolte in Europa nicht ohne Folgen, wenn auch auf einer anderen Ebene. Die Liberalen waren überall empört. In Großbritannien läuteten die Ereignisse von 1830/31 eine lange Phase der Russophobie ein. Das Unterhaus verabschiedete geschlossen ein Missbilligungsvotum gegen den Zaren. In Deutschland waren eine Zeit lang Lieder beliebt, in denen die Unterwerfung Polens verurteilt wurde. Der russische Dichter Alexander Sergejewitsch Puschkin (1799–1837) antwortete mit einer Schmähschrift gegen die »Verleumder Russlands«, in der er den Kritikern im Ausland vorwarf, sie seien ja nur neidisch, weil sie weniger zum Sturz Napoleons beigetragen hätten als Russland. Es handle sich, so Puschkin, um eine Auseinandersetzung zwischen Slawen. Im übrigen Europa, in das während und nach dem Aufstand bis zu 7000 Polen flohen, sah man das anders. Einer der Flüchtlinge war der Komponist Frédéric Chopin (1810–1849), der Warschau kurz vor Beginn der Rebellion verlassen hatte und niemals zurückkehren sollte. Nach dem Fall von Warschau schrieb er aus Stuttgart hilflos seinem Vater: »Der Feind muss mittlerweile unser Haus erreicht haben. Die Vororte müssen gestürmt und niedergebrannt sein [...]. Ach, warum konnte ich nicht einen einzigen Moskauer umbringen!«

Mit der Niederschlagung des polnischen Aufstands verstieß Zar Nikolai I. unverhohlen gegen die Wiener Friedensordnung, die Kongresspolen einen hohen Grad an Autonomie zugestanden hatte. Anders betrachtet jedoch verteidigte er eben diese Friedensordnung, implizierte doch deren zentrale Stoßrichtung – nämlich die Gefahr von Revolutionen zu bannen –, dass jeder im Geiste von Wien handelte, der die Ordnung aufrechtzuerhalten suchte. In Polen hatte Russland auf eigene Faust gehandelt, aber normalerweise zog der Zar es entschieden vor, im

Krisenfall mit anderen europäischen Staaten an einem Strang zu ziehen, insbesondere dann, wenn die Probleme nicht gerade vor seiner Haustür auftauchten. Und doch konnte das russische Streben nach einer gemeinsamen Sicherung der europäischen Ordnung nach 1815 bisweilen mit den Interessen selbst der konservativsten Staaten anderswo in Europa kollidieren. Dies zeigte sich mehr als deutlich bei der größten Herausforderung, mit denen sich das Europäische Konzert in den 1820er Jahren konfrontiert sah: der Frage der griechischen Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich.

Die Unabhängigkeit Griechenlands

Wie so viele andere europäische Herrscher jener Zeit hatte auch der osmanische Sultan Mahmud II. (1785–1839) mit Bewunderung verfolgt, wie effektiv Napoleon in Frankreich herrschte. Am Beginn des 19. Jahrhundert kontrollierte das Osmanische Reich noch immer weite Teile Südosteuropas, von den Fürstentümern Moldau und Walachei bis nach Bosnien, Serbien und Montenegro sowie über Bulgarien und Albanien bis hinunter nach Griechenland und zu den Ägäischen Inseln. Da das Osmanische Reich außerdem Anatolien, den Irak, Syrien, Palästina, die Arabische Halbinsel, Ägypten und die Nordküste Afrikas bis hinüber nach Tunis umfasste, war es in der europäischen Politik nach wie vor eine ernstzunehmende Größe. Es war nur wenig mehr als einhundert Jahre her, dass osmanische Truppen Wien belagert hatten (1683). Doch durch die Umorientierung des europäischen Handels weg vom Nahen Osten und hin zum Atlantik sowie die Beschleunigung des westeuropäischen Wirtschaftswachstums Ende des 18. Jahrhunderts wurde die osmanische Wirtschaft zusehends abgehängt. Westliche Land- und Seestreitkräfte begannen, die osmanischen aufgrund organisatorischer und technologischer Fortschritte zu überflügeln. Während die für Regierungen und Verwaltungen im 18. Jahrhundert typische Korruption in den meisten europäischen Staaten eingedämmt worden war, bestand sie bei den Osmanen ungebrochen fort. In der osmanischen Hauptstadt Konstantinopel (Istanbul) wurde es für die Sultane zunehmend schwieriger,

ihre Autorität zu behaupten. In vielen Teilen des Reiches erlangten Lokal- oder Regionalfürsten immer mehr Autonomie.

Einer von ihnen war Tepedelenli Ali Pascha (1740–1822), ein ehemaliger muslimischer Brigant, der ein großes Gebiet beherrschte, das von der Peloponnes und dem griechischen Festland über Mazedonien bis nach Albanien reichte (von wo er ursprünglich stammte). Seit er 1788 zum »Pascha« (osmanischen Verwalter) ernannt worden war, erhob er selbständig Steuern und regierte unter Zuhilfenahme von Gewalt und Erpressung. 1819 war der für seine Gier und Genusssucht berühmte Pascha so dick, dass er nicht mehr nach alter Sitte im Schneidersitz auf dem Boden sitzen konnte. Mittlerweile genoss er allerdings mehr Eigenständigkeit, als ihm Mahmud zuzugestehen bereit war. Im Jahr 1820 wurde seine Residenz in Ioannina von etwa 20 000 osmanischen Soldaten belagert, und er leistete so hartnäckig Widerstand, dass Verstärkung bei anderen Garnisonen auf der Peloponnes angefordert werden musste. Auf der Suche nach Verbündeten nahm der Pascha Kontakt zum geheimen, 1814 von griechischen Kaufleuten gegründeten »Freundschaftsbund« auf, der die »Befreiung des Mutterlandes« zum Ziel hatte. Dessen Anführer Alexander Ypsilantis (1792–1828), ein Offizier in der russischen Armee, fiel mit einem vom Freundschaftsbund aufgestellten Freiwilligenbataillon in den Donauprincipalitäten Moldau und Walachei ein. Das Ziel dabei lautete, einen Krieg zwischen Russland und der Türkei zu provozieren, in dessen Folge das Osmanische Reich zerfallen würde und somit alle Griechen frei wären.

Der Zar jedoch distanzierte sich von Ypsilantis Aktion und weigerte sich, diesen gefährlichen Angriff auf die staatliche Autorität zu unterstützen. Stattdessen entsandte er mit der Begründung, die Heilige Allianz sanktioniere derartige Interventionen, Truppen nach Moldau. Ypsilantis konnte Tudor Vladimirescu (1780–1821), den Verwalter eines rumänischen Bojaren (Großgrundbesitzers), dafür gewinnen, mit Unterstützung einer Söldnertruppe einen Aufstand anzufangen. Bald hatte Vladimirescu mit Hilfe des Versprechens einer Landreform die walachische Bauernschaft aufgerüttelt, dank deren Unterstützung er Bukarest besetzen konnte. Allerdings konnte er die Bauern nicht davon abhalten, willkürlich brandzuschätzen und zu plündern und dabei auch die Besitzungen griechischer Landbesitzer zu zerstören, die auf Seiten

der Unabhängigkeitskämpfer standen. Der Plan Ypsilantis', die griechischen Landbesitzer in der Region als Basis für die Beendigung der osmanischen Herrschaft zu nutzen, wurde dadurch Makulatur. Als eine türkische Armee eintraf, wechselte Vladimirescu verzweifelt die Fronten. Doch der Schritt kam zu spät. Seine eigenen Offiziere verrieten ihn an die Griechen, die ihn zu Tode foltern und seine verstümmelte Leiche in eine Latrine werfen ließen. Ypsilantis floh nach Österreich und starb im Exil. Immerhin war es Ypsilantis gelungen, sich den Rückhalt der griechisch-orthodoxen Kirche zu sichern, die nun die Bauern auf der Peloponnes zu bewaffneten Revolten ermunterte. Griechische Offiziere in der osmanischen Armee, die wütend über die Hinrichtung vermeintlicher griechischer nationalistischer Verschwörer waren, schlossen sich ihnen an. Angespornt von der Aussicht, die Herrschaft der Osmanen abzuschütteln, zogen bald bewaffnete, marodierende Banden durchs Land, griffen lokale Beamte an und massakrierten Moslems, während in der Ägäis Inselbewohner zu Piraten wurden und die Osmanen auf See in Bedrängnis brachten. Im April 1821 waren von 40 000 türkischen Bewohnern der Peloponnes 15 000 getötet.

Am 27. Januar 1822 trat in Epidauros auf der Peloponnes eine selbsternannte griechische Nationalversammlung zusammen und verkündete das Ende des »grausamen Jochs der osmanischen Herrschaft«. Die Griechen, heißt es in der Unabhängigkeitserklärung weiter, würden einen »heiligen Krieg« kämpfen, »einen Krieg, dessen Ziel die Wiedererlangung der Rechte der individuellen Freiheit, des Eigentums und der Ehre ist – von Rechten, die die zivilisierten Völker Europas, unsere Nachbarn, bereits genießen«. Trotz der ideologischen Erklärungen der Versammlung, der formal die Führung der Rebellenbewegung oblag, blieb der Aufstand unkoordiniert, chaotisch und von innerer Spaltung geprägt: Zwischen den gebildeten Wortführern und den unkultivierten, oftmals weitgehend unpolitischen Kämpfern vor Ort lag eine tiefe Kluft. Dort, wo die Rebellen Erfolge erzielten, war niemand in der Lage, ein zentrales Regiment zu etablieren oder für Ordnung zu sorgen. Als der Brite George Finlay (1799–1875) Zeuge des Massakers wurde, das griechische Christen bei der Eroberung von Tripoli auf der Peloponnes unter der muslimischen Bevölkerung der Stadt anrichteten, rief er verzweifelt aus:

Frauen und Kinder wurden häufig gefoltert, ehe sie ermordet wurden. Achtundvierzig Stunden nachdem die Griechen die Stadt eingenommen hatten, trieben sie gezielt etwa 2000 Bewohner jeden Alters und Geschlechts, aber hauptsächlich Frauen und Kinder zusammen, führten sie in eine Schlucht am nächstgelegenen Berg und ermordeten jede Menschenseele.

Die Reaktion der Osmanen fiel kaum weniger brutal aus. Der Sultan ließ den orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel am Tor seiner Kathedrale erhängen, obwohl dieser versucht hatte, die Lage zu beruhigen, indem er die Rebellen exkommunizierte. In mehreren Städten wurden muslimische Massen auf die christliche Bevölkerung gehetzt. Die osmanischen Truppen brannten Dörfer nieder und zerstörten die Ernte. In Thessaloniki wiegelte der stellvertretende Pascha die Muslime zu einer Reihe von Massakern unter den christlichen Einwohnern auf. Der örtliche Mullah hielt schockiert und ungläubig fest, die Luft sei erfüllt vom »Rufen, Klagen, Schreien« der Opfer: »Thessaloniki«, schrieb er an den Sultan, »diese wunderschöne Stadt, die Eure Krone ziert wie ein Smaragd, wurde in ein einziges Schlachthaus verwandelt.« Die christlichen Honoratioren der Stadt, darunter der orthodoxe Metropolit, wurden in Ketten zum Kornmarkt geschleppt, gefoltert und hingerichtet. Ihre Köpfe wurden zum stellvertretenden Pascha gebracht, der sie am Westtor der Stadt zur Schau stellen ließ. Zahlreiche Christen wurden in die Sklaverei verkauft.

Ali Paschas Machtbereich wurde von osmanischen Truppen überrannt, woraufhin der Pascha auf eine Insel auf dem Pamvotida-See floh und sich der Aufforderung nachzukommen weigerte, sich zu ergeben und köpfen zu lassen (»Ich werde meinen Kopf nicht ausliefern [...] wie den Kopf eines Sklaven«). Während er von einem oberen Stockwerk seines Refugiums aus die Verteidigung organisierte, wurde er von unten erschossen, und wie um seine Prophezeiung Lügen zu strafen wurde sein Kopf vom Körper abgetrennt und dem Sultan geschickt. Für die größte internationale Aufregung sorgten jedoch die Ereignisse auf der Insel Chios unweit der türkischen Küste. Dort wurde die osmanische Garnison von griechischen Rebellen belagert. Auf der Insel gab es viele reiche griechische Kaufleute, die ein Vermögen mit dem Anbau von Mastix-Pistazienbäumen gemacht hatten, deren Harz als frühe Form von Kaugummi verwendet wurde. Als

eine osmanische Flotte zu Hilfe kam, massakrierte die Garnison die Geiseln, die sie genommen hatte, und zwang deren Diener, ihnen zu verraten, wo die Vermögen versteckt waren (woraufhin sie die Diener erdrosselten). Das auf das Festland verbrachte konfiszierte Gut war so beeindruckend, dass viele Türken in Erwartung grenzenloser Reichtümer auf Chios übersetzten, um sich an den Plünderungen zu beteiligen. In einer in Smyrna (Izmir) erscheinenden französischsprachigen Zeitung wurde berichtet, die Straßen der größten Stadt auf der Insel seien mit Leichen übersät, während um sie herum die Häuser niederbrennen würden. Zwischen 25 000 und 30 000 Christen wurden niedergemetzelt, und eine wesentlich höhere Zahl floh oder wurde in die Sklaverei verkauft. Die Bevölkerungszahl der Insel sank dramatisch von 120 000 vor 1822 auf gerade einmal 30 000 ein Jahr später.

Als die Nachricht von all den Getöteten Westeuropa erreichte, reagierte die Öffentlichkeit empört. In Frankreich malte Eugène Delacroix (1798–1863) *Das Massaker von Chios*, auf dem ein türkischer Reiter mit Turban dargestellt ist, der sein Pferd über toten oder sterbenden griechischen Frauen und Kindern aufbäumen lässt. Das Gemälde fachte eine Welle der Sympathie an, von der die gebildeten Klassen überall erfasst wurden. Konkretere Unterstützung lieferte der ehemalige piemontesische Revolutionär Santorre di Santarosa: Er brach im November 1824 von seinem Exil in Nottingham auf, um an der Seite der griechischen Rebellen zu kämpfen, und wurde am 8. Mai 1825 auf der Insel Sphakteria von osmanisch-ägyptischen Truppen getötet. Viele italienische Exilanten und Carbonari sahen in der Sache der griechischen Unabhängigkeit Parallelen zu ihren eigenen Bestrebungen, eine durch Fremdherrschaft unterdrückte, ruhmreiche antike Vergangenheit freizulegen, und bekundeten der benachbarten Mittelmeernation ihre Solidarität. In zahlreichen Hauptstädten europäischer Staaten wurden Komitees gegründet, die Hilfe für die Aufständischen organisierten und Druck auf die eigene Regierung ausübten. Vor allem im Vereinigten Königreich war die öffentliche Meinung größtenteils auf Seiten der Griechen. 1823 sah sich die Regierung zu der Zusage genötigt, nichts dagegen zu unternehmen, dass eine von Inseln aus operierende griechische »Flotte« (im Wesentlichen Piratenschiffe) über die Türkei eine Seeblockade verhängt hatte, die die Versorgung der osmanischen Truppen erschwerte. Englische Abenteurer stellten ihren Enthusias-

mus unter Beweis, indem sie nach Griechenland reisten, um die Rebellen zu unterstützen. Oftmals waren sie von dem, was sie dort vorfanden, schockiert. »Bei ihrer Ankunft erwarteten sie, die Peloponnes voller Gestalten aus Plutarchs Schriften anzutreffen«, notierte einer von ihnen, »bei ihrer Abreise waren sie jedoch überzeugt, dass selbst die Insassen von Newgate [dem größten Londoner Gefängnis] moralischer seien.«

Der berühmteste Philhellene, der sich nach Griechenland einschiffte, um den Rebellen zu Hilfe zu eilen, war der romantische Dichter Lord Byron (1788–1824). Dieser lebte in Genua, als er sich im Juli 1823 nach Griechenland aufmachte. Aufgrund seiner Berühmtheit versuchten ihn die zerstrittenen Fraktionen der Rebellion, auf ihre jeweilige Seite zu ziehen, so dass er ein ernüchternd realistisches Bild von der Lage vor Ort gewann. Dass er im April 1824 in Mesolongi einem Fieber, möglicherweise auch einer Blutvergiftung erlag, machte ihn zum Märtyrer für die griechische Sache und veranlasste noch mehr Freiwillige aus vielen europäischen Ländern, nach Griechenland aufzubrechen. Unterstützung erhielten die Griechen außerdem von Verfechtern der Prinzipien der Französischen Revolution, vor allem von den ehemaligen Sklaven, die an der Spitze der karibischen Republik Haiti standen und die griechische Unabhängigkeit bereits 1821 formell anerkannt hatten. Einhundert Freiwillige stachen Richtung Griechenland in See, fielen unterwegs jedoch Piraten in die Hände und wurden tragischerweise wieder in die Sklaverei verkauft, der sie zuvor entronnen waren. Da sie die Griechen nicht mit Geld unterstützen konnte, schickte die haitianische Republik den Rebellen stattdessen 25 Tonnen Kaffeebohnen, die diese verkaufen sollten, um mit dem Erlös Waffen und Munition zu beschaffen. Derweil sammelten Philhellenen in New York für die Aufständischen Geld, und eine Reihe von Freiwilligen aus den Vereinigten Staaten schloss sich der Rebellion an. Darunter war George Jarvis (1798–1828), der Sohn eines in Deutschland stationierten amerikanischen Diplomaten. Jarvis lernte Griechisch, streifte die Uniform der griechischen Truppen über und kämpfte als »Capetan Zervos« an Land und zur See an der Seite der Rebellen, ehe er an Fleckfieber starb. Die Verkündung der Monroe-Doktrin machte es den Philhellenen im Kongress unmöglich, die Regierung zu einer offiziellen Intervention zu bewegen, doch in der amerikanischen Öffentlichkeit genoss die griechische Sache breite Unterstützung.

All das half jedoch nur wenig. Innerhalb der Aufständischen, einem Sammelsurium aus Piraten, Briganten, gebildeten Nationalisten und Auslandsrückkehrern (griechische Bevölkerungsgruppen gab es im Mittelmeerraum und in Südosteuropa überall), gerieten sich die verschiedenen Fraktionen alsbald gegenseitig in die Haare. Die Osmanen entsandten eine starke Streitmacht ägyptischer Truppen, die von Muhammad Ali Pascha (1769–1849) gestellt wurden, einem nominellen Vasallen des Sultans, der sich bereiterklärte, die Rebellion niederzuschlagen, wenn im Gegenzug sein Machtbereich um Syrien erweitert würde. Schon bald rückten seine Truppen auf der Peloponnes nach Norden vor und hinterließen dabei eine Blutspur. Der öffentliche Druck in Westeuropa nahm zu, doch kam es zu ernsthaften Differenzen zwischen den Russen (die die Schwäche der Osmanen für ihre eigenen Zwecke ausnutzen wollten) und den Briten (die die russischen Ambitionen misstrauisch beäugten). Alexander I. war zunächst vor einem unilateralen Vorgehen zurückgeschreckt, da er wusste, dass die Heilige Allianz – die schließlich seine ureigene Schöpfung war – dadurch geschwächt würde. Doch angesichts der sich zusehends verschlechternden Situation wurde es für seinen Nachfolger Nikolai I. schwierig, diese Politik fortzusetzen, ohne den Einfluss und das Prestige Russlands ernsthaft zu beschädigen. Bald sah sich der Zar zum Handeln gezwungen. Eine Gelegenheit zur Intervention ergab sich durch die schweren inneren Unruhen in der osmanischen Hauptstadt Konstantinopel. Deren Auslöser waren die von Mahmud II. durchgeführten Militärreformen, Ausdruck seiner verständlichen Sorge über die vielfachen Bedrohungen seiner Herrschaft über Südosteuropa.

Keimzelle der Unruhen waren die Janitscharen. Diese waren im 14. Jahrhundert als aus christlichen Jungen rekrutierte Eliteeinheit entstanden, hatten sich bis zur frühen Neuzeit jedoch zu einer zunehmend korrupten und undisziplinierten Truppe entwickelt, die sich weitgehend aus Söhnen von Truppenangehörigen rekrutierte. 1826 erkannte der Sultan, dass das Janitscharenkorps militärisch betrachtet weitgehend nutzlos geworden waren, und ordnete seine Auflösung an. Dieses hatte bereits mehr als einmal einen Sultan abgesetzt, der Reformen angestrebt hatte, und auch 1826 widersetzten sich die meisten der 135 000 Mitglieder des Korps dem Befehl. Neben den Janitscharen hatte Mahmud II. allerdings eine moderne, aus freien Türken bestehende Armee nach europäischem

Muster aufgebaut. Als die Janitscharen sich zum Sultanspalast durchzukämpfen versuchten, wurden sie rasch in ihre Quartiere zurückgedrängt. Die neuen Einheiten des Sultans bombardierten ihre Kasernen, wobei mindestens 4000 der Meuterer den Tod fanden; wer von den übrigen nicht floh, wurde festgenommen. Mindestens 2000 wurden nach Thessaloniki gebracht und in einem Turm geköpft, der fortan als »Blutturm« bekannt war. Die Unruhen lieferten Russland die Gelegenheit, dem Sultan 1826 den Vertrag von Akkerman aufzuzwingen, in dem die Türken sich verpflichteten, sich aus den Donaufürstentümern zurückzuziehen. Im Juli 1827 legten Großbritannien, Frankreich und Russland im Londoner Vertrag ihre Differenzen bei und einigten sich darauf, gemeinsam auf einen Waffenstillstand zwischen Griechen und Osmanen hinzuwirken, ohne Partei zu ergreifen, und zudem ihre Flotten in griechische Gewässer zu entsenden. Der Befehlshaber der gemeinsamen Flotte, der britische Vizeadmiral Sir Edward Codrington (1770–1851), war von Nafplio, dem Sitz der provisorischen griechischen Regierung auf der Peloponnes, wenig angetan (»die dreckigste Stadt mit den schlechtesten Straßen und den erbärmlichsten Häusern, die ich je gesehen habe«). Noch weniger begeistert war er über die Schüsse, von denen die Straßen widerhallten, wenn die verschiedenen griechischen Fraktionen sich mit ihren Kleinwaffen gegenseitig ins Visier nahmen. Als jedoch der Sultan sich weigerte, den Londoner Vertrag zu akzeptieren, befahl Codrington, ermuntert vom britischen Konsul in Konstantinopel, dem Philhellenen Stratford Canning (1786–1880), seinen Schiffen im Oktober 1827, das Feuer auf die türkische Flotte zu eröffnen; diese ankerte in der geschützten Bucht von Navarino an der Südwestspitze der Peloponnes. Die einzige Fluchtroute für die türkischen Schiffe war ein schmaler Kanal, an dessen Ende die britische Flotte wartete. Nach dreieinhalb Stunden unerbittlichen Bombardements war die türkische Flotte versenkt und die osmanische Seestreitmacht zerstört.

Canning wie Codrington hatten ihre Kompetenzen überschritten. Der amtierende Oberbefehlshaber der britischen Armee, der Duke of Wellington, war wütend und distanzierte sich öffentlich von der Aktion. Es war nicht im nationalen britischen Interesse, das Osmanische Reich zu schwächen, ebnete das doch nur einem größeren russischen Einfluss in der Region den Weg. Wellingtons Wahrnehmung war richtig, aber es war

nicht sehr klug, sie öffentlich kundzutun. Der osmanische Sultan sah sich durch Wellingtons Erklärung ermuntert, den Vertrag von Akkerman aufzukündigen und seine Bemühungen fortzusetzen, den griechischen Aufstand niederzuschlagen. Und der Zar reagierte mit einer Kriegserklärung an das Osmanische Reich. Zunächst verlief der russische Feldzug nicht sonderlich gut – Friedrich der Große von Preußen (1712–1786) hatte russisch-türkische Kriege einmal als Auseinandersetzungen zwischen einem Einäugigen und einem Blinden bezeichnet –, aber im August 1829 war Konstantinopel von einer russischen Armee bedroht, und das Osmanische Reich schien kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen. Paradoxiertweise war das genau der Ansporn, dessen das Europäische Konzert bedurfte, um sich wieder zusammenzuraufen, nachdem es sich im Zuge der griechischen Rebellion so zerstritten hatte. Es war zu diesem Zeitpunkt in niemandes Interesse, das Osmanische Reich in Europa durch ein Sammelsurium instabiler Staaten zu ersetzen, in denen Banditen und Revolutionäre herrschten. Auf einer von November 1829 bis Februar 1830 in London tagenden Konferenz wurde im europäischen Einvernehmen beschlossen, einen kleinen, unabhängigen griechischen Staat zu schaffen, der von einem konstitutionellen Monarchen regiert werden sollte. Die Donaufürstentümer wurden der russischen Einflussphäre zugeschlagen, und alle Teilnehmer, Russland eingeschlossen, verpflichteten sich, weitere Ansprüche auf osmanisches Territorium auf dem Balkan aufzugeben. Der griechische Aufstand hatte das Europäische Konzert auf seine bislang schwerste Probe gestellt. Am Ende hatte es sie bestanden.

Eine Schlüsselfigur bei diesen Ereignissen, der darüber hinaus europäische Bedeutung zukam, war Ionnis Kapodistrias (1776–1831). Wie Simón Bolívar, Toussaint L'Ouverture und zahlreiche weitere politische Anführer, die Ende des 18. Jahrhunderts die Weltbühne betraten, gehörte Kapodistrias einer Generation an, deren Ideale vom moderaten Konstitutionalismus der frühen Französischen Revolution inspiriert waren und deren Glaube an eine praktische Realisierbarkeit auf dem Beispiel Napoleons fußte. Geboren auf der Insel Korfu, die zu diesem Zeitpunkt noch von Venedig aus regiert wurde, hatte Kapodistrias an der Universität von Padua Medizin, Philosophie und Rechtswissenschaft studiert und war dann nach Korfu zurückgekehrt, um als Arzt zu arbeiten. Infolge der Eroberung Norditaliens durch Napoleon waren die Ionischen Inseln

einschließlich Korfu zunächst an Frankreich gefallen. Zwei Jahre später wurden sie von Russen und Türken gemeinsam besetzt und als »Republik der Sieben Inseln« verwaltet. Zu diesem Zeitpunkt hatte Kapodistrias bereits einige der zentralen Ideen der Französischen Revolution aufgesogen. Bald sollte er sich daranmachen, sie in die Tat umzusetzen. Als führender Repräsentant der medizinischen Profession war Kapodistrias zunächst zum ersten Leiter des Militärsitals berufen worden und dann (anstelle seines Vaters) zu einem von zwei Ministern der Republik der Sieben Inseln. Er hatte dem Gesandten der Besatzungsmächte liberale Zusatzartikel zur oligarchischen Verfassung abgerungen, die diese oktroyiert hatten. Er hatte die einflussreichsten Gruppierungen auf den Inseln zur Akzeptanz der Reformen überredet und die Wahl eines Senats organisiert, der eine neue, liberale Verfassung nach seinen Vorstellungen verabschiedete und ihn zum Regierungschef ernannte. 1807 jedoch waren die Inseln erneut von Frankreich besetzt worden, Kapodistrias hatte nach Russland fliehen müssen, wo er in den auswärtigen Dienst eintrat (was dadurch ermöglicht wurde, dass Französisch als internationale Sprache der Diplomatie auch die des russischen Hofes war). Als er 1813 beauftragt worden war, die Grenzen und Verfassung der Schweiz zu klären, hatte er diese Aufgabe (durch die Sicherung der Schweizer Neutralität per internationaler Garantie) so bravourös gemeistert, dass Alexander I. ihn zu einem von zwei Staatssekretären für auswärtige Angelegenheiten ernannte. Auf dem Wiener Kongress von 1814/15 war Kapodistrias als Befürworter eines liberalen Ansatzes aufgetreten, der der Kabinettsdiplomatie von Metternich und Konsorten diametral entgegengesetzt war. »Sie haben vergessen«, klagte er, »dass dieser Krieg nicht von Souveränen gewonnen worden ist, sondern von Nationen.« Metternich wiederum bezeichnete Kapodistrias als »Dummkopf durch und durch, ein wahres Wunder an Starrköpfigkeit [...]. Er lebt in einer Welt, in die unsere Gedanken nur durch schlimmste Alpträume gelangen.«

Ab 1818 machte Kapodistrias sich Hoffnungen auf ein unabhängiges Griechenland, auch wenn seine Versuche, in dieser Frage den Rückhalt des Zaren zu erlangen, zunächst erfolglos blieben. 1822 ließ er sich von seinem Posten als russischer Außenminister beurlauben und siedelte nach Genua über. Von dort aus leistete er bei europäischen Regierungen Lobbyarbeit für die griechische Sache und organisierte materielle

Unterstützung für die Rebellen. Mittlerweile war er in Europa der mit Abstand bekannteste griechische Politiker, was ihm in Verbindung mit seinen engen Kontakten nach Russland die Ernennung durch eine 1827 gewählte Nationalversammlung zum »Gouverneur« Griechenlands einbrachte. Bei seiner Rückkehr in die Hauptstadt Nafplio führte Kapodistrias 1828 eine neue Währung ein und nahm Bildungsreformen in Angriff, so wie er es mehr als zwei Jahrzehnte zuvor auf Korfu getan hatte. Er gründete Schulen, baute eine Universität auf und richtete mit Hilfe seines medizinischen Wissens ein Quarantänesystem gegen ansteckende Krankheiten wie die Pest ein. Darüber hinaus führte er unter anderem die Kartoffel in Griechenland ein, um die Ernährungssituation der Bevölkerung zu verbessern. Zunächst stieß er bei den Bauern auf große Skepsis: Sein Angebot, allen Interessenten kostenlose Saatkartoffeln zur Verfügung zu stellen, lehnten diese ab. Also versuchte Kapodistrias es mit einer neuen Taktik. Er ließ die Kartoffeln im Hafen aufstapeln und von bewaffneten Einheiten bewachen. Das überzeugte sowohl die Einheimischen wie auch Besucher vom Land, dass es sich bei diesem neuen Gemüse um etwas Wertvolles handle, was sich zu stehlen lohne. Die Wachen stellten sich blind, und es dauerte nicht lange, da war praktisch alles weg – und die Zukunft der Kartoffel in Griechenland gesichert. Ein weniger glückliches Händchen hatte Kapodistrias im Umgang mit den sich bekriegenden Fraktionen, deren Rivalitäten für die Schaffung eines lebensfähigen griechischen Staats ein großes Hindernis darstellten. Seine Bemühungen, die Militärverwaltung, die Rekrutierung neuer Soldaten, die Besteuerung und die Zollerhebung zu zentralisieren, stießen auf den entschlossenen Widerstand unabhängiger, einflussreicher Familien auf der Halbinsel Mani, wo ein Aufstand mit Hilfe russischer Truppen niedergeschlagen wurde. Weitere Probleme verursachten die seeräuberischen Kaufleute und Schiffsbesitzer auf den Inseln Hydra, Spetses und Psara, die die wenig schlagkräftige griechische Flotte kaperten, aber ihrerseits von der französischen Marine besiegt wurden und ihre Schiffe lieber selbst versenkten, als sich in die neue griechische Marine unter dem Befehl der Zentralregierung eingliedern zu lassen.

Die gefährlichste Opposition gegen Kapodistrias ging von der Familie Mavromichalis aus, einer jener stolzen, einflussreichen Clans, die auf der Halbinsel Mani beheimatet waren. Im Bemühen, den Clan

gefügt zu machen, ließ Kapodistrias seinen Anführer Petrobey Mavromichalis (1765–1848) verhaften, der unter den Osmanen Gouverneur der Halbinsel gewesen war. Über diesen Angriff auf ihre Ehre wutentbrannt beschlossen der Bruder und Sohn des Verhafteten Kapodistrias nach lokaler Tradition zu ermorden. Die beiden lauerten ihm auf, als er am 9. Oktober 1831 auf dem Weg in die Kirche war. Kapodistrias wollte gerade die Kirche betreten, da schoss ihm der eine in den Kopf, während ihm der andere einen Dolch zwischen die Rippen stieß. Griechenland versank daraufhin in Gewalt und Anarchie. Diese konnten erst überwunden werden, als Großbritannien, Frankreich und Russland – nach jahrelanger Suche nach einem Freiwilligen für diese undankbare Aufgabe – den Bestimmungen des Londoner Vertrags gemäß im Mai 1832 den 17-jährigen bayerischen Prinzen Otto von Wittelsbach (1815–1867) als griechischen König einsetzten. Gegen eine saftige Abfindung (oder, unverblümter ausgedrückt, eine hohe Summe Bestechungsgeld) wurde er von den Osmanen anerkannt. Als guter Kenner der Antike verlegte Otto die Hauptstadt von Nafplio nach Athen, besetzte jedoch so viele Posten in Regierung und Verwaltung mit Landsleuten, dass seine Regierungszeit in Griechenland als *Bavarokratia* (»Herrschaft der Bayern«) bezeichnet wurde. In den folgenden Jahren sollte Otto vergeblich versuchen, Herr der Lage zu werden. Ein gewisses Ansehen erwarb er sich mit der Unterstützung der Bemühungen griechischer Nationalisten, die Grenzen Griechenlands auszudehnen, um viele Griechen »heimzuholen«, die nach wie vor unter osmanischer Herrschaft lebten – wobei diese Politik natürlich wenig geeignet war, die Stabilität in der Region zu erhöhen.

Diese Stabilität schien zunehmend zu bröckeln, da das griechische Beispiel in einem weiteren, ebenfalls hauptsächlich von orthodoxen Christen bevölkerten Teil des Osmanischen Reichs Schule machte: in Serbien. Nach der Niederschlagung eines großen Aufstands orthodoxer Serben unter der Führung von Đorđe Petrović (1768–1817), genannt *Karađorđe* (»Schwarzer Georg«), kam es 1815 zu einem zweiten Aufstand, der von Miloš Obrenović (1780–1860) angeführt wurde, einem des Schreibens und Lesens unkundigen Schweinezüchters, der dennoch schlau genug war, einer direkten militärischen Konfrontation mit den osmanischen Streitkräften aus dem Weg zu gehen. Sein Ziel war ein vom Sultan geduldetes, autonomes Serbien. Als Karađorđe heimlich zurückkehrte,

mit dem Auftrag, als Agent der griechischen Rebellen die osmanische Herrschaft in Serbien zu destabilisieren, ließ ihn der um seinen Einfluss besorgte Obrenović im Schlaf erschlagen – der Anfang einer mehr als einhundert Jahre währenden, mörderischen Rivalität zwischen den beiden Familien. Beide Männer waren letztlich Guerillaführer; ihre Truppen bestanden nicht aus regulären Soldaten, sondern aus bewaffneten Bauerntrupps. Indem er geschickt gute Beziehungen zum orthodoxen Russland aufbaute, nutzte Obrenović die Schwierigkeiten der Osmanen im Russisch-Türkischen Krieg von 1828/29, um die Macht ganz an sich zu reißen. Mit Hilfe des erklecklichen persönlichen Vermögens, das er als Viehhändler angehäuft hatte, bestach er Beamte in Konstantinopel, ihm das Recht auf Steuererhebung einzuräumen. Dadurch wurde er so reich, dass er 1830 für seine Familie das Recht erkaufen konnte, als Erbfürsten über Serbien zu herrschen. Mittlerweile waren seine finanziellen Forderungen so hoch, dass die serbischen Bauern ständig lokale, bewaffnete Aufstände vom Zaun brachen, die von Obrenovićs gut ausgerüsteten und organisierten Truppen jedoch ausnahmslos niedergeschlagen wurden.

Im Jahr 1830 beschloss Sultan Mahmud II., höchstwahrscheinlich auf Druck Obrenovićs, sechs bosnische Gemeinden an das Fürstentum Serbien abzutreten. Über diesen Verlust an Autonomie erzürnt, aus Sorge um die Zentralisierungsbestrebungen Mahmuds und aus Angst, gegenüber der christlichen Bevölkerung Serbiens ins Hintertreffen zu gelangen, organisierte die bosnisch-muslimische Elite 1831 eine Konvention und stellte eine Rebellenarmee auf, die den Wesir des Sultans aus Bosnien verjagte. Im September erklärte eine rein bosnische Versammlung in Sarajevo de facto die Unabhängigkeit Bosniens innerhalb des Osmanischen Reichs. Diese zumindest von einigen christlichen Untertanen der Region mitgetragene Erklärung kann man im Grunde als ersten Ausdruck einer bosnischen nationalen Identität betrachten. 1832 wurde die Rebellion von den osmanischen Behörden beendet. So besorgt die europäischen Mächte (mit Ausnahme Russlands) um die Stabilität und verbleibende Lebenserwartung des Osmanischen Reichs waren: In den frühen 1830er Jahren verfügte es zweifellos über ausreichend Schlagkraft, um seinen Machtanspruch gegen Rebellen und Revolutionäre durchzusetzen, die nicht über jene internationale Unterstützung verfügten, die den Griechen die Unabhängigkeit beschert hatte. Dennoch brodelte es weiterhin,

Obrenović saß immer weniger fest im Sattel. Als die Unzufriedenheit 1838 auf einen neuen Höhepunkt zusteuerte, zwang ihn der Sultan, einer Verfassung und der Einrichtung eines Parlaments zuzustimmen. Obrenović dankte daraufhin zugunsten seines Sohnes Mihailo (1823–1868) ab, der jedoch nichts unternahm, um die verhasste Politik seines Vaters zu korrigieren, und schon bald ins Exil gezwungen wurde. An seine Stelle trat Aleksandar Karađorđević (1806–1885), der Sohn des 1817 ermordeten Rebellenführers. Den osmanischen Bemühungen, Stabilität in die Region zu bringen, war diese Intervention nicht gerade zuträglich. Sie goss lediglich Öl ins Feuer einer dynastischen Rivalität, die im Begriff war, sich zur heftigsten des 19. Jahrhunderts zu entwickeln.

Letztendlich jedoch brauchten die europäischen Mächte das Osmanische Reich zu diesem Zeitpunkt noch. Die Unabhängigkeit Griechenlands blieb die große Ausnahme. Vor allem Großbritannien war besorgt über die Aussicht, dass Russland in das Vakuum vorstoßen könnte, das ein eventueller Zerfall des Osmanischen Reichs hinterlassen würde. Das Schicksal von Ionnis Kapodistrias veranschaulichte die Wirkmächtigkeit, aber auch die Grenzen des Einflusses der Französischen Revolution und Napoleons, ihrer Ideen und ihres Vorbilds auf die europäische Politik in den Jahren nach Waterloo. Einerseits spielte eine von den Idealen der Freiheit und der nationalen Souveränität inspirierte Generation von Politikern aus der Bildungselite und den jüngeren Reihen der militärischen Offiziersklasse in nationalen Befreiungs- und liberalen Reformbewegungen eine führende Rolle. Diese Männer weigerten sich, die konservativen und restaurativen Aspekte der Friedensordnung von 1815 zu akzeptieren, und konnten genügend Unterstützer mobilisieren, um das auf dem Wiener Kongress gezimmerte Gebäude in fast allen Teilen Europas in seinen Grundfesten zu erschüttern. Andererseits war offensichtlich, dass diese Politiker lediglich eine Minderheit der gebildeten Klassen repräsentierten und keinen Rückhalt in der breiten Bevölkerung hatten. Dort, wo die einfachen Leute in der Stadt oder auf dem Land sich überhaupt gegen die herrschenden Autoritäten erhoben, geschah das in der Regel im Eigeninteresse; kaum je teilten sie die Ideale der nationalen Freiheit und der liberalen Reformen, wie sie die gebildeten Revolutionäre verkündeten. Das napoleonische Vorbild, das den Verschwörungen der Revolutionäre zugrunde lag, stand für den festen Glauben an eine rationale,

